



AIB

ZV 742C E

2,50 DM

Januar

1/1982

13. Jahrgang

Antiimperialistisches Informationsbulletin

Mittelamerika wehrt sich



Sonderteil
**Ein Jahr
Reagan**

Inhalt:

AIB-Aktuell: Bonner Verantwortung für El Salvador	3
Nikaragua Rede Daniel Ortigas vor der UN-Vollversammlung: Vorschläge zur Friedensverteidigung in Mittelamerika	4 - 6
Belize Pierre Dumaine: Eine bedrohte Unabhängigkeit Belize-Daten	7 - 9 8
Chile Gerhard Stuby/Roland Feicht: Erfahrungen der dritten Chile-Reise. „Uns wird auch noch die Angst genommen werden!“ Mexiko-Erklärung der chilenischen Linksparteien Die BUKO-Pharma-Kampagne	10 - 13 13 14
AIB-SONDERHEFT 1/1982: EIN JAHR REAGAN	15 - 46
Inhalt	16
Vorbemerkung	17
Wolfram Brönnner: Ein Jahr Reagan – die neue globale Konfrontation	18 - 23
Crocker/Reagan: Südafrika „nicht untergraben“	20
Angriffsziel Libyen	21
Den CIA „von Zwängen befreien“	22
Alfonso I. Barrios: Auf Interventionskurs im mittelamerikanischen „Vorgarten“	24 - 27
Geheimdokument von Santa Fé	26
Rainer Falk: Der Kurs der Bundesrepublik – mit Reagan in den Abgrund?	34 - 38
AIB-Umfrage bei Befreiungsbewegungen, Friedens- und Solidaritätsbündnissen: Friedens- und Befreiungskampf – ein Gegensatz?	39 - 42
Aktions- und Materialspiegel: Aktionstips, Filme/Tonbildreihen, Schallplatten, Abzeichen/Aufkleber/Postkartenserien, Kalender, Bücher zum Einstieg, Bücher zu Einzelaspekten	43 - 45
Südafrika Helga Brandt: Der ANC ist überall	47 - 49
Südliches Afrika Jürgen Ostrowsky: New Yorker Konferenz gegen die Apartheid Alfons I. Bresche: II. Internationaler ICOSA-Workshop	50 - 51 52
Entwicklungsländer Michael Mohnke: Der „Nord-Süd-Dialog“ nach Cancún	53 - 54
Kultur Ernesto Cardenal: Ohne Souveränität keine vollwertige Kultur	55
Rückblick: Vor 50 Jahren – Ermordung Farabundo Martí	56
Infodienst: Ausländer raus? V. BUKO. AAB gegen Bundesregierung, Broschüren zur SI, Mittelamerika: „Alles frisch?“ Postkarten zum südlichen Afrika, Buchtips: Graue Wölfe und Rassismus in der Bundesrepublik	57
Kurzinformationen: Grenada, Argentinien, Antigua, Surinam, Honduras, Seychellen, Bangladesh, Tschad, Tunesien, Jemen, Naher Osten, Türkei-BRD	58 - 59
Aktion „Brot für El Salvador“	60



AIB
Antimperialistisches Informationsbulletin

Das AIB erscheint monatlich. **Jahresabonnement** (inklusive Porto): Inland 25,- DM; Ausland normal 30,- DM, Luftpost Europa 35,- DM, übrige Länder 50,- DM; Förderabos. 50,- DM oder mehr. Einzelheft: 2,50 DM, Doppelheft: 4,50 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel. 06421-24672

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag: Postscheckkonto 312093-607, Postscheckamt Frankfurt/M. oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 53390000), Konto-Nr. 966

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Brönnner, Dr. Jutta von Freyberg, Werner Stürmann, Mechtild Jansen, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Uwe Knickrehm, Erich Rudolf, Peter Tanzmeier, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff

Redaktionskollektiv: Wolfram Brönnner (verantwortl.), Hanne Denk, Rainer Falk, Jürgen Ostrowsky, Ludger Schmitz

Mitarbeiter: R. Baben, N. Biver, P. Grund, R. Hegewald, U. Hochmuth, R. Kagerer, V. Klose, C. Klotz, H. Mayer, H.E. Schäfer, E. Schneider, J. Weber, B. Weng

Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Dortmund

Druck: Plambeck & Co., Neuss

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion.

Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zustimmung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Adressenänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Redaktionsschluss: 10. 12. 1981

Anzeigen: Pahl-Rugenstein Verlag, Röderberg Verlag, Paraguay-Rundbrief, medico international, rotpunktverlag, BUKO SKAAL



Erneut 3 Todesurteile in Südafrika

Unbeeindruckt von den weltweiten Protesten, die sich gegen die Todesurteile für drei Kämpfer des Afrikanischen Nationalkongresses Südafrikas (ANC), N. Lubisi, N. Manana und P. Mashigo vom November 1980 gewandt hatten, fällte ein Rassistengericht im November 1981 erneut drei Todesurteile gegen Freiheitskämpfer. David Moise, Johannes Shabangu und Anthony Tsotsobe waren angeklagt des „Hochverrats“ und wechselweiser Punkte des „Terrorismus-Gesetzes“. Zur Last gelegt wurden ihnen die Mitgliedschaft im ANC und die angebliche Beteiligung an drei Anschlägen des ANC: auf die SASOL-Kohleverflüssigungsanlage im Juni 1980 sowie auf die Booyens-Polizeistation und eine Bahnhofsanlage. Unter Foltern erpreßte Aussagen wurden vom Rassistentribunal als gerichtsverwertbar zugelassen – das Urteil stand von vornherein fest.

Alle sechs Verurteilten sind akut bedroht.

Die Völkergemeinschaft bezeichnete bereits 1973 das Apartheid-System als Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Der Kampf gegen dieses System mit allen Mitteln ist gerecht! Südafrika muß gezwungen werden, gefangenen Freiheitskämpfern den Kriegsgefangenenstatus gemäß der Genfer Konvention von 1977 zu gewähren!

Auf die Bundesregierung muß Druck ausgeübt werden, zugunsten der Verurteilten zu intervenieren! Proteste sind an die Südafrikanische Botschaft in Bonn zu richten!

AIB-Aktuell: Bonner Verantwortung für El Salvador

Zwei Grundpositionen stehen sich heute im Konflikt um El Salvador gegenüber. Die eine votiert für eine politische Verhandlungslösung, um dem Blutvergießen – neueste Schätzungen lauten auf 34.000 Tote 1980/81 – ein Ende zu setzen. Die andere Position verneint Verhandlungen mit der Gegenseite, um stattdessen eine militärische Lösung zu erzwingen. Indem sich die salvadorianische Militärjunta und die Reagan-Administration auf diesen unnachgiebigen Kurs versteifen, beschwören sie die Gefahr einer Kriegseskalation in Mittelamerika und der Karibik herauf. Darauf laufen jedenfalls die aktuellen Drohungen und Kriegsspiele Washingtons gegen Nicaragua und Kuba wie die Ausweitung der US-Militärhilfe für die Duarte-Junta hinaus (siehe Beitrag von A.I. Barrios), sowie die Erfindungen Außenminister Alexander Haig über militärische Eingriffe Nicaraguas oder Kubas in El Salvador noch aufzufrischen mag. Auch die ergänzende Ablenkungsvariante, für März 1982 Wahlen in El Salvador anzusetzen und dies als „politische Lösung“ zum Besten zu geben, vermag daran nichts zu ändern.

Am 28. August 1981 hatten Frankreich und Mexiko in einer gemeinsamen Erklärung erstmals einen tragfähigen Vorschlag für eine politische Verhandlungslösung unterbreitet. Darin wurden die Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) und die Demokratisch-Revolutionäre Front (FDR) als „repräsentative politische Kraft“ anerkannt, der das Recht zur Verhandlungsbeteiligung zustehe. Unter der Schirmherrschaft der UNO solle, so die mexikanisch-französische Erklärung weiter, die „Verständigung zwischen den Repräsentanten der kämpfenden salvadorianischen politischen Kräfte gefördert“ und „jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten El Salvadors vermieden“ werden (Le Monde, Paris, 30./31.8.1981).

Diese Initiative wurde von der Reagan-Administration eiligst abgewiesen, während die FDR/FMLN sie positiv aufnahm und einen entsprechenden 5-Punkte-Vorschlag für die Aufnahme politischer Verhandlungen zwischen ihr und der Regierungsjunta an die 36. UN-Vollversammlung übermittelte. Nicaraguas Regierungsvertreter Daniel Ortega trug ihn am 7.10.1981 dem Weltforum vor (Wortlaut nachstehend).

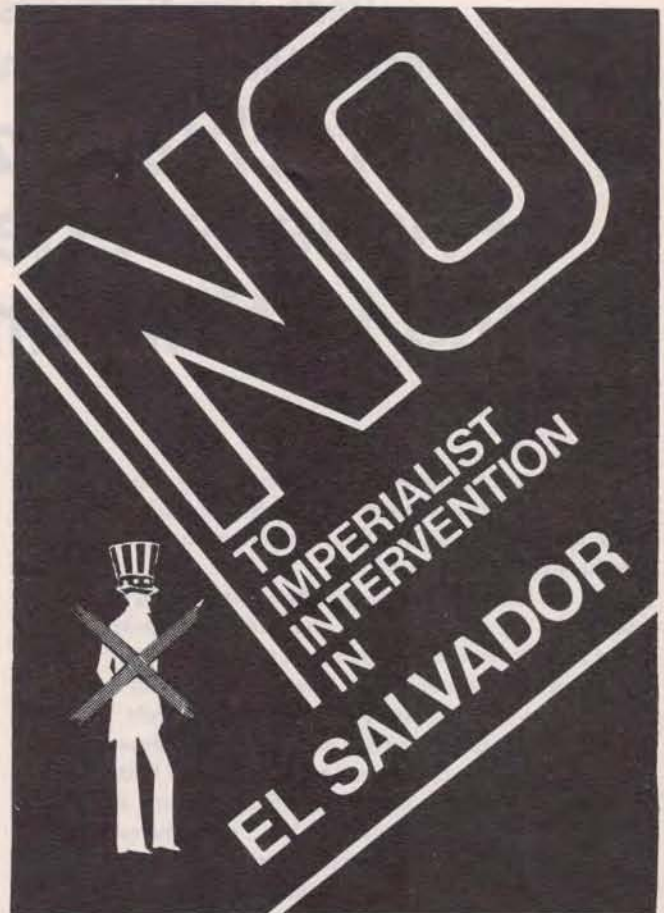
Unterstützt wurde diese politische Verhandlungslösung im September 1981 von der Sozialistischen Internationale, der 68. Tagung der Interparlamentarischen Union in Havanna, von den Regierungen Nicaraguas, Kubas, Hollands, Dänemarks, Irlands, Österreichs, Schwedens, Ekuadors, Panamas, Perus u.a.m., und dann am 1. Dezember 1981 auch vom Sozialausschuß der Vereinten Nationen. Der UN-Ausschuß verband sein Votum für eine Verhandlungslösung unter Einschluß der FDR/FMLN mit der Feststellung fortgesetzter „schwerer Verletzungen der Menschenrechte“ in dem mittelamerikanischen Land und mit der Aufforderung an alle ausländischen Mächte, jede Militärhilfe an El Salvador einzustellen. Außerdem sprach sich der Ausschuß gegen Wahlen vor einer Beilegung des Bürgerkriegs aus.

„Demokratisierer“ H.D. Genscher

Und wo steht die Bundesregierung? Zunächst einmal wurde von der sozialliberalen Koalition die Chance vertan, ihre Zustimmung zur mexikanisch-französischen Erklärung auszudrücken. Bonn hüllte sich in Schweigen, zeigte sich gegenüber dem Druck der Reagan-Administration gefügig.

Doch nun preschte Außenminister H.D. Genscher Ende November 1981 vor, als er in Bonn den salvadorianischen Juntaminister Chavez Meza empfing, um diesem die Wiederentsendung des – im April 1980 aus „Sicherheitsgründen“ aberufenen – bundesdeutschen Botschafters Neukirch Anfang Dezember 1981 nach San Salvador und die Wiederaufnahme der eingestellten BRD-Wirtschaftshilfe an die Junta in Aussicht zu stellen. Die Begründung des Bonner Außenministeriums: Die Junta bereite Wahlen vor, von denen eine Demokratisierung zu erwarten sei.

Damit begab sich der liberale Vizekanzler in Gegensatz zur Position der Sozialistischen Internationale (SI), der SI-Präsident und SPD-Vorsitzende Willy Brandt im besonderen verpflichtet ist. In der SI-Erklärung vom 25.9.1981 wurde nämlich das Engagement für eine politische Lösung und für soziale Gerechtigkeit in El Salvador so begründet: „Die derzeitige Situation des von der Regierung sanktionierten Terrorismus macht demokratische Wahlen sinnlos. Nur politische Verhandlungen, deren Ergebnis Frieden ist, können eine geeignete Grundlage für Wahlen schaffen. Die Sozialistische Internationale verurteilt erneut die derzeitige Regierung der USA wegen ihrer massiven militärischen Unterstützung für die von Napoleon Duarte geführte Junta. Ein solches militärisches Eingreifen führt lediglich zu weiterem Terror und Tod.“ (Wortlaut in AIB 11-12/1981, S.49)



An diese Aussage können die SPD und die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung nicht oft genug erinnert werden. Sie haben dafür zu sorgen, daß von Bonn alles unterlassen wird, was zur Aufwertung und Stärkung der Junta wie zur Förderung des US-Interventionismus beitragen kann.

Der FDR/FMLN-Vertreter in Bonn, Leandro Uzquiano, hat in einem Offenen Brief vom 25.11.1981 seine Erwartungen an die Bundesregierung so konkretisiert: „Falls der bundesdeutsche Botschafter wirklich nach El Salvador entsandt werden sollte, so steht dies nicht mehr nur im Gegensatz zu der damals gegebenen Begründung für dessen Abziehung; dieser Schritt würde auch bedeuten, daß die bundesdeutsche Außenpolitik gegenüber Mittelamerika tendenziell auf die Linie der friedensgefährdenden Mittelamerikapolitik der Reagan-Administration einschwenkt. Der Schritt des Bundesaußenministers Genscher befremdet umso mehr, als die bisherige Regierungspolitik von einer eher abwartenden Haltung gegenüber dem Duarte-Regime gekennzeichnet war und dies auch durch die Erklärung des Bundesministers für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (Rainer Offergeld; d. Red.) bekräftigt wird, der klarstellen ließ, daß auch weiterhin keine Entwicklungshilfe an El Salvador gezahlt wird. (...)

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich dem Konzept einer globalen Lösung des französisch-mexikanischen Kommuniqués anzuschließen und sich für Friedensgespräche zwischen dem Bündnis FDR/FMLN und den zivilen und militärischen Vertretern der salvadorianischen Regierungsjunta einzusetzen, damit die Leiden des Volkes ein Ende finden und eine dauerhafte politische und demokratische Lösung auf der Grundlage der Selbstbestimmung eingeleitet werden kann, wie es vom Europäischen Parlament am 17. September 1981 beschlossen worden ist. Wir fordern unsere Freunde auf, weiterhin alle notwendigen Anstrengungen für Frieden und Selbstbestimmung des Volkes von El Salvador zu unternehmen und sich mit allen gebotenen Mitteln einer Gefährdung dieser Anstrengungen entgegenzustellen.

Unsere Forderungen sind: keine Rückkehr des deutschen Botschafters nach El Salvador; keine Wiederaufnahme der Entwicklungshilfe für El Salvador; Zustimmung von Bundestag und Bundesregierung zum Konzept der Friedensinitiative von Frankreich und Mexiko; Anerkennung der FDR/FMLN als politisch repräsentative Kraft El Salvadors; keine Unterstützung der US-amerikanischen El-Salvador-Politik von seiten der Bundesrepublik.“

Rede Daniel Ortegas vor der UN-Vollversammlung

Vorschläge zur Friedensverteidi- gung in Mittelamerika



(...) Heute stehen wir in der Verantwortung, einen konkreten Vorschlag einzubringen auf der Suche nach einer rationalen Lösung der tiefen Krise, die Mittelamerika, insbesondere El Salvador, durchlebt.

Dies ist der Hauptgrund unserer Anwesenheit auf dieser Versammlung, wo wir überzeugt sind, Gehör zu finden, so wie es die Ernsthaftigkeit der Situation verlangt.

Wir bringen einen konkreten Vorschlag, der dem Kampf für den Frieden in Mittelamerika dient, dies gerade zu einem Zeitpunkt, wo dieser Friede durch die Zunahme des weltweiten Rüstungswettlaufs gefährdet ist. Denn Millionen von Dollars werden in den Bau und die Stationierung von Mittelstreckenraketen, Neutronenbomben usw. investiert. Wir bringen diesen Friedensvorschlag zu einem Zeitpunkt, da die bei den SALT-II-Verhandlungen erreichten Fortschritte durch die Vorherrschaftspolitik der derzeitigen US-Administration ernsthaft gefährdet sind. (...)

Als Folge der ungerechten internationalen Austauschrelationen (Terms of Trade) und der durch die Ausbeutung hervorgerufenen tiefen Ungerechtigkeit wird Mittelamerika gegenwärtig von einer dramatischen Krise auf sozialem, wirtschaftlichem und politischem Gebiet geschüttelt.

Diese Krise wurzelt im tiefen Elend von 20 Mio mittelamerikanischen Männern und Frauen:

- 1979 war jeder zweite Mittelamerikaner über 15 Jahre Analphabet;
- jedes achte Kind stirbt vor Vollendung des ersten Lebensjahres;
- drei von zehn arbeitssuchenden Mittelamerikanern bleiben arbeitslos;
- 12 Mio Menschen haben keine menschenwürdige Unterkunft;
- für jeden Dollar den ein armer Mittelamerikaner verdient, verdient ein reicher 48;
- Nach einer jüngst erschienenen Studie der CEPAL (Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Lateinamerika; d. Red.) leben 8,5 Mio Mittelamerikaner in extremer Armut.

Dort, in jenem alten System der Ausbeutung und der Ungerechtigkeit, mit dem die entwickelte Welt unsere Völker behandelt, muß man die Ursachen für die politischen und sozialen Unruhen in Mittelamerika suchen, nicht in der nikaraguanischen Revolution, die ganz im Gegenteil die erste große Anstrengung in der Geschichte Mittelamerikas darstellt, die Wurzeln der Krise zu beseitigen.

Die „Anklage“ gegen die sandinistische Volksrevolution, die Ursache der Rebellion in Mittelamerika zu sein, entblößt die Heuchelei jener wahren Verursacher der dramatischen Realität in Mittelamerika.

Um die Krise in der Region zu beseitigen muß man zuallererst erkennen, daß diese Krise das Produkt der Ausbeutung der mittelamerikanischen Länder ist, und entsprechend dieser Realität muß ein Maßnahmenprogramm entwickelt werden.

Zwischen 1973 und 1980 hat sich die Auslandsverschuldung Mittelamerikas verfünffacht und wird Ende 1981 die astronomische Summe von 7 Mrd Dollar erreichen. Diese Schuld entspricht gegenwärtig 140% unserer Ausfuhren, während es vor nur 3 Jahren 80% waren. Diese Schuld bedeutet eine immer größere Last auf den Schultern der mittelamerikanischen Arbeiter, denn die Zinszahlungen an die Gläubiger entsprechen von Jahr zu Jahr einem höheren Anteil an den Gesamtexporten der Region.

Die hohen Zinssätze, Ergebnis der Wirtschafts- und Finanzpolitik der USA, zielen darauf, diejenigen zu belohnen, die mehr haben und diejenigen zu bestrafen, die weniger haben. Solange sich dieser Zustand nicht ändert, kann es keine Lösung der Krise in Mittelamerika geben. Um ihre eigene Krise zu meistern, wenden die USA eine Politik an, die darin besteht, die Kosten für die Finanzmittel, die unsere Länder erhalten, drastisch zu erhöhen.

Dies führt logischerweise dazu, daß die Krise der USA in die armen Länder exportiert wird.

Allein im Verlauf dieses Jahres umfaßte die Kapitalflucht aus Mittelamerika 1,2 Mrd Dollar, die in den entwickelten Ländern überbewertete Aufnahme fanden. Allein in den letzten drei Jahren verloren die mittelamerikanischen Länder aufgrund des Kaufkraftschwundes ihrer Exporte 1,235 Mrd Dollar, welche in die entwickelten Länder – insbesondere in die USA – transferiert wurden.

Die US-Aggressivität dient der Ausbeutung

Solange diese Situation sich nicht ändert: Wie sollen sich unsere Länder entwickeln? Wie soll die Krise beseitigt werden? Diese Verschlechterung der Terms of Trade ist eine wahrhafte Steuer auf unsere Exporte, die die entwickelten Länder einstreichen. Deshalb richten wir an diese Länder die Forderung nach einer Ausgleichszahlung für diese Verschlechterung.

In zwei Jahren, 1979 und 1980, verloren die mittelamerikanischen Staaten internationale Reserven in Höhe von 1,181 Mrd Dollar. Woher nun sollen unsere Länder die nötigen Mittel für Investitionen nehmen, die ihr Wachstum vorantreiben können? Ein massiver Fluß finanzieller Mittel muß bereitgestellt werden, um unsere strategischen Projekte im Bereich der Energie, des Verkehrswesens, der Infrastruktur,

der Industrieproduktion und der Landwirtschaft zu finanzieren.

Wir fordern Gerechtigkeit als Länder, die durch jahrhundertelange Ausbeutung und ungerechte internationale Wirtschaftsbeziehungen verarmt sind. Und die USA verschließen Augen und Ohren. (...)

Unsere Völker werden von Minderheiten ausgebeutet, die wie Eunuchen den Interessen der internationalen Ausbeutung dienen. Wenn wir das zu verstehen vermögen, werden wir auch verstehen, warum es in Nicaragua zur Revolution kam und warum ein Revolutionskrieg in El Salvador und ein weiterer in Guatemala stattfindet.

Will man eine ernsthafte Lösung der Lage in Mittelamerika erreichen, so wird man aufhören müssen, auf dem Gespenst des Ost-West-Konflikts herumzureiten, welches von jenen an den Haaren herbeigezogen wird, die sich gegen jegliche Veränderung in der Region sträuben. und wir dürfen nicht übersehen und nicht vergessen, daß diese brutale wirtschaftliche Ausbeutung im Laufe unserer Geschichte von der aggressiven US-Politik verteidigt wurde.

Nach dem Unabhängigkeitskrieg der Vereinigten Staaten (1775-1783; d. Red.) war das Modell einer föderativen Demokratie, basierend auf den Idealen der Freiheit, die Washington und Jefferson zum Kampf inspirierten, auch ein Modell für die Führer der lateinamerikanischen Unabhängigkeitsbewegung. Und die Idee von einem liberalen Bundesstaat, die General Francisco Morazán verfocht, war aus jenen Prinzipien der nordamerikanischen Revolution hervorgegangen.

Dieser Traum sollte jedoch schon bald ausgeträumt sein. Das Entstehen der Monroe-Doktrin (1823; d. Red.): „Amerika den Amerikanern“ brachte den aggressiven Expansionswillen der USA auf den Kontinent zum Ausdruck, und ab 1840 sollten unsere Völker schon nicht mehr den Einfluß jener Ideale von Demokratie und Freiheit erhalten, sondern vielmehr Ziel von Interventionen und Drohungen sein. Aufzwingen von Verträgen, die sich gegen die Souveränität unserer Länder richteten, das Anzetteln von Kriegen zwischen Nachbarstaaten, Erpressungen mittels der Anwesenheit der US-Kriegsflotte in unseren Hoheitsgewässern, Militärinterventionen, Landungen der Marines, die Einsetzung korrupter Regierungen, Wirtschaftsverträge zu Wucherbedingungen waren an der Tagesordnung.

Mehr als 784 feindselige Akte gegen das Recht auf Souveränität unserer Staaten wurden seither auf dem Kontinent ausgeübt und mehr als 100 davon im Zeitraum von 1960 bis heute. Warum überfiel, quälte, demütigte man unsere Völker zwischen 1840 und 1917 mehr als 200 mal? Unter welchem Vorwand, wenn doch überhaupt noch kein sozialistisches Land in der Welt existierte und der Zar noch in ganz Rußland regierte? Man zwang uns zu Verträgen, man zwang uns Kredite auf, man überfiel uns, gewaltsam verlor man uns den Status von Protektoraten, alles unter der These von der „nationalen Sicherheit“ der USA. (...)

Wie sind die zahlreichen Aggressionen, Interventionen und Landemanöver zu erklären, die in Lateinamerika zwischen 1917 und 1954 stattfanden, zu einer Zeit, in der die kubanische Revolution noch nicht existierte und man Kuba noch nicht der „Einmischung“ bezichtigen konnte? Die Beschuldigungen hielt man zurück für später.

Die USA rissen Kuba und Puerto Rico 1898 an sich und stellten das Platt-Amendment (Zusatz zu Kubas Verfassung 1901, der USA ein Interventionsrecht und de facto einen Protektoratsstatus zuschrieb; d. Red.) auf, nicht um karibisches Territorium vor dem Einfluß der Sowjetunion zu bewahren, denn diese existierte zu diesem Zeitpunkt noch nicht.

Die USA landeten ihre Marines nicht in Veracruz, Haiti, Nicaragua, noch formierten sie die größte Marine-Streit-

macht, die es je im karibischen Raum gab, um so den Ost-West-Konflikt zu ihren Gunsten zu lösen. Sie verteidigten nur die Interessen ihrer Bankiers und Finanzmagnate, ihrer großen Handelsgesellschaften, die damals begannen, Lateinamerika zu überrennen und zu zerstören.

Derzeit, genau am 7. Oktober (1981; d. Red.) beginnen die USA dicht an den Grenzen zum nikaraguanischen Hoheitsgebiet unter dem Namen „Halcón Vista“ (Falkenaue; d. Red.) ein großangelegtes Militärmanöver, bei dem neben den eigenen Marine-, Land- und Luftstreitkräften auch honduranische Militäreinheiten teilnehmen. Heute, genau wie 1855, als der Freibeuter William Walker an der Spitze eines Söldnerheeres aus dem Süden an unseren Küsten landete, müssen wir noch größere Aggressionsakte befürchten, als jene, unter denen wir jetzt schon leiden.

Heute, genau wie im Jahre 1912 als unser Vaterland von Marineinfanterie heimgesucht wurde und durch Patrioten unter Führung unseres Nationalhelden General Benjamin Zeledón verteidigt werden konnte, wächst die Gefahr neuer Invasionen in Nicaragua, seien sie direkter oder indirekter Art. In diesen Tagen, genau wie im Jahre 1927 als unser Vaterland erneut von Marinestreitkräften überfallen wurde und das Heer des General Sandino zur Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit in 6jährigem harten Kampf Widerstand leistete, tauchen neue Drohungen seitens der gegenwärtigen US-Regierung auf. (...)

Die Kriegstreiber aufhalten!

Angesichts dieser Tatsachen und Bedrohungen können wir weder schweigen noch untätig sein. Denn wir haben das historische Recht an eine neuerliche Invasion und daran zu glauben, daß die Souveränität, die wir am 19. Juli 1979 ein für alle Mal mit Waffengewalt eroberten, ernsthaft gefährdet ist. Denn der Friede und die Stabilität in Mittelamerika befinden sich in großer Gefahr. (...)

Wir wollen einmal mehr unsere feste Haltung zu diesem Problem zu verstehen geben. Wir wollen den Frieden, aber nicht auf Kosten der Freiheit. Wir wollen keinen Krieg, wenn sie aber den Krieg gegen uns wahr machen, so antworten wir mit einem Volkskrieg. Selbst wenn die Situation ernst ist und sogar Anlaß zu Pessimismus gibt, meinen wir, daß es noch Zeit ist, die Kriegstreiber aufzuhalten.

Mittelamerika fordert Veränderungen. Und es sind die mittelamerikanischen Revolutionäre und Patrioten, die diese Veränderungen vorantreiben. Und es sind die Völker Mittelamerikas, die bereit sind, diese Umwälzungen herbeizuführen.

Der gerechte Krieg, der das heroische Volk von El Salvador befreit, fordert eine dauerhafte Antwort, eine Antwort, die nicht in Wahlen bestehen kann, welche auf Strömen von Blut abgehalten werden. Diese Antwort darf nicht in paramilitärischen Banden bestehen. Mit dieser Antwort darf nicht die wachsende Intervention der USA gemeint sein. Diese Antwort darf nicht der Völkermord sein.

Bemüht um die Lösung des Konflikts hat sich die sandinistische Regierung Nikaraguas deshalb an erster Stelle der jüngsten Erklärung Mexikos und Frankreichs angeschlossen, eine politische Lösung in El Salvador herbeizuführen, die aufgrund eines Dialogs der kriegführenden Parteien zustandekommen soll. (...)

Wir sagten, daß wir einen konkreten Vorschlag zu Mittelamerika einbringen, der dem weltweiten Kampf für den Frieden dient. Und deshalb erfüllen wir heute unsere Pflicht, die folgenden Pläne, die uns die salvadorianischen Patrioten mitgaben, dem Herrn Präsidenten und den Repräsentanten dieser Versammlung der Nationen der Welt bekanntzugeben, so wie die historischen Umstände es von uns verlangen.

Vorschläge der FMLN-FDR zu Friedensverhandlungen

4. Oktober 1981

Revolutionskommandant Daniel Ortega Saavedra, Koordinator der Regierungsjunta des Nationalen Wiederaufbaus von Nicaragua.

Die Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí/Demokratisch-Revolutionäre Front (FMLN/FDR) ermächtigt Sie hiermit, auf der XXXVI. Sitzungsperiode der UN-Versammlung den Völkern der Welt unsere Vorschläge für Friedensgespräche zu übermitteln, die einen Ausweg aus der derzeitigen Krise unseres Landes eröffnen sollen. Nachstehend der Text unserer Vorschläge:

Die Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí und die Demokratisch-Revolutionäre Front (FMLN/FDR) wenden sich auf diesem Wege an die internationale Gemeinschaft und an die Völker der Welt, weil sie die UNO als Ausdruck der Prinzipien des Friedens, der Gerechtigkeit und Gleichheit zwischen Staaten und Völkern ansehen und sie deshalb als geeignetes Forum betrachten, um die Sehnsüchte des salvadorianischen Volkes und seiner Vertreterorganisationen, der FMLN und FDR, vorzutragen.

Wir wollen uns vor allem für die vielzähligen Solidaritätsbekundungen mit dem Kampf unseres Volkes bedanken, die sowohl Regierungen als auch politische, religiöse und gesellschaftliche Organisationen und Persönlichkeiten während unseres Kampfes ausgesprochen haben. Besonderer Dank gilt der Solidarität der Regierungen und Völker Mexikos und Frankreichs, die unsere Befreiungsfronten als repräsentative politische Kräfte anerkannt haben, sowie den Bekundungen und Initiativen der Mehrheit der UN-Mitgliedsstaaten bezüglich einer politischen Lösung der Krise.

Wenn sich heute unser Volk, geführt von seinen Organisationen FMLN und FDR, im bewaffneten Kampf befindet, dann weil Regimes der Unterdrückung und Repression alle friedlichen Wege einer Veränderung versperrten. Dem Volk blieb als einziger und legitimer Weg seiner Befreiung der bewaffnete Kampf, die Ausübung des universellen und konstitutionellen Rechts, gegen ein rechtswidriges und blutiges Regime den Volksaufstand zu setzen.

Unser Krieg ist also ein gerechter und notwendiger Krieg zur Schaffung des Friedens und der Gleichheit aller Salvadorianer. Zweifellos ist unser Wille der Friede, und um ihn zu erreichen, schlagen wir eine politische Lösung vor, die die Beendigung des Krieges und die Errichtung einer neuen wirtschaftlichen und politischen Ordnung zum Ziel hat, eine politische und wirtschaftliche Ordnung, die den Salvadorianern ihre Bürgerrechte und ein menschenwürdiges Leben sichert. Dies alles geht einher mit unserem ausdrücklichen Willen, einen Dialog mit zivilen und militärischen Vertretern einzuleiten, die die Junta im Laufe der Friedensgespräche bestimmen soll.

Diese Friedensverhandlungen, die unser Eintreten für eine politische Lösung beweisen, wollen wir auf die folgenden allgemeinen Prinzipien aufbauen:

1. Die Verhandlungen sollen zwischen Delegierten der FMLN/FDR und Vertretern der salvadorianischen Regierungsjunta geführt werden.
2. Sie sollen im Beisein von Regierungen ablaufen, die in ihrer Eigenschaft als Zeugen zur Lösung des Konflikts beitragen.
3. Sie sollen globalen Charakter haben und die grundsätzlichen Aspekte des Konflikts umfassen; den Gesprächen liegt eine Tagesordnung zugrunde, die von beiden Seiten ausgearbeitet werden soll.
4. Das salvadorianische Volk ist über alle Verhandlungsschritte zu informieren.
5. Die Verhandlungen sind von beiden Seiten ohne jegliche Vorbedingungen aufzunehmen.

Im Bemühen, die notwendige Grundlage für eine politische Lösung zu schaffen, erklärt die FMLN/FDR ihren Willen, folgende Punkte zu diskutieren:

- a) Eine neue politische, wirtschaftliche und gesetzliche Ordnung ist auszuarbeiten unter voller Einbeziehung der verschiedenen Sektoren und politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kräfte, besonders jener, die benachteiligt waren, eine Ordnung, die die politische Beteiligung aller erlaubt und fördert. Den Wahlen als Mechanismus der Beteiligung und als Ausdruck des Volkswillens kommt somit große Bedeutung zu.
- b) Die Umstrukturierung der Streitkräfte, wobei Offiziere und Truppenteile, die für die Verbrechen und den Völkermord nicht verantwortlich waren, in den Streitkräften verbleiben sollen und Führung und Truppenteile der FMLN integriert werden.

Unsere Fronten betrachten die Wahlen als ein legitimes und notwendiges Mittel, den Willen des Volkes auszudrücken, aber nur dann, wenn auch Bedingungen und ein Klima herrschen, die den Bürgern erlauben, ihren Willen frei zu bekunden. Ein Wahlprozeß würde gegenwärtig in El Salvador diese Bedingungen nicht erfüllen, denn der Unterdrückungsapparat des Regimes ist weiterhin intakt. Der Unterdrückungsapparat ist verantwortlich für die Ermordung der gewerkschaftlichen und politischen Führer und Aktivisten, für die anhaltende Verfolgung der progressiven Teile der Kirche und für die täg-

liche physische Vernichtung zahlreicher Bürger. Gleichzeitig hält das Regime den Belagerungszustand, das Kriegsrecht und die Pressezensur aufrecht und verstärkt den Krieg gegen das eigene Volk mit Waffen und Beratern, die ihm die US-Regierung zur Verfügung stellt.

Eine politische Lösung ist notwendig für unser Volk, für die Stabilisierung der Lage in der Region, für Frieden und Sicherheit unter den Nationen. Dies setzt voraus, daß die Regierungen sich strikt an das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Völker halten. Deshalb richten wir uns direkt an die Regierung der USA und fordern sie auf, die Militärintervention in El Salvador einzustellen, denn dies richtet sich gegen die Interessen der Völker El Salvadors und Nordamerikas und gefährdet Frieden und Sicherheit in Mittelamerika.

Unser Vorschlag ist die Antwort auf den Schrei nach Gerechtigkeit, in Übereinstimmung mit den reinsten Prinzipien des internationalen Rechts, mit dem Interesse der Nationen und Völker der Erde, Spannungen und Konflikte friedlich zu lösen.

Und in diesen Bemühungen vertraut das salvadorianische Volk auf das Verständnis, die Anteilnahme und die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft, um sein Recht auf Frieden, Freiheit und Unabhängigkeit zu erlangen.

Vereinigte Revolutionäre
Leitung der Nationalen Befreiungs-
front Farabundo Martí (FMLN)

Exekutivkomitee der
Revolutionär-Demokratischen
Front (FDR)

Verehrter Herr Präsident, verehrte Delegierte,
wir sind sicher, daß dieser Aufruf zur Gerechtigkeit, dieser Aufruf zum Frieden von all jenen Regierungen konsequent aufgenommen werden wird, die ernsthaft Sorge tragen um die elementaren Menschenrechte.

Im Namen der Toten, im Namen der Gefolterten, im Namen der Analphabeten, im Namen der Hungernden, im Namen der Ausgebeuteten, diese Initiative darf nicht vergebens sein, und einmal mehr müssen die Kräfte der Vernunft und der Liebe, die Kräfte des Friedens über die irrationalen Kräfte siegen.

(Quelle: BARRICADA. Edición Especial, Managua, Oktober 1981, S. 4-14)

neu aus dem rotpunktverlag Zürich



Francis Pisaní
MUCHACHOS

Tagebuch der sandinistischen
Revolution in Nicaragua

384 Seiten, mit vielen Fotos
und Illustrationen, Fr. 24.80/DM 27.80
in allen Buchhandlungen oder durch die
Auslieferung ProMedia GmbH, Berlin
ISBN 385869.017 1

Pierre Dumaine

Eine bedrohte Unabhängigkeit



Belize-Stadt, die Hauptstadt des neuen Staates; britische Soldaten (r.) bleiben dennoch an der Grenze zu Guatemala postiert

Belize, die letzte britische Kolonie auf dem amerikanischen Kontinent, erlangte am 21. September 1981 die Unabhängigkeit. Die britische Regierung Thatcher hinterließ der Exkolonie ein symbolisches Geldgeschenk in Höhe von 22,2 Mio US-Dollar und ein Kontingent von 1.600 britischen Soldaten, um das guatemaltekische Diktaturregime von einer Einverleibung seiner „verlorenen Provinz“ abzuhalten. Die Tatsache, daß Washington zu den Unabhängigkeitsfeiern die größte Delegation – geleitet von Unterstaatssekretär T. Enders – entsandte, zeigt an, daß auch die Reagan-Administration dem Ringen um Belize nicht tatenlos zusehen will...

Benque Viejo: „Belize ist Guatemala“, proklamiert ein riesiges Schild einige Meter entfernt auf guatemaltekischem Gebiet. Diesseits des Stacheldrahtverhaus, der die Grenze zwischen den beiden Ländern markiert, antwortet ihm ein anderes Schild gleicher Größe: „Belize ist ein neuer unabhängiger Staat in Zentralamerika.“

Dieser Plakatkrieg gibt Aufschluß über die auf der Unabhängigkeit des jüngsten mittelamerikanischen Staates lastenden Drohungen seitens der guatemaltekischen Regierung. Welche historischen Argumente Guatemala auch immer heranziehen mag, um die Annexion Belizes zu fordern, schon an der Grenze wird deutlich, daß das Volk von Belize nicht viel mit dem guatemaltekischen Volk gemeinsam hat.

Im Unterschied zu diesem, welches vorwiegend indianisch und spanisch geprägt ist, ist die Kultur Belizes hauptsächlich von den englischsprachigen Kreolen afrikanischer Herkunft beeinflusst worden. Sie sind allerdings nicht mehr die stärkste ethnische Gruppe, denn laut einer Studie der Universität von Jamaika stellen sie seit 1970 nur noch 31% der Bevölkerung gegenüber 33% Mestizen, den indianisch-spanischen Mischlingen, die zum Teil aus Guatemala gekommen sind. 19% der Belizer sind Indianer. Die Garifunos, auch „schwarze Kariben“ genannt, bilden 11% der Bevölkerung. (Die „schwarzen Kariben“ sind Nachkommen der Indianer und Schwarzen, die sich auf die Insel Saint Vincent vor deren Kolonisierung durch die Engländer geflüchtet hat-

ten.) Dazu kommen noch Europäer, darunter die Sekte der Mennoniten aus Deutschland, Inder, Chinesen u.a. Diese ethnische und kulturelle Vielfalt ist zweifellos das Ergebnis der „kolonialen Alchimie“.

In ökonomischer Hinsicht hat die ehemalige Kolonialmacht dem jungen Staat kaum ein Geschenk gemacht. Historisch gesehen war es die Ausbeutung der reichen Wälder der Region, die die britischen Kolonialisten dazu brachte, sich mit ihren jamaikanischen Sklaven an der Mündung des Flusses Belize anzusiedeln.

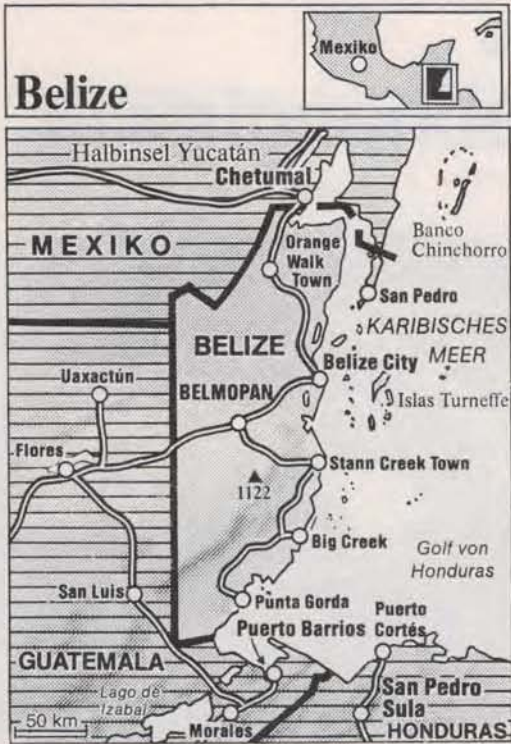
Die Holzverarbeitung ist immer noch ein Reichtum des Landes, aber seit den 50er Jahren wurde sie von der Landwirtschaft übertroffen, selbst wenn diese im Vergleich zu ihren Möglichkeiten wenig entwickelt ist (nur 10% des nutzbaren Bodens werden bebaut).

90% des Bodens in fremder Hand

Trotz der Verluste aufgrund von Natureinwirkungen (besonders schwere Wirbelstürme wie „Greta“ 1978, die Zuckerrohrpest seit 1979) liefert die Landwirtschaft fast 25% des Bruttonationaleinkommens (BNE) und 85% der Exporte. Drei Produkte beherrschen diesen Sektor: Zuckerrohr (fast 100.000 t Zucker 1979, was den Weltrekord pro Einwohner bedeutet), Zitronen und Bananen. Diese Exportprodukte werden auf Plantagen angebaut, die großen britischen oder US-amerikanischen Gesellschaften gehören, wie der BEC (British Estate and Produce Company), die in Belize seit 1875 ansässig ist und der mehr als 1/4 des genutzten Bodens gehört. 90% der genutzten Fläche sind übrigens in ausländischer Hand.

Die Kleinbauern, die noch die „milpa“ praktizieren, das traditionelle Brandrodungssystem, versorgen den lokalen Markt. Die sozialdemokratische Regierung unter George Price versucht die Kleinbauern und die Produktionsgenossenschaften zu unterstützen. Aber die Politik der Landverteilung kollidiert mit den Interessen der großen Gesellschaf-

Belize-Daten



Territorium: 22.965 qkm (etwa die Größe Hessens) 280 km Küstenlinie

Bevölkerung: ca. 150.000

Hauptstadt: Belmopan, mit 3.000 Einwohnern

Amtssprache: Englisch; Umgangssprache auch Spanisch

Währung: Belize-Dollar; 1 Belize-Dollar = 1,16 DM (Stand November 1981)

Staatsform: Seit dem 21.9.1981 unabhängig; bis dahin britische Kronkolonie mit innerer Selbstverwaltung (seit 1964); Wahlen finden alle fünf Jahre statt. Amtierender Ministerpräsident ist George Price (62), Vorsitzender der sozialdemokratischen Vereinigten Volkspartei, die 12 von 18 Parlamentssitzen innehat.

Wirtschaft und Soziales: Belize ist ein rückständiges Agrarland mit großen Urwaldgebieten. 51% des Bodens sind kultivierbar, es werden aber nur 10% genutzt. Haupterzeugnisse sind Zuckerrohr, Zitrusfrüchte, Bananen, Kokosnüsse, Reis, Mais, Bohnen, Hirse, Erbsen, Kakao und Tabak. Wichtigste Exportartikel sind Zucker (45% der Exporte) sowie Zitrusfrüchte (5%). Vor kurzem wurden außerdem Ölvorkommen entdeckt.

Haupthandelspartner sind die USA (jährlich 30 Mio US-Dollar), Großbritannien (10,6 Mio), die Dominikanische Republik (2,6 Mio) und Kanada (1,8 Mio).

Das Pro-Kopf-Einkommen beträgt rund 500 US-Dollar (1977). Es gab bisher keine Sozialgesetze und fast keine Arbeitsgesetzgebung.

Geschichte:

1859 Vertrag zwischen Großbritannien über die Gebietsabgrenzung der Kolonie Britisch-Honduras (früherer Name Belizes)

1940 Guatemala erklärt den Vertrag von 1859 für ungültig

1960 In einer Volksabstimmung entscheiden sich die Einwohner von Britisch-Honduras gegen einen Anschluß an Guatemala

1964 Britisch-Honduras erhält die innere Autonomie

1973 Umbenennung in Belize

1981 Unabhängigkeit. Guatemala erhebt weiterhin Anspruch auf das Territorium, deshalb bleiben bis auf weiteres britische Truppen im Land

Belize wird UNO-Mitglied

ten, die ihre Böden lieber brach liegen lassen anstatt sie zu verkaufen. Trotzdem bildet die Landwirtschaft einen Überschuß, der 12% des BNE ausmacht, einer der höchsten Prozentsätze der Welt.

Da die **Industrie** auf die teilweise Verarbeitung des Zuckerrohrs beschränkt ist, leiden fast 30% der aktiven Bevölkerung unter Arbeitslosigkeit. Am stärksten betroffen sind die Kreolen, die deshalb an erster Stelle der Auswanderer in die USA stehen (fast 6.000 jährlich).

Dagegen bevorzugen die Mestizen-Bauern aus Guatemala es, nach Belize zu emigrieren, obwohl dort der Weltbank zufolge das Prokopfeinkommen niedriger ist (3.750 Francs gegenüber 4.700 Francs in Guatemala). Aber diese Zahlen berücksichtigen weder die Einkommensverteilung, die in Guatemala viel ungleicher ist als in Belize, noch die Anstrengungen der Regierung auf den Gebieten der Erziehung und des Gesundheitswesens. Die Analphabetenquote ist die niedrigste der Region (5%), die Lebenserwartung am höchsten.

Damoklesschwert: Annexionsanspruch Guatemalas

Andere Unterschiede, die in den Statistiken der Weltbank keinen Niederschlag finden, fallen demjenigen, der die Grenze in Benque Viejo von der guatemaltekischen Provinz Petén aus überschreitet, sofort auf: Auf guatemaltekischer Seite sind Soldaten allgegenwärtig, die Finger am Abzug, bis in die Busse hinein. In Belize, das sich einer parlamentarischen Demokratie britischen Musters erfreut, ist die Polizei nicht bewaffnet und bis vor kurzem gab es keine Armee. Ausreichend Gründe, die erklären, daß fast alle Belizer, gleich welcher Herkunft, keine Lust haben, Guatemalteken zu werden.

Belize wäre übrigens seit langem unabhängig geworden, wenn sein großer Nachbar nicht damit gedroht hätte es zu überfallen. Seit mehreren Jahrzehnten drehte sich das politische Leben in Belize um immer dasselbe Problem: Die Erlangung der Unabhängigkeit. Ein Mann ist identisch mit diesem Kampf: George Price, Premierminister seit 1955 (was ihn zum am längsten amtierenden Führer der Region macht).

Die Opposition ist in der Vereinigten Demokratischen Partei (UDP) von Theodore Aranda und Manuel Esquivel vereint; sie ist ein wunderlicher Verein von Konservativen, die die Sozialpolitik der Regierung ablehnen einerseits und von Elementen, die aus Guatemala ferngesteuert werden andererseits. Ohne dem Prinzip der Unabhängigkeit feindlich gesinnt zu sein, werfen sie dem Premierminister – manchmal nicht ohne Grund – vor, die Unabhängigkeit um jeden Preis zu wollen und sogar bereit zu sein, Guatemala einen Teil des Territoriums von Belize abzutreten. Der bewaffnete Arm



Unabhängigkeitstag in Belize-Stadt: Die neue Flagge ist aufgezogen



der UDP, die Aktionsbewegung Belizes (BAM), provozierte am 26. Juli 1981 heftige Tumulte anlässlich der Ankündigung der Unabhängigkeit. Theodore Aranda klagte George Price sogar an, die Afro-Belizer im Falle einer guatemaltekischen Invasion in die Vernichtung zu führen, wobei er einen „rassischen“ Akzent in die politische Debatte brachte, indem er auf das spanische Übergewicht in der Vereinigten Volkspartei (PUP), der Regierungspartei, anspielte.

„Fast natürliche“ Verbündete

Die Mehrheit der Belizer folgte diesen Argumenten nicht. Sie unterstützten bei den Parlamentswahlen am 21.11.1979 massiv die Partei von George Price.

Wenn auch der Premierminister all sein Prestige wahren konnte, so unterlag doch seine Partei der Abnutzung durch die Macht. So waren zum Beispiel einige der Regierung nahestehende Persönlichkeiten in Zuhälteraffären verwickelt. Der linke Flügel der Partei, vertreten durch den Gesundheitsminister Assad Shoman, sitzt auch auf dem absteigenden Ast. Die UGWV, die ihr nahestehende Gewerkschaft, hat bei den letzten Wahlen in den Zuckerfabriken im Juni 1981 eine bedeutende Niederlage erlitten.

Aber wenn es auch genug innere Probleme für den Premierminister gibt, so wird die Zukunft des jungen Staates doch von der Entwicklung der Region abhängen. George Price weiß das genau, hat er doch seit Jahren die anderen lateinamerikanischen Staaten von der Notwendigkeit der Unabhängigkeit seines Landes überzeugen müssen. Die Länder der Karibik (vor allem Jamaika unter Michael Manley) und die progressiven oder liberalen Staaten waren die ersten „quasi natürlichen“ Verbündeten des belizianischen Premierministers. Aber seit 1975 hatte sich die Situation merklich durch das Eingreifen Generals Torrijos, des starken Mannes von Panama, entspannt.

Seit dem Sturz des Diktators Anastasio Somoza in Nikaragua ist Guatemala isoliert. Im letzten Jahr (1980; d. Red.) hatte die Vollversammlung der Vereinten Nationen eine Resolution verabschiedet, in der die Unabhängigkeit Belizes vor Ende 1980 empfohlen worden war.

Tatsächlich ist es nicht die Hoffnung auf Gebietsvergrößerung, die die guatemaltekischen Militärs dazu bringt, pausenlos Belize zu beanspruchen, selbst wenn in gewisser Hinsicht

die Mobilisierung um das Thema der Rückeroberung der verlorenen Provinz dazu dienen kann, gewisse innere Probleme zu überdecken. (Die guatemaltekischen Forderungen haben sich seit dem Militärputsch gegen den progressiven Präsidenten Arbenz 1954 verstärkt.)

Was Guatemala dagegen beunruhigt, sind die Bedingungen zwischen dem neuen Staat und den progressiven Ländern der Region. Da die guatemaltekische Guerilla seit einigen Monaten vor allem in der Provinz Petén erfolgreich gegen sie operiert, fürchtet die Militärregierung, daß Belize sich schnell in einen Zufluchtsort für die Revolutionäre verwandelt.

Hinter den guatemaltekischen Militärs steht Washington, das im Widerspruch dazu die Unabhängigkeit des neuen Staates unterstützt. Die Aufrechterhaltung einer guatemaltekischen Drohung scheint tatsächlich das beste Mittel zu sein, jedes „fortschrittliche“ Abdriften Belizes zu verhindern. London hat klar gesagt, daß es seine 6.000 Soldaten und seine 4 Flugzeuge vom Typ Harrier, die die Verteidigung des neuen Staates sichern, bald zurückziehen will. Also wandte sich George Price an die USA. Washington hat sich nicht lange bitten lassen und, wie die englische Presse Ende Juli 1981 mitteilte, sollte sich eine erste amerikanische Militärmission schon am 21. September 1981 in Belize niederlassen.

Quelle: Afrique Asie, Paris, Nr. 250/12.10.1981, S. 37-38)

Zeitschriftenschau

Forum, Nr. 49/Dez. 1981

ENTWICKLUNG: Brief an unsere Partner, Reaktionen ● BUKO: Offene Briefe ● Kaffee ● Diskussion ● Brasilien ● Flaschenpost ● Zeitschriften
Einzelpreis 3,- DM, Abo 36,- bzw. 50,- DM
Bezug: Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1

Guatemala-Nachrichten, Nr. 9/1981

ZUM BEISPIEL NICKEL ● Aktuelle Meldungen: Tourismus, US-Delegation in Guatemala, FDCR und MLN veröffentlichen Kommuniké usw. ● Eindrücke von einem Besuch Guatemalas ● Briefe aus Guatemala ● Interview mit einem Indio
Einzelpreis 6,- DM, Abo 60,- DM
Bezug: Informationsstelle Guatemala, Maistr. 79, 8000 München 2

blätter des iz3w, Nr. 97/Nov. 1981

Themenblock: Gesundheit und Arzneimittel in der Dritten Welt ● Hintergründe: Malaysia – Vom Langhaus zum Industriezeitalter ● Nachrichten und Berichte: Ost-Timor, Gambia, Südliches Afrika ● Rezension: Bücher zur Türkei
Einzelpreis 4,- DM, Abo 25,- bzw. 35,- DM
Bezug: iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg

Latinamerika-Nachrichten, Nr. 98/Dezember 1981

BERICHTE: BRD – Wer zuviel fragt, ist verdächtig ● Brasilien: Drohende Ausweisung französischer Priester ● Argentinien: Streit um Violas Nachfolge ● Peru: Militarisierung der Demokratie ● Chile: Göttinger Exilchilenen verhaftet ● Kolumbien: Der zweite nationale Massenstreik ● Guatemala: Anschläge am „Tag der Revolution“: Wahlen ante portas; Alphabetisierung à la Guatemala ● HINTERGRUND: Belize: Von der Kolonie zur Neokolonie ● Antigua und Barbuda: Reagans Stützpunkt in der Karibik ● Ekuador: Vom Ölboom in die Krise ● Brasilien: Die Besetzung von Sao Paulo ● Einige Mythen über Kuba ● Madrider Solidaritätskonferenz
Einzelpreis 3,- DM, Abo 35,- DM
Bezug: FDCL, Savignyplatz 5, 1000 Berlin 12

SAGO Informationsblatt Bolivien, Nr. 33/Nov.-Dez. 1981

DIE JUNTA WIRD SALONFÄHIG ● WAS NUN?: Die Anerkennung durch die USA ● Die neue Rolle Argentinien ● Drogenbekämpfung: Damoklesschwert über Torrelío ● Das Chronogramm der institutionellen Normalisierung ● Siles in der BRD ● Scharfe Kritik am Regime hält an ● Kurznachrichten, Presse ● Gewerkschaften: Resolution der Federación der Campesinos von La Paz ● Hintergrund: Frauen in Bolivien ● Zeitschriftenschau, letzte Meldungen, Neuerscheinung
Einzelpreis 2,- DM, Abo ab 12,- DM
Bezug: SAGO Informationszentrum Brasilien, Friedrich-Ebert-Anlage 51e, 6900 Heidelberg

Solidarität, Nr. 63/Dez. 1981

Agrarland Moçambique: Impressionen einer (nicht)alltäglichen Revolution ● Eindrücke aus Zimbabwe ● Ägypten nach Sadat ● Südafrika in den 80er Jahren ● Aufrüstung im Trikontinent ● Dossier Schweiz-Trikont, Bücher, Blick über den Zaun, Hinweise und Veranstaltungen
Einzelpreis 2,50 sFr, Abo 20,- sFr
Bezug: SKAAL, Postfach 2009, CH-4001 Basel

Brasilien-Nachrichten, Nr. 5-6/1981

Schwerpunktthema: Das Latifundium schlägt zu ● Indianer ● Brief aus Rio zum Bombenattentat ● VW do Brasil: Krise durch Inkompetenz ● Sobradinho: Die Kripo kam zum Fragesteller
Einzelpreis 3,50 DM, Abo 18,- bzw. 25,- DM
Bezug: CON, Weserdeich 38, 2800 Bremen 1

ila-Info, Nr. 51/Dez. 1981

Schwerpunkt: El Salvador zwischen Hoffnung und Intervention ● Auflistung der US-Drohungen zu Mittelamerika ● Nikaragua: „In einem Punkt herrscht volles Einvernehmen“ ● „Sobradinho“-Skandal jetzt auch in Peru ● Bolivien: 200. Todestag von Tupac Katari ● Ländernachrichten zu Bolivien, Brasilien, Chile, Peru und Honduras ● Berichte aus der Solidaritätsbewegung, Kampagnen, Aufrufe, Film- und Buchbesprechungen
Einzelpreis 2,50 DM, Abo 25,- bzw. 30,- oder 35,- DM
Bezug: ila, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1



Gerhard Stuby/Roland Feicht Erfahrungen der dritten Chile-Reise „Uns wird auch die Angst genommen werden!“

Kürzlich hielt sich Prof. Gerhard Stuby, Völkerrechtler an der Universität Bremen und 1. Vizepräsident der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen (IVDJ) in Begleitung des Soziologen Roland Feicht, in Chile auf. Anlaß war die Verhaftung der Führer der Nationalen Gewerkschaftskoordination (CNS), der größten Dachgewerkschaft Chiles, vom Sommer 1981. Während acht der zehn Verhafteten gegen Kautions wieder auf freien Fuß gesetzt worden waren, hatte die Junta dem Vorsitzenden der CNS, Manuel Bustos (Christdemokrat) und dem CNS-Generalsekretär Alamiro Guzmán (Kommunist) die Haftverschöpfung versagt. Die Begründung: Beide hätten mit der Vorlage eines Nationalen Forderungskatalogs eine Wiederholungstat begangen.

Ohne eine historische Einordnung muß die gegenwärtige Situation in Chile unverständlich bleiben. Erinnern wir uns an die Zeit vor und nach dem Putsch vom 11. September 1973. Mit ihm hatte die Konterrevolution begonnen, ein langangelegtes Programm der gesellschaftlichen Umwandlung im Interesse der mächtigsten chilenischen Monopolgruppen und der Finanzpotentaten, kurz gesagt der Oligarchie, sowie der multinationalen Konzerne vor allem aus den USA auf allen Ebenen umzusetzen. Hierfür mußten die Organisationen der Arbeiterklasse sowohl auf der politischen wie auf der gewerkschaftlichen Ebene zertrümmert, und letztere in willkürliche Werkzeuge des „Liberalismus“ umgebaut werden.

Die erste Etappe der Konterrevolution, die mit dem blutigen Putsch von 1973 endete, war neben massivster antimarxistischer und antisozialistischer Propagandabearbeitung des Volkes und der Blockierung der Legislativ- und Exekutivfunktion der Regierung Allende (1970-73) auf Destabilisierung der sozialen Kraft der Unidad Popular ausgerichtet. Man erinnere sich an den Boykott seitens der Multis und westlicher Industrienationen (USA, BRD usw.) und im Inland der Gremien, der Industrie, des Handels, verschiedener Berufsgruppen des Mittelstandes, der Transportunternehmer usw. an die rechtsradikalen Schocktruppen.

Diese Etappe hat insofern für die aktuelle Situation große Bedeutung, als im breiten Bewußtsein der Massen ein Bild von Chaos, Unordnung usw. mit der UP-Zeit erzeugt wurde. Die zweite Etappe ist gekennzeichnet durch die terroristische Ausschaltung (Liquidierung, KZ, Exilierung) der meisten Kader auf oberer und mittlerer Ebene bei der Linken innerhalb und außerhalb der UP und bei den Gewerkschaften (der Einheitsgewerkschaft CUT), sowie durch den Beginn der faschistischen Umstrukturierung der Gesellschaft im ökonomischen Bereich durch die Einführung des Friedmanschen „Liberalismus“-Modells bei gleichzeitiger Zer-

schlagung der bürgerlich-demokratischen Gesellschaftsordnung.

Neben der Ausschaltung der Parteien wurde die CUT verboten und aufgelöst. Der Schlag gegen die Gewerkschaften führte praktisch dazu, daß von zentraler Ebene bis teilweise hin zur Basis der Unternehmen Arbeiterinteressen nicht mehr vertreten werden konnten. Hinzu kam durch die Ersetzung vakant gemachter Gewerkschaftspositionen und die Einführung regimetreuer Gewerkschaften (UNTRACH, Arbeitsfront) ein innerer und äußerer Parallelismus in der Gewerkschaftsbewegung. So war in den ersten Jahren des Faschismus die Gewerkschaftsbewegung erheblich zertrümmert, atomisiert. Dies gestattete dem Kapital seine Interessen ohne störende Kollektivmacht der Arbeiterbewegung voll durchzusetzen. Begleitet wurde dies von einem sich immer verfeinernden System der Repression (Einrichtung des „Verschwindens“, Raffinesse der Tortur usw.).

„Atomisierung“ der Arbeiterbewegung nach 1973

Obwohl dieses Repressions- und Intergrationssystem angesichts des Widerstands der Arbeiterbewegung die vollständige Zerstörung der traditionellen Gewerkschaftsstrukturen nicht erreichte, führte die Auflösung der traditionellen Staatsstrukturen, insbesondere die Parteienbeseitigung, zu einer Krise der sozialen, insbesondere der Gewerkschaftsbewegung, die ihre beiden traditionellen Bezugspunkte (bürgerlicher Staat mit dem Parteiensystem und Zielsetzung des Sozialismus) verloren hatte. Es trat eine Identitätskrise ein, die erst in einer neuen Phase überwunden werden konnte.

Andere Institutionen übernahmen die ehemals von den Parteien ausgeübte Vermittlungsfunktion, während diese nur aus dem Untergrund agieren können. Dies sind zum einen die internationalen Gewerkschaftsbünde und die internationale Solidaritätsbewegung mit ihren verschiedenen politischen Ausrichtungen, die auch in den Gewerkschaften zumindest ansatzweise zum Parallelismus beitrugen, sowie die Kirche, deren Strukturen unangetastet blieben.

Als sich herausstellte, daß trotz aller Bemühungen nach wie vor auf der Basisebene und zum Teil auf der Ebene der Föderationen und Dachgewerkschaften die Atomisierung der Gewerkschaftsbewegung nicht voll erreicht werden konnte, ja daß sich sogar auf alter Tradition aufbauend der Widerstand gegen den radikalen sozialökonomischen Abbau und der Verarmung der Werktätigen regte, leitete die Regierung eine weitere Repressions- und Umgestaltungsphase ein. Im Oktober 1978 wurden 7 Föderationen von Gewerkschaften und die ihnen angehörenden 550 Basisgewerkschaften

verboten (sie kamen alle aus dem Einflußbereich der CNS) und ein neues Dekret DL 2347 erlassen. Es schloß ab sofort eine Vertretung nicht durch die Regierung autorisierter Gewerkschaften explizit aus. Sodann wurde mit dem Dekret 2200 eine „Reform“ des kollektiven Arbeitsrechts vollzogen, das im Grunde eine vollkommene Rückgängigmachung der sozialen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte zugunsten einer totalen Individualisierung des Arbeitsrechts darstellt.

Mit den Gesetzesdekreten des Plan Laboral (Arbeitsplans) wurde dann im Juni 1979 praktisch ein diese Richtung verstärkendes Arbeitsrecht geschaffen, das mit dem Dekret 18018 des Jahres 1981 noch weiter zuungunsten der sozialen Lage der Arbeiter verschärft wird. Eine wesentliche Behinderung der Gewerkschaftsaktivitäten durch den Plan Laboral ist, daß nur den Basisgewerkschaften das sehr eingeschränkte Kollektivverhandlungsrecht eingeräumt wird. Dachgewerkschaften sind im Gesetz gar nicht vorgesehen, und wenn sie entstehen, können sie – wie jetzt die CNS-Vertreter – kriminalisiert werden. Des Weiteren sind Streiks auf 60 Tage begrenzt, was den Unternehmern erlaubt, ihre Tarifvorstellungen voll durchzusetzen.

Der Faschismus setzt auf Entpolitisierung

Insgesamt zielt diese juristische Integrationsstrategie – wie es ein christdemokratischer Gesprächspartner hervorhob – auf die „totale Individualisierung der Werktätigen und die Abschaffung ihres kollektiven Schutzes“.

Diese Strategie ist Bestandteil des gesamtgesellschaftlichen Programms der konterrevolutionären Institutionalisierung des Faschismus.

Die wirtschaftliche Basis des Institutionalisierungskonzepts des Faschismus wurde schon kurz nach dem Putsch durchgesetzt. Es wurden alle Verstaatlichungen aus den vergangenen Jahren mit Ausnahme des Kupfersektors rückgängig gemacht und eine Gesamtwirtschaftspolitik nach dem „Liberalismus“-Modell des US-Ökonomen Milton Friedman betrieben. Es ist dies eine Politik des „laissez faire“-Kapitalismus unter der Ägide der Multis (siehe AIB 9/1981, S. 10-13; d. Red.), die verbunden war mit der starken Senkung der Realeinkommen der Werktätigen und die Ruinierung von vielen kleinen und mittleren Betrieben zur Folge hatte. Selbst an Kritierien bürgerlicher Ökonomen gemessen, sind die gesamtwirtschaftlichen Resultate der Wirtschaftspolitik des Faschismus äußerst mager. Das System hält sich nur durch wachsende Verschuldung beim internationalen Bankkapital. Gegenwärtig befindet sich Chile in einer Wirtschaftskrise, die nicht so sehr konjunkturell als strukturell bedingt ist. Leidtragende sind die Werktätigen, aber auch die Mittelschichten, und Teile des Unternehmertums sind ökonomisch unter die Räder geraten.

Die Umstrukturierung des Überbaus hat folgenden Inhalt: Jegliche Einflußnahme der unter der Oligarchie sowie der oberen Militärkaste sich befindenden Klassen und Schichten wird durch die Fixierung einer legislativen und exekutiven Omnipotenz des diktatorischen Staates abgekoppelt. Integrationsmomente der Gesellschaft in das faschistische System sind nicht etwa wie im klassischen italienischen oder deutschen Faschismus die Mittel zur Erreichung der Massenkakulation, sondern – ganz im Gegenteil – die Schaffung einer möglichst weiten „Staatsdistanziertheit“ in allen ökonomischen, kulturellen, sozialen und sonstigen Bereichen.

Getreu der Wirtschaftsphilosophie beruht das Integrationskonzept auf Partikularisierung bzw. Individualisierung möglichst vieler gesellschaftlicher Bereiche nach dem Motto „teile und herrsche“ und der Begleitinstrumente: Repression und Erzeugung von Angst durch Unterdrückung sowie

Entpolitisierung der Massen. Dem Staat obliegt letztendlich im wesentlichen nur eine Funktion: die des Wächters mit Hilfe seiner Unterdrückungsapparate, insbesondere Militär, Geheimdienst und Justiz.

Einleitendes juristisches Mittel der Neustrukturierung des Überbaus war die Vorbereitung und „Verabschiedung“ der neuen Verfassung, die – von allen Kreisen der Opposition abgelehnt – das hohe Maß zentralistischer diktatorischer Macht „legitimierte“.

Große Bereiche eigentlich unter gesellschaftlicher, staatlicher Verantwortung stehender Institutionen (Hochschule, Erziehung, Sozialversicherung usw.) werden nach dem „klassisch-liberalistischen“ Muster regelrecht „auf den Markt geworfen“. In der Gesellschaft sollen keine Gruppen mit ihren sozialen und politischen Vertretungen, keine gesellschaftlichen kollektiven Verantwortungen artikuliert werden. Nur partikularistische Interessen (vor allem der Oligarchie und der Multis) bzw. Individuen im Konkurrenzkampf auf Gedeih und Verderb sollen sich gegenüberstehen. Eben hierauf zielt die neue Arbeits- und Gewerkschaftsgesetzgebung. Zur Durchsetzung dieser Strategie setzt der Faschismus auf die Entpolitisierung der Massen und auf Angsterzeugung durch Repression. Tag für Tag wird der Bevölkerung ein primitives Propagandastrickmuster einer Mischung aus Antikommunismus (zentraler Bezugspunkt: Verunglimpfung der UP-Zeit; Darstellung dieser und der heutigen Opposition als Resultat bzw. Werkzeug des „internationalen Kommunismus“), penetrantem Chauvinismus (z.B. beim Beagle-Konflikt mit Argentinien) und Propagierung der Konsumhaltung als Lebenszweck eingehämmert.



„Chilene: Unterstütze Deinen Nationalen Forderungskatalog“

Eine wahre Kaufhysterie von TV-Geräten ist entfacht worden, da der Fernseher bei der Propaganda eine zentrale Rolle spielt. In der Verbindung mit dem Erzeugen von Angst durch Unterdrückung ist die Entpolitisierung eine der gefährlichsten Waffen in den Händen des Faschismus. Ein führender Kommunist formulierte es uns gegenüber sehr plastisch, wie die Folgen aussehen: „Lenin kannte noch keinen Fernseher.“

Trotz aller Bemühungen und internationaler Unterstützung vermochten bisher die konterrevolutionären Kräfte ihr faschistisches Konzept nicht voll durchzusetzen. Ihr Ziel, die Zerstörung und Atomisierung der Gewerkschaftsbewegung und Individualisierung der Arbeiterschaft in Funktion zum

„liberalistischen“ Kapitalismus hat seine Grenzen in der Dialektik des Kapitalismus selbst, der ja die Arbeitskraft kollektivieren muß, und dadurch auch die kollektive Gegenaktion der Arbeiter erzwingt, zumal die traditionelle Kampfkraft der Arbeiterbewegung Chiles nicht erloschen ist.

Trotz aller juristischer und repressiver Maßnahmen entstand mit Hilfe der politischen Arbeiterbewegung das Betriebsgewerkschaftswesen wieder fast vollständig, und es reorganisierten sich die Gewerkschaften auf föderativer Ebene und als Dachgewerkschaften. Trotz Spaltungserfolgen (Gründung der Untrach, der moderierten Dachgewerkschaften Gruppe der 10 – heute UDT – und FUT) entstand mit der Nationalen Gewerkschaftskoordination (CNS) nach 1978 eine **defacto legale** Einheitsgewerkschaft, deren wesentliche politische Träger die mächtigsten Oppositionsparteien im Untergrund sind, die Kommunistische Partei und die Christdemokratische Partei. Aufgrund von Repression und sozialer Verelendung der Werktätigen radikalisierten sich UDT und FUT. Selbst vom Faschismus eingesetzte Gewerkschaftsfunktionäre stehen nun in Opposition.

Gegenwärtig hat sich die CNS zur größten Dachgewerkschaft entwickelt. Sie repräsentiert ca. 60% aller gewerkschaftlich organisierten Werktätigen. Die Tatsache, daß sich das Regime bei der Verwirklichung seiner Zielsetzung, die Gesellschaft im faschistischen Sinne umzustrukturieren, trotzdem gezwungen sah, die Existenz von Gewerkschaften zu berücksichtigen, wird von der Gewerkschaftsbewegung, vor allem von der CNS, extensiv ausgenutzt. Ja sie geht sogar über den juristischen Preßrahmen hinaus, da ihre Aktivität aus dem Zwang der Verhältnisse heraus automatisch regimefeindlich wird und damit gegen das Prinzip der faschistischen „nationalen Sicherheit“ verstößt.

Die CNS – Kristallisationspunkt des Widerstands

Dies war auch bei der Vorlage des Nationalen Forderungskatalogs durch die CNS im Juni 1981 der Fall, gleichwohl die CNS legal versuchte, sich durch die Berufung auf das Petitionsrecht abzusichern. U.a. forderte der Nationale Forderungskatalog, der massenhaft durch die CNS-Gewerkschaften, die Kirche und die Oppositionsparteien verbreitet und diskutiert wurde, die Außerkraftsetzung von Art. 24 der Verfassung, der Pinochet außerordentliche Befugnisse im Rahmen der Herstellung der öffentlichen „Ordnung und Sicherheit“ erteilt; die Beendigung des Ausnahmezustands, der Verfolgungen, Folterungen und Verbannungen; Aufklärung des Schicksals der „Verschwundenen“; Rückkehr der Exilchilenen; Verteidigung der nationalen Industrie; keine Privatisierung staatlicher Betriebe, der Dienstleistungen und

des Kupfers; Wiederherstellung der Gewerkschaftsrechte sowie starke Lohnerhöhungen.

Die Reaktion der Regierung auf dieses Vorgehen war heftig: Verhaftung der CNS-Führung, Einleitung des Prozesses gegen sie, eine massive Verleumdungskampagne und die Ausweisung von vier oppositionellen Persönlichkeiten, die sich mit vielen anderen öffentlich für das Petitionsrecht der CNS-Führer bekannten: Jaime Castillo, Orlando Cantuarias, Alberto Jerez, Carlos Briones. Insgesamt bewirkte das administrative Vorgehen eine große Solidarisierungswelle für die CNS in allen oppositionellen Kreisen.

In Gestalt der CNS, insbesondere mit dem Nationalen Forderungskatalog, tritt der Widerstand erstmals massenhaft öffentlich auf und fordert die Rückkehr zu demokratischen und sozial vertretbaren Verhältnissen. Deshalb diese Reaktion des faschistischen Regimes, das von nun an die Repressionschraube enger anzieht (mehr Verhaftungen, striktere Zensur, mehr Folterungen usw.). Und noch ein weiterer Grund: Die CNS und ihr Kampf sind das Ergebnis von Verständigungen zwischen den linken (UP-)Parteien – vor allem der mächtigsten von ihnen, der KP – und der Christdemokratie.

Der Kampf der Einheitsgewerkschaft CNS ist zu einem Kristallisationspunkt zur Erlangung einer antifaschistischen Aktionsfront geworden. Die CNS ist zu einer Kraft herangewachsen, die zum Kern einer Entwicklung zu einer wirksamen politischen Opposition werden kann. Die anderen Gewerkschaftsdachorganisationen sind in ihrer Bedeutung gesunken, ja ihre Führer orientieren sich zunehmend auf die CNS. Sie geben damit deutlich zu verstehen, daß ihre zum Teil von Regierungsseite, aber auch von Teilen der Christdemokratie aufgezwungene Konzeption des Ausschlusses der Kommunisten zumindest im gewerkschaftlichen Bereich gescheitert ist.

In den Gesprächen mit führenden Christdemokraten wurde von diesen immer wieder unterstrichen, daß in Chile für eine politische Opposition ohne die Kommunisten nichts laufe. Zwar bräuchten die Kooperationszwänge mit der KP ihnen im internationalen Rahmen, insbesondere gegenüber der internationalen Christdemokratie, aber auch gegenüber der Sozialistischen Internationale gewisse Schwierigkeiten, und auch innerhalb der chilenischen Christdemokratie sei diese Notwendigkeit noch nicht unbestritten, doch gäbe es vor allem im Gewerkschaftsbereich keine Alternative. Die bestehenden politischen Zwischenkräfte seien insbesondere nach der Spaltung der Sozialistischen Partei (SP) kein relevanter Faktor, auf dem man für eine wirksame oppositionelle Kooperation aufsetzen könne.

Auf der anderen Seite besteht – so Vertreter der Linken – immer noch der Hegemonieanspruch der Christdemokratie



Jetziger CNS-Generalsekretär Humberto Arcos (r.) und Ricardo Lecaros, Vorsitzender der größten Metallarbeiterföderation (CNS-Mitglied), in einem Arbeiterviertel Santiagos



Wandmalerei des Widerstands zum 8. Jahrestag des Putsches in Santiago

im Widerstand. Von dieser Seite her wird verständlich, warum die KP vor allem die Spaltung und den zu geringen Einfluß der SP bedauert.

Wenn auch die CNS im Augenblick den wichtigsten Kristallisationspunkt für eine entsprechende politische Opposition darstellt, wie überhaupt die Aktivität des gewerkschaftlichen Bereiches immer stärker zum Zentrum der Auseinandersetzungen wird, dürfen darüber keinesfalls andere Bereiche des Widerstand in ihrer Bedeutung verkannt werden. Dies gilt einmal für die Probleme, die in den früheren Phasen im Vordergrund standen (Verschwundenenproblematik, Exilproblematik usw.) wie für gerade heute wichtige Aktivitäten (Jugendbereich, Wohnungsproblematik in den „Poblaciones“ (Elendsvierteln), Frauenbereich usw.), die von den Gewerkschaften (CNS) und der politischen Opposition im Untergrund (vor allem von der Linken) geführt werden. Insbesondere die Diskussion um die Formen des Kampfes, die aus der Kritik und Revision früherer Konzeptionen über Strategie und Taktik angesichts der veränderten Situation in Chile selbst in der zergliederten politischen Opposition entstanden ist, spiegelt neue qualitative Momente der Entwicklung wider.

Oppositionelle Säulen: Christdemokraten und Kommunisten

Dies gilt vor allem in der Frage des **Rechts auf Rebellion**. Die Meinungen hierüber sind kontrovers. Sie reichen von grundsätzlicher Ablehnung, insbesondere im Bereich der Christdemokratie, bis zur grundsätzlichen Bejahung und zu dem unmittelbaren Beginn von Gewöhnungsaktionen. Aber auch im Bereich der Christdemokratie kann man zumindest Verständnis für die Position der Anwendung aller Formen des Kampfes in bestimmten geschichtlichen Situationen finden. Während die MIR unmittelbare Aktionen je nach Möglichkeit ohne irgendwelche Einschränkungen bejaht, gehen andere linke Parteien und Organisationen wie beispielsweise die KP und der Kommunistische Jugendverband davon aus, daß im Augenblick die Situation für eine Prioritätsverschiebung oder gar einen Wechsel der Kampfweise nicht reif sei, und daß auch in Zukunft der Schwerpunkt nicht auf der Form des bewaffneten Kampfes liegen könne. Daher könne bestenfalls im Augenblick an Gewöhnungsaktionen, z.B. an Sabotageakte, bei denen keine Personen zu Schaden kämen, gedacht werden. Obwohl bei den politisch bewußten Jugendlichen eine große Bereitschaft für die Durchführung militanter, direkter Aktionen zu verzeichnen sei (El Salvador und Nikaragua wirkten stimulierend), schlosse die breite Masse aus traditionellen Erwägungen derartige Mittel im Widerstand gegenwärtig aus.

Das A und O für alle Gesprächspartner bleibt die Frage der Erhaltung und des Ausbaus der **Massenbasis**. Jede Aktion, die zu einer Entfernung von den Massen führe, müsse abgelehnt werden. In welcher Zeit eine insurrektionelle (reif für einen Aufstand; d. Red.) Situation erreicht werden kann, hängt von vielen Faktoren des praktischen Kampfes ab. Abstrakte Antizipation (Vorwegnahme; d. Red.) schadet nur. Insgesamt befindet sich dieser Fragenkomplex im Augenblick in einem offenen Diskussionsprozeß, dessen Ausgang nicht abzusehen ist und der von der weiteren politischen Entwicklung insbesondere im gewerkschaftlichen Bereich abhängt.

Betrachtet man den Widerstand im Ganzen, so haben wir den Eindruck, daß im Vergleich zu den Erfahrungen G. Stubys in Chile 1976 und 1978 die Perspektiven für die Überwindung des gegenwärtigen Repressionsregimes konkreter und realistischer dargestellt wurden. Nach wie vor gibt es viele offene Fragen, aber die Richtung des Weges für die

Mexiko-Erklärung der chilenischen Linksparteien

Im September 1981 fand in Mexiko die erste Tagung der acht chilenischen Linksparteien, der Unidad Popular und der Bewegung der Revolutionären Linken (MIR), statt.

Die gemeinsame Abschlusserklärung vom 18. September 1981 skizziert die Auswirkungen der faschistischen Herrschaft für das Volk (Konsumkult, Individualismus, Konzentration der Reichtümer usw.), betont die forcierte Repression des Pinochet-Regimes auf den zunehmenden Widerstand und enthält bedeutsame Aussagen über das weitere Vorgehen der Linken im Widerstand. Angestrebt werden die Schaffung neuer Instanzen zur Koordinierung des Massenkampfes auf nationaler und regionaler Ebene sowie das „Recht auf Rebellion“, das durch die verschärfte Situation in Chile als legitim angesehen wird. Große Bedeutung wird dem vom Gewerkschaftsbund CNS veröffentlichten Nationalen Forderungskatalog eingeräumt. „Somit wird die Volksbewegung die Kampfformen anwenden, die sie in jedem Moment für objektiv am angemessensten hält“ und die auf eine „Destabilisierung der Diktatur abzielen“, konstatiert das Dokument.

Als wichtigste Aufgabe der Widerstandsbewegung in der nächsten Zeit wird die Vertiefung des Einheitsprozesses aller antifaschistischen Kräfte angesehen. Als Ziel formulieren die Linksparteien: „Wir treten ein für den Sozialismus. Aber an der Aufgabe, Chile von der Diktatur zu befreien und ein authentisch demokratisches Regime hervorzubringen, müssen alle gesellschaftlichen und politischen Kräfte teilnehmen, einschließlich der Christdemokraten, die mit der Linken die Verantwortung teilen, um unser Volk in die Lage zu versetzen, frei über seine Zukunft zu entscheiden.“ Geplant ist Anfang 1982 ein weiteres Treffen, bei dem eine gemeinsame politische Plattform erarbeitet werden soll.

Bildung einer wirksamen, einheitlichen Opposition, die einmal tätig werden könnte, zeichnet sich klar ab.

Hierbei werden die Bündnisarten anders aussehen als in den Zeiten vor und während der Unidad-Popular-Regierung. 8 Jahre Faschismus sind eine lange Zeit, auch der Veränderung politischer Kräfteverhältnisse in der politischen Opposition. Stärker als je zuvor steht die Frage der Schaffung eines breiten Bündnisses auf der Tagesordnung, deren Säulen die Christdemokratie und die Kommunisten sind. Die große Kraft der Kommunisten ist auf die Überwindung des bei der Christdemokratie herrschenden Antikommunismus als Hindernis für die gemeinsame Aktion gerichtet.

Der konkrete Kampf im gewerkschaftlichen Bereich um den Nationalen Forderungskatalog wird als der entscheidende Ausgangspunkt betrachtet. Die Tendenz zur Hinnahme des faschistischen Regimes aus Angst vor der „Gefahr des Kommunismus“ innerhalb des rechten Flügels der Christdemokratie ist mit der Aufhebung aller ökonomischen Privilegierungen außerhalb des Kernbereichs der mit den Multis verbundenen Oligarchie zurückgedrängt. Angesichts nicht nur des Überlebens sondern der Reaktivierung der kommunistischen Bewegung trotz Liquidation und Repression verbreitet sich immer stärker eine Stimmung des Realismus in Kreisen der Christdemokratie, die Kooperation mit den Kommunisten als unumgänglich zu betrachten.

Der Kreis derjenigen, die mit konkreten und klaren Perspektiven aktiv gegen das Regime stehen, ist immer noch verhältnismäßig klein. Der Nationale Forderungskatalog der CNS stellt hier einen ersten Ansatz der Einwirkung in die Massen dar. Andererseits darf man den Verzweiflungsgrad, der die Resignationsschwelle schon überschritten hat, nicht unterschätzen, das gilt insbesondere für die Jugend. Symptomatisch erscheint der Ausspruch des Gewerkschaftsführers Tucapel Jiménez (FUT), den er uns gegenüber machte: „Pinochet hat uns alles genommen und alles zerschlagen, so z.B. die Errungenschaften der Gewerkschaftsbewegung und ihrer Einheit. Es wird ihm auch noch gelingen, uns die Angst zu nehmen.“

★ Die BUKO-Pharma-Kampagne ★

Der Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) ist ein lockerer Zusammenschluß von etwa 150 Dritte-Welt-Gruppen aus dem ganzen Bundesgebiet. Auf seinem jährlichen Treffen hat der Bundeskongress im Oktober 1980 die Vorbereitung einer Kampagne gegen die Praktiken der Pharma-Industrie in der Dritten Welt beschlossen.

Die Medikamentenexporte multinationaler Pharmakonzerne in die Dritte Welt, allen voran BRD-Chemieriesen wie Hoechst, Bayer, Schering u.a. als weltgrößte Exporteure, stellen eine ernste Bedrohung für die Gesundheitsversorgung in unterentwickelten Ländern dar. Durch ausgefeilte Werbestrategien ist es den Konzernen gelungen, ihre Produkte so zu verbreiten, daß Medikamente in vielen Ländern der Dritten Welt über 50 % des Gesundheitsetats „verschlucken“ (BRD weniger als 20 %). Bedenkt man, daß über 3/4 aller dort vorkommenden Krankheiten sich langfristig nur durch Sicherstellung einer ausreichenden Ernährung, sauberes Trinkwasser und Hygienemaßnahmen beseitigen lassen, wird das Ausmaß der Misere sichtbar.

Doch damit nicht genug, die Pharma-Multis scheuen sich nicht, ihre „Markenprodukte“ zu oft horrenden Preisen zu verkaufen, Medikamente anzubieten, die wegen ihrer Gefährlichkeit in Industrieländern verboten sind, Nebenwirkungen zu verschweigen oder Indikationsgebiete unzulässig auszuweiten. Auch das Angebot einer Unzahl nutzloser oder überflüssiger Medikamente schränkt die Möglichkeiten zur Durchführung krankheitsverhindernder Maßnahmen weiter ein.

Eine Aktion gegen dies Geschäft mit der Krankheit ist längst überfällig. Der BUKO möchte mit der Pharma-Kampagne seinen Teil dazu beitragen. Die Praktiken der Pharmakonzerne sind nur ein Beispiel für die Abhängigkeitsstrukturen, denen die Dritte Welt ausgesetzt ist. An ihrem Beispiel wird deutlich, wie sich die Macht multinationaler Konzerne gegen die Bevölkerung dieser Länder richtet. Deshalb meinen wir, daß sich alle Dritte-Welt-Gruppen an der Pharma-Kampagne beteiligen sollten. Denn der Kampf gegen diese Ausbeutungsstrukturen ist Teil der Arbeit aller entwicklungspolitischen Aktionsgruppen.

Eine Reihe von Gruppen hat sich zur Vorbereitung und Durchführung der Kampagne zusammengefunden. Materialien werden erstellt (wie dies vorliegende Heft), eine Diaserie, ein Film und eine Unterrichtseinheit. Auf regelmäßigen Projektgruppentreffen wird das weitere Vorgehen besprochen. Im Dritte-Welt-Haus Bielefeld wurde eine ständige Geschäftsstelle eingerichtet, die eine Kontaktaufnahme er-

leichtern und zur Koordination beitragen soll. Im „Forum“, der Zeitschrift des BUKO, wird regelmäßig über die Kampagne berichtet, es werden aktuelle Beiträge zum Thema „Pharma-Multis und Dritte Welt“ veröffentlicht.

Weil wir es für richtig halten, gegen multinationale Konzerne auch multinational vorzugehen, haben wir im Mai 1981 zusammen mit dem internationalen Verbraucherverband (IOCU), mit Basis- und Aktionsgruppen, Verbraucher- und Gesundheitsgruppen aus 14 Dritte-Welt- und 13 Industrieländern ein internationales Netzwerk, „Health Action International“ (HAI), gegründet. Das Netzwerk soll einen weltweiten Informationsaustausch zwischen den beteiligten Gruppen und ein koordiniertes Vorgehen gegen die Praktiken der Pharma-Multis ermöglichen.

Die Kampagne ist bisher als Aufklärungsaktion konzipiert, ein Schwerpunkt soll auf dezentraler Informationsarbeit liegen. Deshalb hoffen wir, daß möglichst viele Gruppen unsere Materialien nutzen und sich an öffentlichen Aktionen beteiligen werden. Viele Gründe sprechen dafür, daß Aktionen gegen die Praktiken der Pharma-Industrie nicht allein von Dritte-Welt-Gruppen durchgeführt werden sollten:

- die größten deutschen Pharmakonzerne sind meist Chemiemultis, die zugleich durch Umweltverschmutzung die Gesundheit der Menschen gefährden und schädigen;
- die Verhältnisse auf dem Medikamentenmarkt in Dritte-Welt-Ländern sind nur ein krasses Abbild der Verhältnisse bei uns in der BRD;
- eine Kampagne gegen Pharma-Multis wirft die Frage nach dem Stellenwert von Medikamenten für die Gesundheitsversorgung und damit die Frage nach den sozialen Ursachen von Krankheit (Umweltverschmutzung, Arbeitsbedingungen usw) auf. Wir meinen, daß der Kampf gegen die Praktiken der Pharma-Multis erfolgreich nur von einem möglichst breiten Bündnis von Dritte-Welt-Gruppen, Gesundheitsgruppen, Umweltgruppen, Gewerkschaften und Verbrauchergruppen geführt werden kann. Deshalb haben wir die Zusammenarbeit mit solchen Gruppen begonnen.

Gruppen oder Einzelpersonen, die Interesse an der Kampagne haben und/oder Informationen liefern wollen, können sich an die Geschäftsstelle der Pharma-Kampagne wenden:

Dritte - Welt - Haus
August - Bebel - Str. 62, D 4800 Bielefeld 1/BRD
Telefon: 0521 / 60 550

Jörg Schaaber

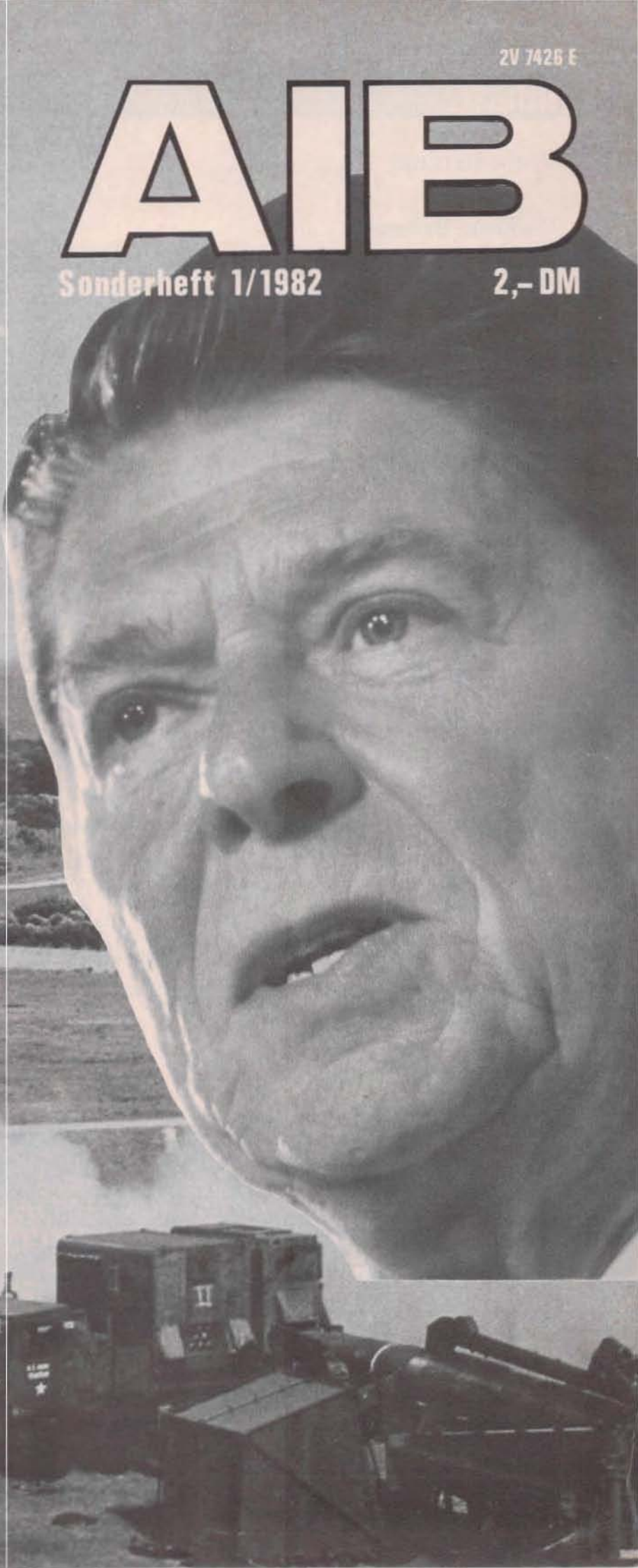
2V 7426 E

AIB

Sonderheft 1/1982

2,- DM

**Ein Jahr
Reagan**



Inhalt:

Vorbemerkung	3	
Wolfram Brönnner:		
Ein Jahr Reagan – die neue globale Konfrontation	4 – 9	
Crocker/Reagan: Südafrika „nicht untergraben“	6	
Angriffsziel Libyen	7	
Den CIA „von Zwängen befreien“	8	
Alfonso I. Barrios:		
Auf Interventionskurs im mittelamerikanischen „Vorgarten“	10 – 13	
Geheimdokument von Santa Fé	12	
Rainer Falk:		
Der Kurs der Bundesrepublik – mit Reagan in den Abgrund?	20 – 24	
AIB-Umfrage bei Befreiungsbewegungen, Friedens- und Solidaritätsbündnissen: Friedens- und Befreiungskampf – ein Gegensatz?		
(Antworten von Vertretern des Afrikanischen Nationalkongresses Südafrikas [ANC], der Revolutionär-Demokratischen Front/Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti [FDR/FMLN], der Initiative Krefelder Appell, des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit, der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden [AGDF], des Antiimperialistischen Solidaritätskomitees [ASK] und der Anti-Apartheid-Bewegung)		25 – 28
Aktions- und Materialspiegel: Aktionstips, Filme/Tonbildreihen, Schallplatten, Abzeichen/Aufkleber/Postkartenserien, Kalender, Bücher zum Einstieg, Bücher zu Einzelaspekten		29 – 31



Das AIB erscheint monatlich. **Jahresabonnement** (inklusive Porto): Inland 25,- DM; Ausland normal 30,- DM, Luftpost Europa 35,- DM, übrige Länder 50,- DM; Förderabos. 50,- DM oder mehr. Einzelheft: 2,50 DM, Doppelheft: 4,50 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.
Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel. 06421-24672
Konten: AIB-Weltkreis-Verlag: Postscheckkonto 312093-607, Postscheckamt Frankfurt/M. oder Marburger Volksbank, Rudolphplatz (BLZ 53390000), Konto-Nr. 966
Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Brönnner, Dr. Jutta von Freyberg, Werner Stürmann, Mechthild Jansen, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Uwe Krickrehm, Erich Rudolf, Peter Tanzmeier, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff
Redaktionskollektiv: Wolfram Brönnner (verantwortl.), Hanne Denk, Rainer Falk, Jürgen Ostrowsky, Ludger Schmitz
Mitarbeiter: R. Baben, N. Biver, P. Grund, R. Hegewald, U. Hochmuth, R. Kagerer, V. Klose, C. Klotz, H. Mayer, H.E. Schäfer, E. Schneider, J. Weber, B. Weng
Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Dortmund
Druck: Plambeck & Co., Neuss
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion.
Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.
Adressenänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.
Redaktionsschluß: 10.12.1981
Anzeigen: Pahl-Rugenstein Verlag, Röderberg Verlag, Paraguay-Rundbrief, SKAAL

Vorbemerkung:

Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik war die Friedensbewegung so stark wie im letzten Jahr. Über 2 Mio Bundesbürger unterschrieben den Krefelder Appell, an dessen zentraler Stelle die Bundesregierung aufgefordert wird, „die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern zurückzuziehen“. Am 10.10.1981 fand in Bonn die größte Manifestation in der Geschichte der Bundesrepublik statt: 300.000 demonstrierten unter der Losung „Gegen die atomare Bedrohung gemeinsam vorgehen!“.

Die Stärke der Friedensbewegung beschränkte sich nicht auf die Bundesrepublik. Zwar soll sie gemäß dem NATO-Raketenbeschluß vom 12. Dezember 1979 Hauptstationierungsland der neuen US-Erstschlagswaffen werden. Die Anrainerstaaten Westeuropas fühlen sich jedoch nicht minder bedroht. In Amsterdam, der Hauptstadt der Niederlande, demonstrierten am 21.11.1981 400.000 Menschen. Ähnlich große Massenkundgebungen fanden auch in Brüssel, Rom, London, Paris, Madrid und Athen statt.

Die Friedensbewegung in Westeuropa hat inzwischen eine Kraft erreicht, die von den Regierenden in Bonn und Washington nicht mehr außer Acht gelassen werden kann. So ist es denn auch vornehmlich darauf gemünzt, diese Bewegung zu desorientieren und die auch bei verschiedenen westeuropäischen Regierungen sich verstärkende Kritik am Reagan'schen Konfrontationskurs abzdämpfen, wenn sich die USA jetzt – nach zweijähriger Verschleppungsprozedur – endlich zur Aufnahme von Verhandlungen mit der Sowjetunion in Genf durchgerungen haben.

Wie wenig ernst diese Konzession Washingtons allerdings gemeint sein dürfte, verdeutlicht nichts besser als jene von Ronald Reagan Mitte November 1981 verkündete „Null-Option“, mit der die US-Administration in diese Verhandlungen hineingeht. Nachdem Präsident Reagan kurz zuvor noch in aller Offenheit erklärt hatte, für ihn sei ein auf Europa begrenzter atomarer Krieg durchaus denkbar, beinhaltet die „Null-Option“, daß die NATO bereit wäre, auf die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles zu verzichten, falls die UdSSR zur Verschrottung sämtlicher Mittelstreckenraketen vom Typ SS 4, 5 sowie SS 20 bereit sei. Es spricht für den Reifegrad der Friedensbewegung in der Bundesrepublik, daß sie dieses Täuschungsmanöver umgehend zurückgewiesen hat. Wir „glauben nicht“, heißt es in der Erklärung der Krefelder Initiative anlässlich ihres Zweiten Forums am 21.11.1981 in Dortmund, „daß eine 'Nulllösung', wie sie Präsident Reagan propagiert, zu diesem wünschenswerten Ergebnis führen kann, weil sie den Abbau

vorhandener Mittelstreckenwaffen allein von der UdSSR fordert, auf westlicher Seite hingegen lediglich den Verzicht auf die am 12. Dezember 1979 beschlossene 'Nachrüstung', jedoch keine Reduzierung bereits verfügbarer Nuklearwaffen mittlerer Reichweite vorsieht.“

„Alle Mitbürgerinnen und Mitbürger, aber auch alle Menschen in den gleichermaßen gefährdeten Ländern Europas“, so schließt die Erklärung von Dortmund eindringlich, „sind aufgerufen, sich mit uns zu verbünden, damit wir gemeinsam verhindern, daß unser Kontinent zum Kriegsschauplatz hochgerüstet wird; damit wir im Gegenteil die entscheidende Wende herbeiführen, bis die atomwaffenfreie, rüstungsarme Welt geschaffen ist, die wir brauchen, um zu überleben. Wir alle tragen Verantwortung. Die Zeit drängt. Unterschreiben auch Sie den Krefelder Appell!“

Das vorliegende AIB-Sonderheft verfolgt vor diesem Hintergrund ein doppeltes Anliegen. Einmal wollen wir die Aufmerksamkeit darauf lenken, daß die im NATO-Raketenbeschluß zum Ausdruck kommende Politik Bestandteil eines Weltherrschaftsanspruchs der USA unter Ronald Reagan ist. Es gilt zu untersuchen inwieweit dies das sozialistische Lager, die westlichen Verbündeten und die Dritte Welt gleichermaßen betrifft. Den Kurs der globalen Konfrontation bilanziert nach einem Jahr Reagan-Regierung der Beitrag von W. Bröner. Daß dieser Kurs nicht nur hierzulande die Kriegsgefahr bedeutend erhöht hat, sondern dies in anderen Regionen der Welt vielleicht noch akuter ist, zeigt exemplarisch der Beitrag von A.I. Barrios über die Mittelamerikapolitik der USA. (Weitere regional bezogene Einschätzungen der US-Globalstrategie sollen im Laufe des Jahres 1982 im AIB folgen.) Schließlich fragt R. Falk nach den Widersprüchen und Gemeinsamkeiten zwischen der Bundesrepublik und den USA angesichts des drohenden neuen Kalten Krieges.

Zum anderen geht es uns mit diesem Sonderheft darum, in konstruktiver Weise eine Diskussion zwischen der Friedens- und der Solidaritätsbewegung in unserem Land in Gang zu bringen. Wir haben deshalb an namhafte Vertreter von Friedens- und Solidaritätsbündnissen sowie an Repräsentanten der Befreiungsbewegungen Fragen nach dem Verhältnis von Friedens- und Befreiungskampf in der gegenwärtigen Situation gestellt, für deren Beantwortung wir danken. Ein knapp gehaltener Aktions- und Materialspiegel soll schließlich zur Weiterbeschäftigung mit dem hier angeschnittenen Thema anregen und vor allem dazu beitragen, die daraus gewonnenen Erkenntnisse aktionsbezogen umzusetzen.





Friedensdemonstrant in Rom, Oktober 1981

Wolfram Brönner

Ein Jahr Reagan – die neue globale Konfrontation

„Es ist an der Zeit, daß wir erkennen, daß wir ein zu großes Volk sind, um uns auf kleine Träume zu beschränken... Und wenn wir uns hier in unserem eigenen Land selbst erneuern, dann werden wir von den anderen als im Besitz größerer Stärke in der ganzen Welt gesehen. Wir werden wieder das Beispiel der Freiheit und ein Leuchtfeuer der Hoffnungen für jene sein, die heute keine Freiheit haben.“¹

Das verhiess der republikanische Präsident der Vereinigten Staaten, Ronald Reagan, am 20. Januar 1981 beim Einzug ins Weiße Haus. Um den „großen Traum“ wahrzumachen, bedürfe es einer doppelten Anstrengung zur „Wiederbelebung“ der Wirtschafts- und Militärmacht „Amerikas“.

Knapp ein Jahr danach ist die Weltherrschaftsdoctrin der Regierung Reagan eher zum doppelten Alptraum geworden. Zum einen hat die vom Kabinett der Multimillionäre und Konzernlobbyisten verordnete Formel der wirtschaftlich-militärischen „Wiederbewaffnung“ (C. Weinberger) begonnen, nach innen durchzuschlagen. Anstelle des versprochenen wirtschaftlichen Aufschwungs stellte sich zum Jahreswechsel 1981/82 eine „leichte Rezession“ (R. Reagan) ein. Im Staatsbudget von rund 700 Mrd Dollar für 1981/82 (Beginn 1. Oktober) nahm die Reagan-Administration Kürzungen von 35 Mrd Dollar an den Sozialleistungen für die Unterprivilegierten (darunter etwa 30 Mio Wohlfahrtsempfänger), Steuersenkungen um 5% zugunsten der Kapitaleigner und die Anhebung der Militärausgaben auf 220 Mrd Dollar vor. Während das unter J. Carter projektierte Rüstungsprogramm für die nächsten fünf Jahre um mindestens 10-15% auf die astronomische Zahl von 1,5 Bio Dollar erhöht werden soll, ist in Washington von weiteren Sozialstreichungen die Rede.

Spielereien mit „begrenztem Atomkrieg“

Von dieser radikalen Umverteilung zugunsten der Reichen versprach sich die Regierung Reagan eine Stimulierung der unternehmerischen Investitionsbereitschaft, eine Senkung der Inflationsrate unter 10% und ein Wirtschaftswachstum von 3,4%. Im November 1981 aber mußte die Reagan-Administration einen Inflationsanstieg auf 14,8%, ein Absinken des Wirtschaftsprodukts auf 1,6% im 2. Quartal und auf 0,6% im 3. Quartal bei weiter fallender Tendenz und mit über 9 Mio Arbeitslosen (8,5% der Beschäftigten) die höchste Arbeitslosenrate seit der Wirtschaftskrise 1974/75 eingestehen.

Unabhängig davon, wie tief die gegenwärtige Rezession im Jahr 1982 letztlich greifen mag, unter Beibehaltung der Reagan'schen Wirtschaftspolitik wird sie auf jeden Fall die weitere Verelendung der unter der Armutsgrenze Lebenden (ca. 30 Mio) und eine anhaltende Reallohnsenkung der Arbeiterklasse (seit Mitte der 70er Jahre um jährlich 5%) bewirken – eine logische Folge nicht zuletzt der inflationsfördernden

Rolle der staatlichen Rüstungsausgaben.²

Allerdings hat die von den Gewerkschaften angeführte Demonstration der 500.000 am 19.9.1981 in Washington, die bedeutendste Kampfaktion dieser Art in der Geschichte der USA, angezeigt, daß die konservative Regierung auf einen breiten Massenwiderstand gegen den galoppierenden Sozialabbau und den damit verknüpften Aufrüstungswahn stoßen dürfte.

Als Alptraum erwies sich die Reagan-Administration zum zweiten wegen ihres globalen Konfrontationskurses, der auf eine Erlangung der „totalen militärisch-technologischen Überlegenheit über die Sowjetunion“ (so das republikanische Wahlprogramm vom Juni 1980) und der Weltherrschaft durch die USA abzielt. Die Veränderung der außenpolitischen Prämissen der USA (siehe auch Santa-Fé-Dokument) und diverse militärische Stärkedemonstrationen des Jahres 1981 zeigten ein ums andere Mal an, daß damit eine erhöhte Kriegsgefahr einhergeht.

Ein aktuelles Beispiel dafür erbrachte die Reagan-Administration mit ihrem Eskalieren der Spannungen im karibisch-mittelamerikanischen Raum. Sie ist es, die bislang alle Initiativen für eine politische Verhandlungslösung des Kriegszustandes in El Salvador blockierte, ja die auf eine regionale Kriegseskalation hinarbeitet. Sie ist es, die die Revolutionsregierungen Nikaraguas, Grenadas und Kubas offen mit Umsturzaktivitäten oder Krieg bedroht (siehe nachstehenden Beitrag von A.I. Barrios).

Ein weiteres hochbrisantes Beispiel geben die seit Sommer 1981 nicht abreißenden US-Kriegsspiele gegen Libyen ab. Was da mit dem Abschluß libyscher Flugzeuge begann, schloß Invasionspläne mit Ägyptens A. al-Sadat sowie das gemeinsame Manöver „Heller Stern“ der Schnellen Eingreiftruppe der USA mit ägyptischen Streitkräften im November 1981 ein. Und im Dezember drohte man Oberst M. Gaddafi unter dem Vorwand, er hege einen Mordplan gegen US-Präsident Reagan, mit den „allerernstesten Konsequenzen“.³

Um Ermunterung von Aggressionskriegen handelt es sich ferner, wenn Washington im UN-Sicherheitsrat sein Veto gegen eine Verurteilung der im August 1981 eröffneten südafrikanischen Angola-Invasion geltend macht (siehe Kasten zum Südlichen Afrika), oder wenn es Israels Bombenkrieg gegen den Libanon und die Palästinenser deckt.

Als hochgefährliche „Spielereien“ mit dem Atomkrieg muß man schließlich die von der Regierung Reagan selbst vorangetriebene Verharmlosung und Vorbereitung eines solchen Infernos bezeichnen.

Im Oktober/November 1981 ließen sich Außenminister A. Haig und Verteidigungsminister Caspar Weinberger beispielsweise in frappierender Offenheit darüber aus, daß man im Fall eines konventionellen Konflikts in Europa mit einem US-„Warnschlag“ mit atomaren Mittelstreckenwaffen zu rechnen habe. Bei dieser Gelegenheit belehrten Ronald Rea-

Crocker/Reagan: Südafrika „nicht untergraben“

Bereits kurz nachdem im April 1981 in geheimen Gesprächen zwischen dem US-Unterstaatssekretär für Afrika, Chester Crocker, Südafrikas Außenminister Roelof „Pik“ Botha und Verteidigungsminister Magnus Malan Einvernehmen über den Willen zum gegenseitigen Wohlwollen hergestellt worden war (Geheimprotokoll siehe in: AIB 10/1981, S. 5/6), wurde deutlich, was gemeint war.

In Südafrika eskalierte das Regime den Terror gegen den wachsenden Widerstand, Massenverhaftungen finden periodisch statt, im Herbst 1981 wurden erneut drei Todesurteile gegen Freiheitskämpfer des Afrikanischen Nationalkongresses Südafrikas (ANC) gefällt. Im August 1981 startete Südafrikas Armee eine Invasion Südafrikas und hält nach wie vor Gebietsteile dort besetzt. Obgleich das sog. Clark-Amendment noch in Kraft ist, das es dem CIA 1976 verbot, heimliche Unterstützung für die konterrevolutionären Banden (UNITA, FNLA) in der Volksrepublik Angola (VRA) zu leisten, reiste UNITA-Chef Jonas Savimbi, zu Gesprächen mit der Regierung Reagan in die USA und gingen Teile der einzigen angolanischen Ölfraffinerie in Flammen auf.

Die Wiederbelebung des J. Savimbi

J. Savimbi, vormalig Agent des faschistischen portugiesischen Geheimdienstes PIDE, brüstete sich, seine UNITA habe das bewerkstelligt, die Regierung der VRA hingegen machte Südafrika verantwortlich. Wie dem auch sei, J. Savimbi jedenfalls überschätzt sich und seine vom CIA, von Südafrikas Rassistenregime und einer Reihe reaktionärer Regimes ausgehaltenen Söldlinge. Auf sich gestellt, könnte die UNITA nicht existieren. Was bleibt, ist ihr Platz als Schachfigur innerhalb der Strategie der Reagan-Administration im Südlichen Afrika.

Bezeichnend für diese ist, daß alle ihre Essentials südafrikanischen Positionen entsprechen, während die taktischen Unterschiede Dreingaben Washingtons darstellen. Am 29. August 1981 formulierte Ch. Crocker vor der US-Veteranenvereinigung American Legion als Schlüsselsatz, Washington bemühe sich um eine „konstruktivere Beziehung zu Südafrika, die auf gemeinsame Interessen, Überzeugungen und verbesserte Beziehungen gegründet ist“, und „man wolle die Regierung in Pretoria nicht untergraben, um anderweitig Gunst zu erheischen“.

Letzteres darf getrost als die Crocker/Reagan'sche „Lösung“ des Dilemmas der bisherigen US-Afrikapolitik gewertet werden. Ihr lag in der Regel Annahmen wie die zugrunde, daß die Verfolgung eines Ziels, z.B. gute Beziehungen zum Apartheid-feindlichen Schwarzafrika, mit dem anderen Ziel – z.B. Investitionen in Südafrika, gar nicht oder kaum vereinbar seien. Stimmt nicht, formulierte nun eine US-amerikanische Studienkommission unter dem Titel „Südafrika: Die Zeit läuft ab“, vielmehr seien alle diversen Interessen bedeutsam und müßten durch eine umfassende Politik abgedeckt werden können.

Ähnlich wie diese Studie bemühte Ch. Crocker nun die ökonomischen und strategischen Interessen der USA (als identisch mit denen des gesamten „freien Westens“ ausgegeben) hervor, um dem Apartheidregime Überlebenshilfen zuzusichern: Man werde „nicht zögern, unseren Freunden zu helfen und unseren Gegnern zu widerstehen“. Wie sich dies mit der Beseitigung der Auseinandersetzungen auf reformartigen Wegen (so u.a. die Studie) vertragen soll, bleibt Chester Crocker's Geheimnis.

Die Praktizierung der von Washington selbstangemaßten „Verantwortung, den strategischen Rahmen zu schaffen, der Afrika zukommt“, hat man wohl so zu verstehen: „Nibelungentreue“ zu Südafrika; eine „Lösung“ der Namibiafrage im Sinne Pretorias und vorbei an der Befreiungsbewegung Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) und den Vereinten Nationen; langfristige Umkehrung der im Südlichen Afrika seit 1974 entstandenen revolutionären Veränderungen.

Über das Wie können kaum Zweifel aufkommen: Die USA unterstützen offen Südafrikas Aggression gegen Angola und den Versuch, im Süden des Landes eine „Pufferzone“ zu schaffen, die Savimbi UNITA ein Operations- und Einflußgebiet bieten soll, gestützt auf die Bajonette der Rassistenarmee.

Gegen eine Verurteilung Südafrikas durch die große Mehrheit des Welt sicherheitsrats legte Reagans UN-Botschafterin Jeane Kirkpatrick ihr Veto ein. Und Ch. Crocker behauptete in der oben zitierten Rede, die UNITA repräsentiere „einen wichtigen und legitimen

Faktor in der angolanischen Politik“. Dem „legitimen Faktor“ war erst Anfang 1981 von einem internationalen Untersuchungsausschuß nachgewiesen worden, Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen zu haben und als Söldnertruppe zu agieren.

Da das Ziel der Aggression zunächst einmal ist, die VR Angola von ihrer Unterstützung der SWAPO wegzuzwingen, schließlich die revolutionäre MPLA-Regierung selbst zu beseitigen, hat der aberwitzige Plan von Ch. Crocker und seinen Vorgesetzten Besitz ergriffen, eine „Koalitionsregierung“ MPLA/UNITA zu etablieren. Der UNITA allein traut man das nicht zu, bekannte Ch. Crocker schon im April 1981. Da müßten noch andere Mittel her. Ganz in diesem Sinne versucht Washington denn auch die FNLA – neben der UNITA die zweite 1976 aus der VRA gejagte Mörderbande – zu neuem Leben zu erwecken, begleitet von militärischer Hochpöppelung des maroden Mobutu-Regimes von Zaire, das seinerzeit Rückhalt der FNLA gewesen war.

Parallel dazu forciert Ronald Reagan zusammen mit Südafrika und der von dort ausgehaltenen Demokratischen Turnhallenallianz (DTA) Namibias den Versuch, eine von einer „Expertengruppe“ für Namibia erstellte Verfassung „durch die Kontaktgruppe (USA, Kanada, BRD, Frankreich, Großbritannien) zu verkaufen“ – und die DTA, deren Positionen ein solches Papier enthalten dürfte, gleich mit. Nicht ohne Erfolg: Ende November 1981 empfing Außenminister H.D. Genscher erstmals offiziell eine Delegation der DTA und erklärte damit seinerseits UN-Resolutionen faktisch zu Makulatur.

Freie Hand für einen noch kriegerischeren Kurs hat Pretoria ohnehin längst, nämlich beim Geheimtreffen mit Chester Crocker im April 1981, erhalten. Ch. Crocker: „Wenn das mit Namibia weitergeht, wird Süd-/Zentralafrika den Sowjets geöffnet. Ein auf kleiner Flamme kochender Konflikt ist nicht annehmbar...“ (Zit. nach: Counter Spy, Washington, Nr. 4/1981, S.5.) Die Reagan-Administration setzt demnach darauf, den Preis eines auf „großer Flamme kochenden Konflikts“ im Südlichen Afrika zu zahlen. Mit einer von Washington gedeckten südafrikanischen Kriegseskalation gegen die Befreiungsbewegungen ANC und SWAPO wie gegen die Frontstaaten (Angola, Moçambique!) muß also gerechnet werden.



Tatsache, daß sich die Gefahr eines Atomkrieges umso mehr erhöht, je besser – d.h. treffsicherer und mehrzähliger einsetzbar – die strategischen und taktischen Atomwaffensysteme der Kontrahenten geraten. Was dagegen hilft, sind einzig konkrete Rüstungsbegrenzungs- und Abrüstungsvereinbarungen auf der Grundlage der Ost-West-Parität, d.h. voran eine Wiederbelebung des SALT-Prozesses. Denn: „Eine Vereinbarung ist ausgeschlossen“, heißt es im SIPRI-Jahrbuch 1981/82, „wenn eine Position der Überlegenheit aufgebaut und wie gehabt gerechtfertigt wird. Diese Lehre hat man, wie es scheint, vergessen; mit dem alten und dummen Slogan 'Verhandlungen aus einer Position der Stärke' versuchen die USA offensichtlich, eine Überlegenheit wiederherzustellen, wie sie in den 60er Jahren (bei den Interkontinentalraketen; d. Verf.) bestand. Ein Verhalten, das wegen der unvermeidlichen sowjetischen Reaktion wenig Aussicht auf Erfolg hat.“¹¹

„Zurück in die 60er Jahre“, das will Washington buchstäblich einmal mit der Stationierung landgestützter atomarer Mittelstreckenraketen in Westeuropa: Insgesamt 105 atomare US-Mittelstreckenraketen der Typen Jupiter und Thor, gerichtet gegen die Sowjetunion und in deren Reichweite, standen damals im Jahr 1960 auf britischem, italienischem und türkischem Boden. Die UdSSR zog 1961 mit der erstmaligen Produktion entsprechender Raketen (SS 4 und SS 5) als Gegengewicht in Europa nach. Als sie im Herbst 1962, vornehmlich zur Abschreckung einer Neuauflage der CIA-Invasion gegen Kuba (von 1961), mit der Installation von SS 4 auf kubanischem Territorium – vor der Haustür der USA – begann, kam es zur sog. Oktoberkrise, der bis dahin gefährlichsten Konfrontation zwischen den beiden Großmächten.

Im Ergebnis der Kubakrise zogen die Sowjetunion die SS 4 von Kuba ab, während die US-Regierung J.F. Kennedy 1963 ihre landgestützten Mittelstreckenraketen aus Westeuropa entfernte (bald darauf allerdings ersetzt durch seegestützte Atomraketen des Typs Polaris) und eine Nichtangriffs-Verpflichtung gegenüber Kuba einging.¹² Die Reagan-Administration aber wischt heute beide Elemente jenes atomaren Waffenstillstandes beiseite, wenn sie vor beiden Haustüren der Sowjetunion, also in Westeuropa und Ostasien, atomare Mittelstreckenpotentiale neuer Qualität zu installieren trachtet und gleichzeitig das sozialistische Kuba mit Kriegsdrohungen und -vorbereitungen traktiert. Es versteht sich, daß gerade im Fall einer „lokalen“ Konflikteskalation USA-Kuba der Übergang zum globalen militärischen Zusammenstoß besonders fließend wäre.

Kreuzzug gegen den „Terrorismus“

„Zurück in die 60er Jahre“, das will die Reagan-Administration, wenn sie die „Globalität“ der „amerikanischen Lebensinteressen“ betont und davon die Notwendigkeit ableitet, „zu der Eindämmungspolitik zurück(zu)kehren ... wie sie zwischen der Ära Truman und dem amerikanischen Rückzug aus Vietnam verfolgt wurde“ (so Abrüstungschef E.V. Rostow).¹³

Das hier angerissene Erfordernis einer Überwindung des „Vietnam-Traumas“, der Niederlage im US-Vietnamkrieg (1964-73), wurde schon von Präsident J. Carter zur Jahreswende 1979/80 bemüht, um damit den Rückgriff zu verstärkter Militärpräsenz und Interventionismus der US-Streitkräfte zu begründen. Während er jedoch sein Ja zum gegenrevolutionären Einsatz militärischer Gewalt auf die „lebenswichtige“ Ölregion am Persischen Golf zuschnitt, erklärt die Regierung Reagan angesichts der „globalen Turbulenzen“ (A. Haig) in der Dritten Welt diese als Ganzes zur Sicherheitszone der USA.¹⁴

Angriffsziel Libyen



Vor Libyens Küste: Flugzeugträger Nimitz von der 6. US-Flotte

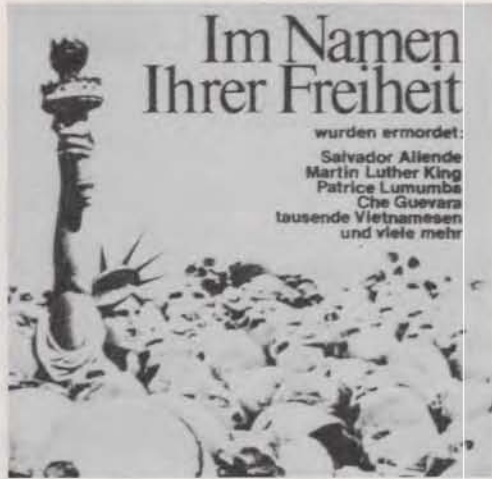
Der rüde Hinauswurf der libyschen diplomatischen Mission in Washington vom Sommer 1981 war der Auftakt für eine US-Kampagne, in der Libyens Muḥammad Ghaddafi zum „gefährlichsten Mann der Welt“, Libyen zur „Brutstätte des internationalen Terrorismus“ (Newsweek, 19.8.1981) hochstilisiert und zum Abschluß freigegeben wurde. Die seitherige Darstellung Libyens als Ursache allen Übels, als „sowjetisches trojanisches Pferd“ ist im Kern sowohl gegen die Arabische Front der Standhaftigkeit als auch gegen Libyens Hilfestellung für die progressiven Kräfte Afrikas gemünzt. Das US-Magazin Covert Action zitiert US-Unterstaatssekretär Ch. Crocker und folgert: „Libyens Präsenz im Tschad spricht gepflogenen afrikanischen Prinzipien Hohn“ und „stellt eine Herausforderung der Verfolgung amerikanischer Interessen dar... Libysche Aktivitäten in Afrika und anderswo treffen den Kern US-amerikanischer und westlicher Zielsetzungen“. Ob der libysche Expansionismus mit Oberst Ghaddafis 53.000 Mann starker Armee weit gehen kann, darf bezweifelt werden.“ (Covert Action, Washington, Nr. 13/1981, S.34)

Gleichwohl ist Libyens Ghaddafi für die USA an nahezu allem schuld, sei es an der desolaten Lage des Numeiri-Regimes im Sudan, an dem schwer durchschaubaren Bürgerkrieg im Tschad oder am Widerstand der westsaharaischen Befreiungsfront POLISARIO gegen die marokkanische Besetzung. Für US-Vizepräsident George Bush oder Henry Kissinger ist er indirekt „schuld“ auch an der Ermordung Anwar al-Sadats (siehe AIB 11-12/1981, S. 4ff.). Letzterer konstatierte, Präsident Sadat könne noch am Leben sein, hätte „man sich“ um Libyen „gekümmert“.

Die USA haben es Oberst Ghaddafi nie verziehen, daß er durch die Revolution von 1969 das profitable Geschäft der angloamerikanischen Ölmultis einschränkte und den NATO-Mächten die größte Militärbasis im Nahen Osten (Wheelus) schloß. In den 70er Jahren wurde er durch seine kompromißlose Haltung gegenüber dem kapitulationswilligen Regime Sadats zu einem Hindernis für eine „amerikanische Lösung“ des Nahostkonflikts. Libyen wurde so zu einer der bevorzugtesten Zielscheiben der US-Destabilisierungsstrategie im Nahen und Mittleren Osten. Was unter J. Carter von der herrschenden Meinung in den USA gegen das iranische Khomeini-Regime an Hysterie erzeugt wurde, konzentrierte sich nach R. Reagans Amtsantritt gegen die Revolutionsführung Libyens. Es war die psychologische Vorbereitung zum schließlichen „Kriegsspiel“ bzw. „ersten Test“ (R. Reagan) im August 1981...

Am 19. August 1981 provozierten US-Marinejäger im libyschen Golf von Syrte einen „Zwischenfall“ und schossen zwei libysche Aufklärer ab. Wie Newsweek schon zuvor – in der Ausgabe vom 19.8.1981 – wußte, wollte die Reagan-Administration „in dieser Woche den libyschen 'starken Mann' das erste Mal direkt herausfordern“. Und: „Ein geduldig Plan, um Ghaddafi zu destabilisieren und schließlich zu stürzen, ist vom CIA entwickelt worden.“ (Newsweek, 31.8.1981)

Als nicht mindere antilibysche Provokation – wenn auch zugleich als Kriegssübung zur Besetzung arabischer Ölfelder geplant – stellte sich das Luftlandemanöver „Bright Star“ (Heller Stern) dar, das Ende November 1981 US-Einheiten der Schnellen Eingreiftruppe zusammen mit ägyptischen Truppen nahe der Grenze zu Libyen veranstalteten. Schließlich zogen sich nach längerer Kampagne Anfang Dezember 1981 US-Ölkonzerne endgültig aus Libyen zurück – Teil wirtschaftlich-technologischer Destabilisierung, aber auch Signal möglicher weiterer Aggressionsvorhaben.



Plakat des Graphikers Werner May

Den CIA „von Zwängen befreien“

Seit die Reagan/Haig-Regierung die rigide Bekämpfung des „internationalen Terrorismus“ zum Leitmotiv ihrer Außenpolitik gemacht hat, sieht man im Hauptquartier Langley des US-Geheimdienstes CIA „gute neue Tage“ vor sich. So CIA-Chef W.J. Casey.

Schwierigkeiten hatte es zu Zeiten der Präsidenten G. Ford und J. Carter gegeben, als sich Presse, Senat und Repräsentantenhaus nach Vietnam und dem Watergate-Skandal an eine Durchleutung der CIA-Aktivitäten machten. Und diese brachten ans Licht: Der CIA hatte versucht Politiker zu ermorden – Fidel Castro vergeblich, Patrice Lumumba (Kongo 1961) und Ngo-Dinh-Diem (Vietnam 1963) erfolgreich. Die Agentur hatte „unbotmäßige“ Regierungen gestürzt, wie z.B. die Mossadeghs im Iran (1953) oder die Allendes in Chile (1973). Sie hatte militärische Invasionen organisiert, so in der kubanischen Schweinebucht (1961) und in der Dominikanischen Republik (1965). Der CIA hatte die USA in den Vietnamkrieg (1964-73) verstrickt und dort selbst in der Operation „Phoenix“ die Ermordung von mehr als 20.000 Vietnamesen zu verantworten.

Nach dem Mißerfolg der CIA-Anleitung der prowestlichen UNITA- und FNLA-Trupps in Angola (1975) wurde diese 1976 verboten (Clark-Amendment). Gleichzeitig wurde damit offiziell die Aufgabe des CIA in Übersee auf Nachrichtensammlung und -auswertung beschränkt. In weiteren Präsidentenerlassen wurden danach dem Geheimdienst u.a. Mordkommandos und bestimmte paramilitärische Aktionen untersagt.

Wenn auch durch J. Carter diese Vorschriften seit 1979 gelockert wurden (u.a. CIA-Ausbildung und -Bewaffnung der afghanischen „Rebellen“), so bedeuteten sie allemal einige Einschränkungen für die „Entfaltungsmöglichkeiten“ der Agentur. Diese zu beseitigen, darauf arbeitet seit Januar 1981 die Regierung Reagan hin, um im US-Senat, Kongreß u.a. zuständigen parlamentarischen Ausschüssen die gesetzliche Aufhebung des Clark-Admendments durchzusetzen – eine Prozedur, die Ende 1981 noch andauert. Eben diese „Fesseln“ meinte W.J. Casey bei seiner Anhörung vor dem Geheimdienstausschuß des Senats am 13.1.1981 mit seinem Votum, „die Fähigkeiten der Organisation, ihre Ziele anzugehen und durchzuführen, von Zwängen zu befreien“. „Wenn es im höchsten Interesse der Vereinigten Staaten“ stünde, so der CIA-Chef weiter, könne man auch direkte Operationen gegen andere Regierungen nicht ausschließen (zit. nach: Covert Action, Washington Nr.12/April 1981, S.30).

So geschah es dann auch. Die Forcierung der Washingtoner Militärhilfe für die afghanischen „Rebellen“ wurde von Ronald Reagan am 9. März 1981 offen angekündigt. Zum El-Salvador-Konflikt tauchte bereits im Februar 1981 ein Weißbuch der US-Regierung auf, in dem sie mit CIA-Fälschungen eine kubanische und nikaraguanische Militärintervention in El Salvador vorzutäuschen und damit den eigenen Interventionismus zu legitimieren suchte. Bei einem südafrikanischen Überfall auf Moçambique vom 30.1.1981 hatten CIA-Agenten nachweislich die Vorarbeit für das Rassenregime geleistet (siehe AIB 6/1981, S. 4-10).

Schließlich fabrizierten die Biokriegs-Experten des CIA im September 1981 auch noch „Indizien“ für vietnamesisch/sowjetische Giftgas-Einsätze in Kampuchea oder Afghanistan, die sich bald als „nicht die Spur eines Beweises“ (Süddeutsche Zeitung) entpuppten. Die Zuarbeit der Reagan-Administration für Aggressionsakte Südafrikas und der UNITA-Banden gegen Angola wurde, unter Mißachtung des Clark-Amendments, längst wieder aufgenommen.

Daraus ergeben sich einige gravierende Veränderungen für die gegenwärtige US-Globalstrategie:

- Das Pentagon greift unter C. Weinberger zurück auf die unter J.F. Kennedy 1961 kreierte „Doktrin der zweieinhalb Kriege“. Damals verstand man darunter die Unterhaltung eines hinreichenden US-Militärpotentials in zwei Regionen, um zwei große Kriege, einen in Europa und einen in Ostasien, zur gleichen Zeit führen zu können; simultan wollte man im Stande sein, irgendwo sonst noch einen begrenzten Konflikt („halber Krieg“) zu bestreiten. Heute kalkuliert Washington mit der gleichzeitigen Kriegführung in Europa und am Persischen Golf, während man sich auf einen „halben Krieg“ vorrangig in Mittelamerika bzw. der Karibik und in Afrika einrichtet.¹⁵

- Mit dem beschleunigten Aufbau und der Vergrößerung der **Schnellen Eingreiftruppe** (von 100.000 auf 200.000 Mann) wird ein Instrumentarium zum flexiblen Einsatz in den wichtigsten Krisenzentren, aber auch in anderen möglichen neuen Krisenherden geschaffen. A. Haig: „Militärische Macht ändert politische Vorstellungen sowohl durch die Fähigkeit der Intervention als auch durch die Intervention selbst.“¹⁶

- Die Reagan-Administration verbindet den Ausbau ihrer weltweiten militärischen Präsenz (über 500.000 US-Militärs stehen im Ausland) mit einer Reaktivierung des Geheimdienstes CIA (siehe Kasten) und mit der ungeschminkten Aufwertung der reaktionärsten Regimes (Chile, Südafrika, Südkorea, Türkei, Israel, Marokko, Pakistan usw.). Waffensperren, die gegen sie bestanden, werden aufgehoben, Kriegszüge gefördert.

- Zurückgegriffen wird ferner auf jene unter J.F. Kennedy gängige „Anti-Aufständischen-Bekämpfung“ durch US-Spezialeinheiten, die im Vietnamkrieg ausgiebig angewandt worden war. Heute kommt sie in El Salvador zu neuer Blüte.

- Die Regierung Reagan drängt auf mehr Koordination und Hilfestellung innerhalb des NATO-Bündnisses, was die Interventionsvorbereitungen in Krisenzentren der Dritten Welt betrifft. Sie fordert eine generelle **Ausweitung des Geltungsbereichs der NATO**

- Sie macht Schluß mit dem teilweisen Disengagement der USA in Ostasien in den 70er Jahren. Ihre Positionsverluste will sie u.a. durch vertiefte strategische Beziehungen zu **China**, die Erhöhung der militärischen Rolle Japans und deren antisowjetische Koalitionen mit den südostasiatischen ASEAN-Staaten ausgleichen. Darunter fällt die nunmehr uneingeschränkte Ausstattung der VR China mit modernen NATO-Waffen, nachdem man sie bei A. Haigs Peking-Besuch im Herbst 1981 von der Bannliste der „kommunistischen“ Länder gestrichen und US-Abhorchanlagen an der chinesi-



US-Eingreiftruppier in Ägypten: „Amerika ist die Nr. 1. Vergiß das nicht!“

schen Grenze zur Sowjetunion errichtet worden waren. Indem die Reagan-Administration anstelle der Carter'schen Menschenrechtskampagne jene gegen den „internationalen Terrorismus“ setzt, für den „die Sowjetunion die Hauptverantwortung“ trage (A. Haig)¹⁷, versucht sie nicht nur von ihren eigenen Verbrechen (Vietnamkrieg, Chile, El Salvador usw.) abzulenken, ihre eigene interventionistische Unterdrückung des legitimen Befreiungskampfes zu bemänteln. Sie will damit überdies der UdSSR den Verzicht auf die Unterstützung von Revolutionsregierungen und Befreiungsbewegungen aufnötigen, so daß diese leichter vom Imperialismus zu destabilisieren bzw. zu zerschlagen wären. Im Kern geht es Washington dabei um die gleichzeitige Zurückdrängung des revolutionären Lagers in der Dritten Welt und des politischen Einflusses der Sowjetunion, die als zweitstärkste Wirtschafts- und Militärmacht der Welt dem „großen Traum“ des R. Reagan am sperrigsten im Wege steht. Des weiteren ist die Regierung Reagan bestrebt, ihren globalen Konfrontationskurs als Druckmittel gegenüber ihren westeuropäischen Verbündeten und Japan zu nutzen, um die führende Rolle der USA zu rekonsolidieren. In einem Spannungsklima fällt ihr die Druckausübung leichter, die Westmächte müßten sich allesamt zu erhöhten Rüstungsausgaben und zum Abbau ihrer Wirtschaftsbeziehungen zum sozialistischen Lager durchringen – beide Male zum Vorteil der USA (siehe Beitrag R. Falks).

Streichungen gegenüber der Dritten Welt

Die USA nämlich hatten, nicht zuletzt durch ihre gigantischen Aufrüstungsprogramme, gegenüber Japan und Westeuropa in den letzten beiden Jahrzehnten deutliche Positionseinbußen in der Industrieproduktion, im Welthandel usw. hinnehmen müssen. Z.B. hielten die USA 1950 noch mehr als 1/3 am Welthandel, heute nur noch 12-14%, wohingegen der EG-Anteil auf rund 40% anwuchs. Ebenso blieben die industriellen Wachstumsraten der USA deutlich unter denen der BRD, Japans oder Frankreichs.¹⁸ Und die USA können in Spannungssituationen am ehesten ihre stärksten Triumphe ausspielen, ihren großen militärischen Stärkevorsprung gegenüber ihren Verbündeten und die weltmarktbeherrschende Rolle ihrer Energiemultis (Ölwirtschaft). Mit der Stationierung der US-Mittelstreckenraketen aber würde sich die Abhängigkeit der „Geiseln“ Europa oder Japan von Washington empfindlich erhöhen.

Von der Reagan-Administration konfrontiert sieht sich schließlich auch das Gros der Entwicklungsländer. Sowohl in der UNO als auch auf dem „Nord-Süd“-Gipfel von Cancún (siehe Beitrag von M. Mohnke) blockte Washington jeden Diskussionsansatz zur Neuen Weltwirtschaftsordnung ab. Der Beitrag der USA zu den Hilfsprogrammen für die 31 schwächstentwickelten Länder (LLDCs) wurden gekürzt, die Vergabe der Auslandshilfe wieder wie einst nach dem Wohlverhalten und strategischem Stellenwert im Ost-West-Konflikt verteilt. Also sahen Israel und Ägypten allein über die Hälfte der insgesamt 5,7 Mrd Dollar Wirtschafts- und Militärhilfe Washingtons für 1981 ab.

A. Haig und die Internationale Agentur für Hilfe (AID) bieten den armen Nationen allen Ernstes als Ausweg aus Unterentwicklung und Hunger die Öffnung für den freien Handels- und Kapitalverkehr, der die privaten Fremdinvestoren anlocken würde, feil. Und da selbst die Weltbank nicht strikt genug der vorrangigen Förderung des Privatsektors Geltung verschafft, legte die Regierung Reagan auch dort Beschwerde ein. Die Unnachgiebigkeit Washingtons verbaut so ein echtes Vorankommen im „Nord-Süd“-Dialog und ist schon jetzt zu „einer bitteren Medizin für die meisten Führer der Dritten Welt“¹⁹ gediehen.

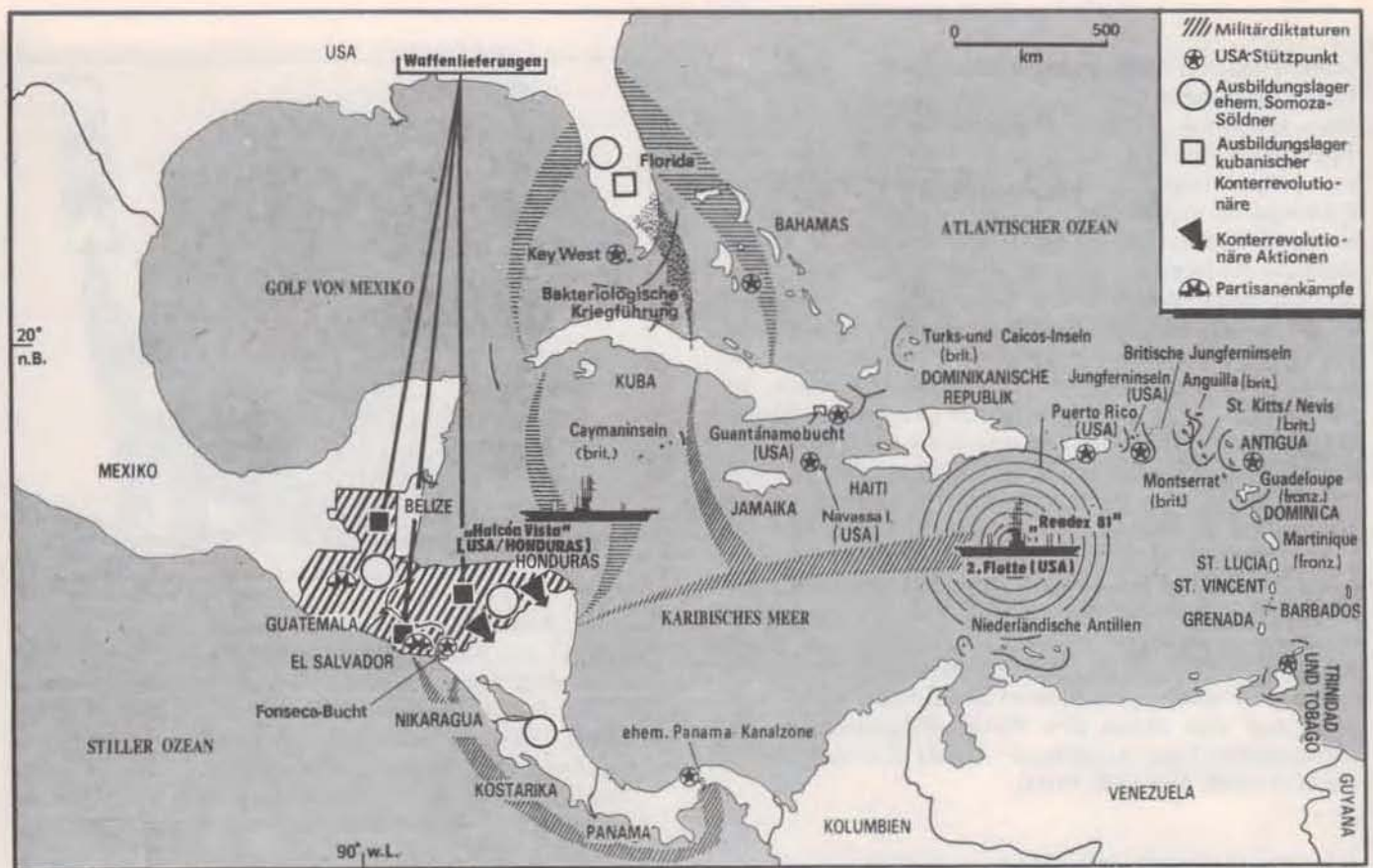


Zu der Annahme, daß die Weltmeinung die „bittere Medizin“ des Ronald Reagan schon schlucken würde, besteht freilich kaum Anlaß. Am 10. Dezember 1981 stimmte die 36. UN-Vollversammlung mit großer Mehrheit für eine – von der UdSSR eingebrachte – Deklaration über die Ächtung des Ersteinsatzes von Atomwaffen, in der es heißt: „Niemand wird es weder Rechtfertigung noch Vergebung für jene Politiker geben, die den Ersteinsatz von Kernwaffen beschließen.“ Verabschiedet wurden von der UN-Vollversammlung weiter Resolutionen für die Entmilitarisierung des Weltraums, für den Abbau der Atomwaffen sowie für ein Verbot von Herstellung, Lagerung, Stationierung und Einsatz der Neutronenwaffe.

Abgesehen von erhöhtem Druck in der UNO muß Washington massivem Widerstand des sozialistischen Lagers, der Friedens- und Befreiungsbewegung in Westeuropa, Japan, den USA und der Dritten Welt gegen den Raketenrüstungs- und Interventionskurs der USA und ihrer NATO-Getreuen ins Auge sehen. Das Jahr 1982 verspricht kein Traumjahr für Ronald Reagan zu werden...

Anmerkungen:

- 1) International Herald Tribune (IHT), Zürich, 21.1.1981
- 2) Zit. nach: US News and World Report (USNWR), Washington, 23.11.1981 und Stern, 19.11.1981
- 3) Vgl. Newsweek, New York, 19.10.1981, USNWR, 30.11.1981 und IHT, 10.11.1981
- 4) Nach: IHT, 6.11.1981; Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 6.11.1981; Neue Zürcher Zeitung (NZZ), Zürich, 7.11.1981; Der Spiegel, 9.11.1981; Süddeutsche Zeitung (SZ), 11.11.1981
- 5) K.K. Rabe, Vier Minuten vor Mitternacht. Stellungnahmen zum Rüstungswahnsinn, Bornheim 1981, S.10
- 6) SIPRI Rüstungsjahrbuch '81/82, Reinbek 1981, S.64; und G. Bastian/G. Schröder, Wider den NATO-Rüstungsbeschluß, Bonn 1981, D.S. Lutz, Weltkrieg wider Willen? Reinbek 1981, S.23, veranschlagt für 1981 das globale Verhältnis USA-UdSSR an atomaren Gefechtsköpfen auf 10.000:7.000
- 7) Dokumente zum Zeitgeschehen, Köln, Heft 1/1981, S.37
- 8) Zit. nach: G. Kade, Wer bedroht uns?, Köln 1981, S.59
- 9) Vgl. FAZ, 6.8.1981
- 10) Daten nach: SIPRI Rüstungsjahrbuch '81/82, S. 7-12
- 11) Ebenda, S.36
- 12) Vgl. zur Kubakrise insbesondere: D. Horowitz, Kalter Krieg. Hintergründe der US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam, Westberlin 1980, S. 183-197 und 355
- 13) Amerika-Dienst, Bonn, 1.7.1981
- 14) Zit. nach: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 2/1981; Zur Carter-Doktrin siehe AIB 3/1980, S. 4ff.
- 15) Le Monde Diplomatique (LMD), Paris, September 1981 und IHT, 25.9.1981
- 16) Amerika-Dienst, 3.8.1981
- 17) USNWR, 4.5.1981
- 18) Daten nach: FAZ, 27.11.1981; OECD (Hg.), Main Economic Indicators, Paris, lfd.; K. Kaiser u.a., Die Sicherheit des Westens, Bonn 1981, S.10
- 19) USNWR, 26.10.1981



Alfonso I. Barrios Auf Interventionskurs im mittelamerikanischen „Vorgarten“

Anfang November 1981 wurde bekannt, daß US-Außenminister Alexander Haig das Pentagon beauftragt habe, eine Reihe von Optionen für „mögliche militärische Aktionen“ der USA gegen Kuba und Nicaragua zu überprüfen. Unter den gegen Kuba erwogenen Militäroperationen fanden sich – laut New York Times vom 6.11.1981 – eine Stärkedemonstration der US-Luftwaffe, Seekriegsübungen und eine Blockade ebenso wie eine Invasion durch Streitkräfte der USA und/oder eventuell lateinamerikanischer Verbündeter.

Ähnliche militärische Optionen gegen Nicaragua suchte A. Haig am 13.11.1981 vor dem Auswärtigen Ausschuß des US-Repräsentantenhauses und am 4.12.1981 vor der Vollversammlung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) in St. Lucia damit zu rechtfertigen, daß es wie Kuba zum Stützpunkt einer – sowjetisch gesteuerten – „Intervention und Militarisierung“ in Mittelamerika und der Karibik geworden sei. Vor der OAS warb der US-Außenminister für eine kollektive Aktion, um die wachsende Bedrohung des „Terrorismus und Krieges in der Region“ abzuwenden.¹

Festgemacht wird diese Washingtoner Option an einem angeblichen militärischen Engagement Kubas und Nicaraguas auf Seiten der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) im salvadorianischen Guerillakrieg – ungeachtet aller Dementis der Beschuldigten, ungeachtet des Mangels an Beweisen. Bereits im Februar 1981 hatte die Reagan-Administration mit der Vorlage eines „Weißbuches“ nachzuweisen versucht, daß die innere Zuspitzung in El Salvador

auf eine „kommunistische Intervention“ Kubas bzw. der Sowjetunion zurückgehe, also nicht etwa auf die schreiende soziale Ungerechtigkeit und den Krieg der Militärjunta gegen das eigene Volk.

Als ehemalige Agenten des US-Geheimdienstes CIA dieses Material bald darauf als Dokumentenfälschungen Marke CIA auswiesen², schob Washington im Juli 1981 die Behauptung nach, Nicaraguas Revolutionsregierung empfangen über Kuba „hochentwickelte“ sowjetische Waffen, die für El Salvador bestimmt seien. Anfang September 1981 bezichtigte das US-Außenministerium dann Nicaragua und Kuba, Militärberater auf Seiten der salvadorianischen Befreiungsbewegung einzusetzen. Schließlich brachte es im Oktober/November 1981 die Fabel in Umlauf, Kuba habe in der zweiten Septemberhälfte ein Truppenkontingent von 500-600 Elitesoldaten über Nicaragua nach El Salvador entsandt mit dem Auftrag, in die Kämpfe direkt einzugreifen.³

Die Reagan-Administration versucht auf diese Weise, vom eigenen Interventionismus zugunsten der volksfeindlichen Diktaturregimes in El Salvador, Guatemala, Honduras usw. abzulenken. Sie benutzt zweitens die Interventionslüge gegenüber Nicaragua und Kuba, um ihr Nein zu einer politischen Verhandlungslösung im El-Salvador-Konflikt vor der Weltöffentlichkeit zu legitimieren. Und drittens, das veranschaulicht A. Haigs Spruch, man müsse die äußere Hilfe für die salvadorianischen „Terroristen“ bis zu „ihrer Quelle“ verfolgen,⁴ nimmt Washington den Konflikt in El Salvador zum Vorwand, um sein Vorhaben eines Zurückrollens des revolutionären Aufschwungs in der Region voranzutreiben.

Der Kreis der Opfer für einen US-Angriff ist abgesteckt: A. Haig stellte kurzum die Regierungen Nikaraguas und Grenadas als ebenso „kubanisch kontrolliert“ und „subversiv“ hin wie die Befreiungsbewegungen El Salvadors oder Guatemalas. Der Ausgang des Kampfes um El Salvador wurde zum eigentlichen Testfall der Entschlossenheit Washingtons erklärt, in ihrem „Vorgarten Mittelamerika“ (Präsidentenberater Richard Allen)⁵ keine weiteren Positionsverluste mehr hinzunehmen. Ihre aktuelle Maxime, „kein zweites Nikaragua in El Salvador“ und „kein zweites Kuba in Nikaragua“ zu tolerieren (so A. Haig und Vizepräsident George Bush),⁶ ist in ihren Augen überdies Bestandteil einer globalen US-Gegenoffensive gegen die „Expansion des Moskauer Einflusses“. So jedenfalls formulierten es die Lateinamerikaexperten der Regierung Reagan im Mai 1980 in ihrem Geheimdokument von Santa Fé (siehe Kasten), das als Grundsatzpapier für die republikanische Lateinamerikapolitik der 80er Jahre anzusehen ist.

Im „Dokument von Santa Fé“⁷ offenbart sich einmal, welche kontinentalen Prioritäten diese Regierung setzt: Da sich die strategisch hochbedeutende Karibik zu einem „marxistischen Meer“ entwickelt habe, müsse sich die US-Lateinamerikapolitik auf dieses Gebiet konzentrieren. Da weiter das sozialistische Kuba der lateinamerikanische Hauptgegner sei, auf dessen „unablässige Aktivität“ die Erfolge der „Linksdiktaturen“ in Nikaragua, Grenada, Panama und Guyana(!) sowie der Aufschwung der Guerilla in El Salvador und Guatemala zurückgingen, votieren die Verfasser für „Strafaktionen“ gegen alle Kräfte, die freundschaftliche Beziehungen zur Revolutionsregierung Fidel Castros unterhielten.

Die Norm lautet: „Keiner feindlichen ausländischen Macht wird gestattet, Stützpunkte bzw. militärische und politische Verbündete in der Region zu haben.“ Also kann jede Regierung, die sich nicht dem Diktat des Yankee-Imperialismus unterwirft, durch diesen destabilisiert und gestürzt werden? Es scheint so. Jüngste Beispiele sind Panama und Ecuador. Die Santa-Fé-Gruppe behauptet, Panama habe die Weltmacht-Rolle der USA empfindlich geschwächt, indem es Washington zur Rückgabe des Panamakanals gezwungen habe. Der 1977 von Omar Torrijos und Jimmy Carter unterzeichnete Vertrag solle daher nicht anerkannt, der Kanal dem – von Washington dominierten – Interamerikanischen Verteidigungsrat unterstellt und eine internationale Zone geschaffen werden, um „der Sowjetunion und ihren kommunistischen Verbündeten in dieser Hemisphäre verstehen zu geben, daß wir bereit, willens und fähig sind, unsere Lebensinteressen zu verteidigen“.

Diesen „Lebensinteressen“ stand auch der sozialdemokratische Präsident Ekuadors, Jaime Roldos, im Wege. Er hatte sich nicht nur gegen das Folterregime in El Salvador ausgesprochen, sondern auch trotz des Drucks Washingtons zu



US-Militärberater in El Salvador

Nikaragua und Kuba enge Beziehungen – für die Lateinamerikapolitiker Ronald Reagans eine Ungeheuerlichkeit.

Die beiden von ihnen attackierten Staatsmänner, Omar Torrijos und Jaime Roldos, fanden inzwischen beide bei mysteriösen Flugzeugabstürzen den Tod. Und der Plan der Santa-Fé-Gruppe zur Verteidigung der US-„Lebensinteressen“ gipfelt in dem Vorschlag, einen Krieg gegen Kuba für den Fall zu beginnen, daß die unabdingbare Zerschlagung der revolutionären Prozesse im mittelamerikanisch-karibischen Raum (Grenada, Nikaragua, El Salvador, Guatemala u.a.) anders nicht von Erfolg gekrönt sein sollte.

Eine Kriegseskalation ist also eine fest einkalkulierte Größe der neuen, abenteuerlichen Strategie Washingtons unter Ronald Reagan. Um ihren arroganten Alleinherrschaftsanspruch im „Hinterhof“ Lateinamerika wahrzumachen, hat die Reagan-Administration darüber hinaus einige andere kontinentale Akzente als die Regierung Carter gesetzt.

Schluß mit dem „Rückzug“ J. Carters!

„Der Kampf gegen den Terrorismus wird in unserer internationalen Politik den Platz einnehmen, den in der Reihenfolge der Prioritäten bisher die Menschenrechte einnehmen.“⁸ Das erklärte A. Haig auf seiner ersten Pressekonferenz, wobei „Terrorismus“ hier mit nationalem Befreiungskampf und dessen Unterstützung ineins gesetzt wird. Hatte J. Carters Kurs einer kontrollierten „demokratischen Öffnung“ der lateinamerikanischen Militärdiktaturen zu Reibungsverlusten in den Beziehungen Washingtons zu diesen geführt, so betrieben die Mannen des Ronald Reagan ohne moralisches Beiwerk die „Erneuerung der traditionellen Allianzen“ und die „Entwicklung neuer Freundschaften“⁹ mit eben den Putschgenerälen zügig voran. Die von J. Carter gegen die Faschistenregimes Chiles, Uruguays, Paraguays und gegen Argentinien verhängten Waffenexportbeschränkungen wurden aufgehoben. Die Beziehungen zu ihnen, der bolivianischen Kokain-Junta, der guatemalteckischen Lucas-Diktatur und dem honduranischen Garcia-Regime wurden „normalisiert“, d.h. nicht zuletzt man rüstet sie bevorzugt auf. Die Reagan-Administration ging jedoch noch einen Schritt weiter: Emissäre wie die UN-Botschafterin Jeane Kirkpatrick (im August 1981), General Vernon Walters oder Unterstaatssekretär Thomas O. Enders (vor der OAS-Konferenz von St. Lucia) machten die Runde, um „Freunde“ wie die Juntas Chiles, Uruguays und Argentinien für eine Beteiligung ihrer Armeen an einem gemeinsamen Kreuzzug im Rahmen einer „Interamerikanischen Friedensaktion“ gegen die Guerilla in El Salvador und Guatemals zu gewinnen. Schluß gemacht wurde von der Reagan-Administration auch mit derartigen Konzessionen bzw. Integrationsversuchen, wie man sie unter J. Carter gegenüber dem befreiten Nikaragua unternahm. Nach dem Sturz des Somoza-Regimes vom Juli 1979 hatte man der von den Sandinistas geführten Koalitionsregierung Wirtschaftshilfe gewährt, wengleich zugeschnitten auf die Förderung der privatkapitalistischen Sektors und der „gemäßigten“ Kräfte in der Koalition, und eine gute Zusammenarbeit gepflegt. Die Reagan-Administration hingegen strich im Zeitraum Januar bis Juni 1981 dem wirtschaftlich ohnehin angeschlagenen Nikaragua 81,1 Mio Dollar an bereits zugesagten Krediten.¹⁰ Auch für Konzessionen an nationalreformistische Kräfte wie die Regierungen Panamas oder Venezuelas, die unter J. Carter mit dem Abschluß des Panamakanalvertrages (1977) und einem Arrangement zur Nichteskalation des Nikaraguakonflikts (1979)¹¹ eingegangen worden waren, hat die Reagan-Administration überhaupt nichts übrig.

Auf den mittelamerikanisch-karibischen Raum konzentrieren sich heute der von den USA gen Lateinamerika fließen



Geheimdokument von Santa Fe

„Eine neue interamerikanische Politik für die 80er Jahre“, lautet der Titel eines unlängst enthüllten Geheimdokuments, das konservative Lateinamerikastrategen im Mai 1980 für den Interamerikanischen Sicherheitsrat der USA erstellten. Zweifellos handelt es sich bei diesem „Dokument von Santa Fé“, so genannt wegen der Bezeichnung seiner Verfasser als „Gruppe von Santa Fé“, um die Grundkonzeption der Washingtoner Lateinamerikapolitik unter Ronald Reagan.

Das wird schon daran deutlich, daß im Verfassersteam führende Köpfe der Reagan-Administration, die den aktuellen Kurs im US-„Hinterhof“ maßgeblich bestimmen, vertreten sind: so der Lateinamerika-Spezialist im State Department (Außenministerium), General Gordon Summer, der Lateinamerika-Spezialist im Nationalen Sicherheitsrat, Roger Fontaine und das Exmitglied des Interamerikanischen Sicherheitsrats, Francis Bouchez.

Das wird deutlich auch an der im Dokument von Santa Fé ausgebreiteten Weltsicht. Die Autoren kennzeichnen die US-Außenpolitik unter Jimmy Carter (1977-80) als zu einem Rückzugsgefecht heruntergekommen. Jetzt müsse wieder angegriffen werden. Dazu aber bedürfe es einer neuen globalen und „interamerikanischen“ Konzeption.

„Die Außenpolitik ist das Instrument, mit dem die Völker ihr Überleben in einer feindlichen Welt sichern. Der Krieg und nicht der Frieden ist die Norm, die die internationalen Angelegenheiten bestimmt...“

Die UdSSR in Schranken zu halten, genügt nicht. Die Entspannung ist der Tod. Das Überleben fordert von den Vereinigten Staaten eine neue Außenpolitik. Die USA müssen die Initiative ergreifen oder untergehen. Wir befinden uns am Rande eines 3. Weltkrieges... Lateinamerika und der Süden Asiens sind Schauplätze von Kämpfen der dritten Phase des 3. Weltkrieges. Die ersten beiden Phasen – Hemmung und Entspannung – wurden durch die sowjetische Strategie der doppelten Umzingelung fortgesetzt: der Unterminierung der Erdöl- und Rohstoffzufuhren des Westens und der Umzingelung der Volksrepublik China... Sogar die Karibik, ein Raum des Seeverkehrs und Zentrum für die Raffinierung von Erdöl für die USA, wird zu einem marxistischen See. Noch nie hat sich unser Land an seiner Südflanke in einer so gefährlichen Lage befunden. Noch nie hat die Außenpolitik der USA ihre Verbündeten in Lateinamerika so hintergangen, ausgeliefert und verraten wie heute.“

„Die Vereinigten Staaten beabsichtigen nicht, eine Politik der Einmischung in die inneren Angelegenheiten irgendeines lateinamerikanischen Staates zu verfolgen, es sei denn, die lateinamerikanischen Staaten betrieben eine Politik, die der imperialistischen Einmischung außerkontinentaler Mächte Vorschub leistet und sie befürwortet.“

„Kuba muß in gewisser Hinsicht für die Zusammenarbeit mit der UdSSR, für die erreichte Politik der Subversion und Destabilisierung in dieser Hemisphäre als verantwortlich betrachtet werden. Gleichzeitig müssen wir die Freunde, die uns in dieser Region bleiben, stützen und einige vorbeugende Maßnahmen treffen.“

Havanna muß für seine Aggressionspolitik gegen die Bruderstaaten in Amerika zur Verantwortung gezogen werden. Neben anderen Maßnahmen wird der Sender 'Radio Freies Kuba', unter der offenen Verantwortlichkeit der Regierung der USA, gegründet werden, der objektive Informationen für das kubanische Volk ausstrahlen wird und u.a. die frevelhafte Allianz zwischen Havanna und Moskau ausführlich darstellen wird. Sollte die Propaganda scheitern, muß ein Befreiungskrieg gegen Castro in Gang gesetzt werden.“ (Hervorhebung d. Red.)

(Quelle: Estudios Uruguay, Rom, Nr. 78/1981, S. 20-43, Ausschnitte)

de Strom an Geld und Waffen sowie die kontinentale Ausweitung der US-Militärpräsenz.

Sowohl die regionale Anhäufung von „subversiven Volkserhebungen“ als auch „lebenswichtige“ Wirtschafts-, Strategie- und Sicherheitsinteressen (geographische Nähe) führt das offizielle Washington als Begründung dafür an. Natürlich ist esbarer Unsinn von einer „Bedrohung unserer Verkehrswege zu Wasser“ bzw. des Welthandels – so ein Sprecher des Pentagon – durch die Nationalisierung des Panamakanals oder die Existenz von Revolutionsregierungen zu sprechen, handelt es sich doch vielmehr um die Rechtfertigung für einen althergebrachten neokolonialen Vorherrschaftsanspruch des Yankee-Imperialismus in „unserem Amerika“, „unserem Mittelmeer“ (R. Reagan) bzw. „Vorgarten“ (R. Allen).

Wirtschaftsinteressen „im Vorgarten“, das sind 5 Mrd Dollar an Kapitalinvestitionen der US-Konzerne und damit 1/3 aller ihrer Direktinvestitionen in Lateinamerika (auf den Halbkontinent entfallen allein ca. 2/3 aller US-Investitionen in der Dritten Welt!). Der karibisch-mittelamerikanische Raum ist ferner US-Hauptbezugsquelle für Bauxit. Ihn durchlaufen ca. 1/4 der Erdölbezüge der Vereinigten Staaten. Das US-Handelsvolumen mit den Ländern der Region beläuft sich auf jährlich 16 Mrd Dollar. Und schließlich entfalten die US-Multis gerade hier eine hektische Suche nach reichlich vermuteten Ölvorkommen, nachdem man in Mexiko derart fündig geworden ist.¹²

Bereits unter J. Carter wurde im Oktober/November 1979 als Antwort auf die Revolutionssiege in Grenada und Nicaragua ein regionales Sonderhilfsprogramm für 1980 in Höhe von 275 Mio Dollar eingeleitet (finanziert von den USA und Internationalen Agenturen), flankiert von US-Militärmanövern und der Einrichtung eines Hauptquartiers für die Ver-



Ausbildung nikaraguanisch-kubanischer Soldner in Florida

einigten Streitkräfte der Karibik in Key West.

Von der Reagan-Administration wurde dieser sog. „Marshall-Plan“ aufgegriffen und ausgeweitet. Mittels einer erhöhten Wirtschaftshilfe der USA – und wunschgemäß auch Kanadas, Venezuelas, Mexikos, der Internationalen Entwicklungsgesellschaft und der Weltbank – sollen die (kapitalistische) Entwicklung in der Region beschleunigt und der Boden für private US-Kapitalinvestitionen bereitet werden. Davon – so Unterstaatssekretär T.O. Enders – sei eine „Absicherung gegen politische Risiken für einheimische wie für Fremdinvestitionen“ zu erwarten, sofern der „Marshall-Plan“ auch eine erhöhte Militärhilfe mit einschließt.

Ihr Zuwachs für 1981/82 ist in der Tat beträchtlich: Die für 1982 offiziell veranschlagten US-Waffenexporte an 11 Staaten der Region in Höhe von 50,7 Mio bedeuten einen Anstieg gegenüber 1980 um 135%. Im gleichen Zeitraum wird die Anhebung für militärische Ausbildungszwecke 178% auf 4,7 Mio Dollar betragen.¹³

„Endlösung“ für El Salvador?

Einer besonderen Förderung und Anleitung durch Washington erfreuen sich die Armee El Salvadors, Honduras' und Guatemalas. Die Präsenz von US-Militärberatern in allen drei Ländern wurde deutlich erhöht, ihre Beteiligung an „Strafaktionen“ gegen die Zivilbevölkerung wie die Guerilla wiederholt bezeugt.

Während sie vor Ort die Anti-Guerilla-Kriegführung von regulären Armeeeinheiten einüben, werden in Florida und Honduras mindestens 8.000 Söldner (Nikaraguaner, Kubaner u.a.) für den Einsatz gegen Nicaragua und die salvadorianische Befreiungsbewegung vorbereitet. Die Reagan-Administration hat ferner die Unterstützung für die Duarte-Junta El Salvadors, die für den Massenmord an mittlerweile 34.000 Salvadorianern verantwortlich zeichnet, noch verstärkt. Die Wirtschaftshilfe der USA an dieses Regime für 1981/82 wurde von ursprünglich 40 auf 200 Mio Dollar, ihre Militärhilfe von 10 auf 35 Mio Dollar aufgestockt.¹⁵

Die von den salvadorianischen Befreiungsfronten FMLN/FDR unterbreiteten Vorschläge (zuletzt übermittelt am 7.10.1981 von Daniel Ortega vor der UNO) wurden von Washington sämtlich ausgeschlagen, mit dem Verweis auf eine für den März 1982 angesetzte Wahlfarce, von der die FMLN/FDR sinnigerweise ausgesperrt bleiben soll. Ausgeschlagen wurde gleichfalls der politische Lösungsvorschlag, den Mexiko und Frankreich in einer gemeinsamen Erklärung im August 1981 unter Anerkennung der FMLN/FDR als repräsentative Kraft El Salvadors unterbreiteten.

Die Reagan-Administration setzt damit unzweideutig auf eine militärische „Endlösung“, und sei es über den Einsatz von B-52-Bombern gegen die von der Guerilla kontrollierten Gebiete, wie A. Haig Anfang November 1981 androhte. Während er zugleich US-Umsturzaktivitäten bzw. militärische Gewaltanwendung gegen Nicaragua und Kuba nicht ausschließen wollte, warb US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger im Fort McNair (nahe Washington) auf einer geschlossenen Tagung von Spitzenmilitärs aus 20 amerikanischen Staaten (Nicaragua wurde die Teilnahme verweigert) für kollektive Militäroperationen gegen die salvadorianische Guerilla, Nicaragua und Kuba.¹⁶

So variantenreich der US-Militärinterventionismus in der Region auch sein mag, mit der Ausweitung des Stützpunktnetzes in der Karibik (Antigua, Vieques auf Puerto Rico u.a.) und der Durchführung ausgedehnter Militärmanöver seit der Jahresmitte 1981 wurden vorbereitende Schritte getan, die die Kriegsgefahr nur erhöhen.

Im gemeinsam mit der honduranischen Armee vollführten Militärmanöver „Falkenauge“ im Oktober 1981 probte man

den koordinierten Angriff gegen Nicaragua. Im Rahmen des Seekriegsmanövers „Ocean Venture 81“ führte die US-Marine gemeinsam mit britischen und holländischen Streitkräften im August 1981 in der Karibik die größten Kriegssimulationen seit Jahren durch. U.a. übte man eine simulierte Invasion Grenadas auf der Insel Vieques. Und Admiral Robert McKenzie, Kommandierender der Vereinigten Karibischen Streitkräfte, beschrieb Nicaragua, Kuba und Grenada der Einfachheit halber als „praktisch ein Land“.¹⁷

Derartige Kriegsspiele könnten umso eher zum Krieg werden, je schneller den USA gerade im selbsternannten Präzedenzfall El Salvador die Felle davonschwimmen – es sei denn, internationaler Druck vermag der Reagan-Administration die Hände zu binden.

Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: Le Monde, Paris, 7.11.1981; International Herald Tribune (IHT), Zürich, 4. und 5./6.12.1981; Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 14.11. und 4.12.1981
- 2) Siehe CounterSpy-Stellungnahme und AIB-Interview mit Ph. Agee in: AIB 6/1981, S. 6ff. und AIB 7-8/1981, S. 37
- 3) Vgl. u.a. IHT, 2.9.1981 und Washington Post, 11.11.1981
- 4) Zit. nach: IHT, 7./8.11.1981
- 5) Die Zeit, 11.9.1981
- 6) Nach: FAZ, 14.11.1981
- 7) Wortlaut in: Estudios Uruguay, Rom, Nr. 78/1981, S. 20-43
- 8) El País, Madrid, 29.1.1981
- 9) Estudios Uruguay, a.a.O.
- 10) Barricada, Managua, 20.7.1981
- 11) Siehe im Einzelheiten Torrijos-Interview in: AIB 7-8/1981, S. 52-55, hier: S. 54/55
- 12) Zit. und Daten nach: CounterSpy, Washington, Nov. 1981 – Jan. 1982, S. 13
- 13) Ebenda, S. 12
- 14) Vgl. IDES, Westberlin, Nr. 57/6.11.1981
- 15) Daten nach: ebenda, Nr. 61/4.12.1981 und El Salvador libre, Nr. 3/Oktobre 1981
- 16) Vgl. Latinamerican Weekly Report (LAWR), London, 13.11.1981; Nicaragua Nachrichten, Nr. 11/1981 und IHT, 7./8.11.1981
- 17) LAWR, 28.8.1981



NICHT NUR FÜR INSIDER!

PARAGUAY Rundbrief

- Zweimonatsschrift mit
- Hintergrundartikeln und
- aktuellen Berichten über
 - Wirtschaft
 - Kultur und
 - politisches Geschehen
 - Beziehungen BRD-Paraguay
- Jahresabonnement 15,- DM

AUS DEM INHALT: Nr. 27 Die ökonomische und politische Bedeutung des La Plata-Beckens; Nr. 28 Der Tod Somozas und seine Auswirkungen; Nr. 29 Die Situation der Indianer in Paraguay; Nr. 30 Zur Situation der Frauen in Paraguay; Nr. 31 Ein Campesino erzählt; Nr. 32 Stroessners Hintermänner im Pentagon.

Ein Probeexemplar des Paraguay Rundbrief und/oder weitere Informationen über die Arbeit der PAG e.V. erhalten Sie bei der

Paraguay Arbeitsgemeinschaft e.V.

– Gemeinnütziger Verein –
Sandbergstr. 45
6100 Darmstadt

Solidaritätskonto Paraguay
Postcheck Essen Nr. 352426 - 438

P
A
G

Unser Ziel 1981/82: Tausend neue Abonnenten!

Gegenwärtig hat das AIB etwa 4500 Abonnenten. Die Standardauflage liegt – je nach der Brisanz des Schwerpunktthemas der Hefte – bei 5000 bis 8000 Exemplaren. Wir sind damit die meistgelesene Monatszeitschrift zur Dritten Welt in der Bundesrepublik. Ein gutes Ergebnis, meinen wir, aber dennoch kein Grund zur Selbstzufriedenheit. Wir wollen mehr. Mehr Leser. Und vor allem: Mehr Abonnenten! Denn ein kontinuierlicher Abonnentenzuwachs ist die wichtigste Grundlage für die Fortsetzung der erfolgreichen Aufwärtsentwicklung unserer Zeitschrift. Die positive Entwicklung der Abonnentenzahlen in den ersten Monaten 1981 hat uns veranlaßt, uns ein ganz konkretes Ziel zu stecken: Tausend neue AIB-Abonnenten bis zum Sommer 1982!

Appell an unsere Leser: Helft mit – werbt neue AIB-Abonnenten!

Wir wissen: Ohne die tatkräftige Mithilfe unserer Leser werden wir dieses hochgesteckte Ziel nicht erreichen können. Denn wir verfügen weder über einen umfangreichen Werbeetat noch über einen Stamm finanzkräftiger Inserenten. Auch einen kostspieligen Vertrieb über die kommerziellen Kiosknetze könnten wir uns nicht leisten, ohne den Verkaufspreis drastisch zu erhöhen. Deshalb unser Appell: Helft mit! Verbreitet das AIB in Eurem Bekanntenkreis! Bringt das AIB bei Aktionen im Freiverkauf unter die Leute! Werbt neue Abonnenten für das AIB!

Es lohnt sich, neue AIB-Abonnenten zu werben

Gleichzeitig läuft unsere Aktion „Abonnenten werben Abonnenten“ weiter, und zwar mit erheblich erweitertem Buch- und Schallplattenangebot. Das heißt: Jedem AIB-Leser, der einen neuen Abonnenten für unsere Zeitschrift wirbt, stellen wir kostenlos eine Buch- oder Schallplattenprämie nach eigener Wahl zur Verfügung. Er muß nur selbst AIB-Abonnent sein; und der neue Abonnent muß das Abo bezahlt oder einfach die in der Mitte dieses Heftes beigeheftete Abbuchungsvollmacht ausgefüllt haben.



Dieses Flugblatt (I.) stellen wie Lesern auf Anfrage gerne in gewünschter Anzahl zum Verteilen bei Veranstaltungen zur Verfügung



Unser Angebot: Gratishefte für Neuabonnenten!

Ab sofort erhält jeder, der das AIB für mindestens ein Jahr abonniert, unser Sonderheft 1/1981 „Arbeiter- und Befreiungsbewegung im antiimperialistischen Kampf“ zur Berliner Konferenz gratis. Damit spart er 4 DM! Das Sonderheft gibt anhand von Originalbeiträgen einen zusammenhängenden Überblick über die Positionen nationaler Befreiungsbewegungen und revolutionärer Parteien in Entwicklungsländern.

Für einen Abonnenten:

Ernesto Cardenal
Die Stunde Null
2. Auflage, 400 Seiten, Peter Hammer 1981

Autorenkollektiv
AFRIKA. Geschichte von den Anfängen
bis zur Gegenwart in vier Bänden
Band 1 oder 2
372 bzw. 297 Seiten
Pahl-Rugenstein Verlag 1979/80

Eduardo Galeano
Die offenen Adern
Lateinamerikas



Jürgen Roth/Kamil Taylan
Die Türkei – Republik unter Wölfen
240 Seiten, Lamuv Verlag 1981

Eduardo Galeano
Die offenen Adern Lateinamerikas.
Die Geschichte eines Kontinents
von der Entdeckung bis zur Gegenwart
Erweiterte Neuauflage, 311 Seiten,
Peter Hammer Verlag 1981

Bitte mit
Postkartensporto
freimachen

Ich habe als neuen AIB-Abonnementen erworben:
Name:
Adresse:
Mein Name:
Meine Adresse:
Mein Prämienvorschlag:

- Der neue Abonnent hat die umseitige Abbuchungsvollmacht ausgefüllt.
 Der neue Abonnent überweist den Abobetragskonten (Prämienzusendung erfolgt nach der Überweisung).

Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren an:

Name

Adresse

An

AIB – Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46

3550 Marburg

James Madhlope Phillips/Bremer Chor Die
Zeitgenossen,
Bongi Makeba, Jabula
Konzert für Soweto
30-cm-Doppel-LP
UN-Centre against Apartheid/Pläne 1981

Ernesto Cardenal
**Unser Land mit den Menschen
die wir lieben**
Gedichte. Mit Bildern aus
Solentiname und dem neuen Nicaragua
64 Seiten, Großformat, Peter Hammer 1980

Hannes Stütz/Dieter Süverkrüp
Kuba, Vom Zuckerrohr zur Zukunft
144 Seiten, reich illustriert
Weltkreis 1978

Miriam Makeba
Country Girl
30-cm-LP, Verlag Pläne



Friedrich Hitzer
**Der Mord
 im
 Hofbräuhaus**

Unbekanntes und
 Vergessenes aus der
 Bayerischen
 Räterepublik

520 Seiten, Ln. mit
 Schutzumschlag, 19,80 DM

Dieses Buch enthält nicht nur zahlreiche „vergessene“, sondern vor allem bisher unbekannte Dokumente: Nach dem einführnden Kapitel „Bayern: Freistaat oder Ordnungszelle“, in dem eine Zusammenfassung des Geschehens in Bayern nach dem Ersten Weltkrieg und der Novemberrevolution von 1918 bis 1920 gegeben wird, enthüllt der Hauptteil der Arbeit „Tendenzwende zum Faschismus“ in Deutschland. Dokumentarisch wird vorgeführt, mit welcher blutigen Methoden die Anhänger der Räterepublik verfolgt, gleichzeitig aber die konterrevolutionären Terroristen verteidigt, ihre Verbrechen verharmlost und als „notwendig“ bezeichnet wurden. In faschistischen Organisationen von der Thule-Gesellschaft bis zur Partei Hitlers, waren spätere Ereignisse in Deutschland bereits vorgezeichnet

Friedrich Hitzer **Der**
 Unbekanntes und
 Vergessenes aus der
 Bayerischen
 Räterepublik
**Mord im
 Hofbräuhaus**
 Röderberg



Das Kapitel „Tagebücher der Revolution“ schließlich führt dem Leser Menschen vor, die in der Bayerischen Revolution für Frieden, für ein lebenswertes Leben der bisher benachteiligten Arbeiter, Angestellten und Bauern, für eine sozialistische Gesellschaft gekämpft haben. Die Aufzeichnungen von Rudolf Egelhofer, als 23jähriger Kommunist Kommandeur der Roten Armee, von Ernst Niekisch, als 30jähriger linker Sozialdemokrat zeitweise Vorsitzender des Zentralrates der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte Bayerns, von Iwan Siessaraw, einem russischen Revolutionär, den äußere Umstände 1919 nach München verschlagen hatten, sowie von dem „Armeearzt“ Rudolf Schollenbuch, der 1920 im Alter von 63 Jahren als unabhängiger Sozialist „Volksbeauftragter für das Gesundheitswesen“ und Armeearzt wurde, sind Erstveröffentlichungen.

Röderberg



Sich entscheiden.

Für ein Leben
 ohne Faschismus
 und Krieg.
 Gegen Neonazis
 und Hochrüstung.

die
 tat

Die
 antifaschistische Wochenzeitung

**Ich wünsche – kostenlos
und unverbindlich –
Probexemplare der „tat“**

Name

Straße

PLZ/Ort

**Sich die
entscheiden. die
Für „die tat“ tat**

Wenn Sie „die tat“ gleich bestellen wollen:

Ich abonniere „die tat“ ab sofort
zum Jahrespreis von

- 45,- DM
- 30,- DM (Sonderpreis für Schüler, Studenten,
Auszubildende, Soldaten, ZDL, Arbeitslose – gegen
Nachweis) – Lieferung jeweils per Postvertriebs-
stück/Inlandspreise.

POSTKARTE

Post-
karten-
porto

An
„die tat“/Röderberg-Verlag
Postfach 4129

6000 Frankfurt/M. 1

Absender:

Name

Straße

PLZ/Ort

Ich bestelle Ex.

Friedrich Hitzler

Der Mord im Hofbräuhaus

Ja, ich interessiere mich für das



Röderberg-Verlagsprogramm
und möchte

- Gesamtprospekt
 Neuerscheinungsprospekt
 Taschenbuchprospekt

POSTKARTE

Post-
karten-
porto

An
Röderberg-Verlag
Postfach 4129

6000 Frankfurt/M. 1

Jürgen Ostrowsky/Wolff Geisler
Südafrika.

Rassismus, Imperialismus, Befreiungskampf
160 Seiten, Pahl-Rugenstein 1978

Lore Schultz-Wild

Die zweite Befreiung.

Alphabetisierung in Nicaragua

Mit einem Vorwort von Fernando Cardenal

204 Seiten, Jugenddienst-Verlag 1981

Sergio Ramirez

Viva Sandino! Leben und Tod des

ersten lateinamerikanischen Guerillaführers

157 Seiten, Peter Hammer 1981

MALIBONGWE.

Freiheitsgedichte südafrikanischer Frauen

176 Seiten, Weltkreis 1980

Michael Opperskalski

Gott ändert nichts...

Iran gestern und heute

236 Seiten, Weltkreis 1980

Brigitta Benzing/Kahsai Wolde-Giorgis

Das neue Äthiopien.

Vom Kaiserreich zur Revolution

196 Seiten, Pahl-Rugenstein 1980

Prosper Kivouvou

Angola. Vom Königreich Kongo zur

Volksrepublik

272 Seiten, Pahl-Rugenstein 1980

Ein Vierteljahrhundert mit Allende.

Erinnerungen seines Privatsekretärs

429 Seiten, Pahl-Rugenstein 1981

Günter Giesenfeld

Vietnam – Laos – Kampuchea

240 Seiten, Pahl-Rugenstein 1981

Günter Amendt

Das Sexbuch

249 Seiten, Weltkreis 1979



J. Metzger/M. Orth/C. Sterzing
Das ist unser Land
Lamuv Verlag

Ernesto Cardenal
Die Stunde Null

Von der Heiligkeit der Revolution. Gebet für
Mallory Monroe. Für die Indianer Americas. Das
Buch von der Liebe. Hammer



Placido Erdozain

San Romero de America.

Das Volk hat dich heiliggesprochen.

Die Geschichte des Bischofs von San Salvador

122 Seiten, Jugenddienst-Verlag 1981

Jan Metzger/Martin Orth/Chr. Sterzing

Das ist unser Land – Westbank und

Gazastreifen unter israelischer Besatzung

320 Seiten, Lamuv 1980

Hermann Kohn

El Salvador/Nicaragua.

Aufstand im US-Hinterhof

191 Seiten, Weltkreis Verlag 1981

Peter Schütt

Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan.

Gibt es Rassismus in der Bundesrepublik?

264 Seiten, Weltkreis 1981

Ernesto Cardenal

In Kuba. Bericht von einer Reise

388 Seiten, Peter Hammer 1980

Wolfram Brönner

Afghanistan.

Revolution und Konterrevolution

290 Seiten, Verlag Marxistische Blätter 1980

Rainer Falk/Peter Wahl (Hrsg)

Befreiungsbewegungen in Afrika.

Politische Programme, Grundsätze und

Ziele von 1945 bis zur Gegenwart

532 Seiten, Pahl-Rugenstein 1980

Sergio Ramirez

Vom Vergnügen des Präsidenten.

Erzählungen aus Nicaragua

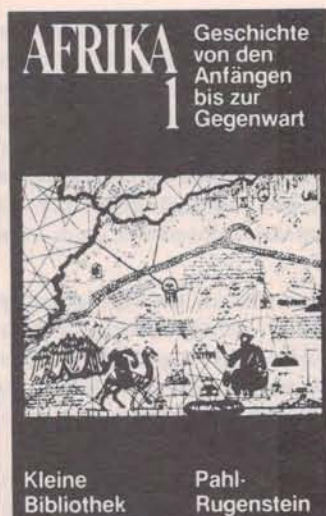
141 Seiten, Peter Hammer 1981

Alfred Babing/Hans-Dieter Bräuer

Namibia. Kolonialzeit, Widerstand und

Befreiungskampf heute

219 Seiten, Pahl-Rugenstein 1980



Rainer Falk

Der Kurs der Bundesrepublik – mit Reagan in den Abgrund?

Mit den USA, so kann man der gemeinsamen Erklärung von Bundeskanzler Helmut Schmidt und US-Präsident Ronald Reagan vom 22.5.1981 entnehmen, bildet die Bundesrepublik „eine Schicksalsgemeinschaft“. Gleichwohl gilt diese „atlantische Werte- und Schicksalsgemeinschaft“ (so fast im Gleichklang die Formel des F.J. Strauß) heute nicht mehr ganz so selbstverständlich wie noch vor einigen Jahren.

Wenn konservative Beobachter auf die Differenzen zwischen den USA und den westeuropäischen Regierungen zu sprechen kommen, die besonders angesichts des sowjetischen Eingreifens in Afghanistan nicht mehr zu verbergen waren, ist zuweilen sogar von einer „transatlantischen Krise“ die Rede. Diese „war in der Tat nicht mit früheren Krisen vergleichbar, denn sie betraf vor allem fast alle Europäer und besonders die Deutschen, die bis dahin treuesten Alliierten und nicht nur die Franzosen wie unter de Gaulle“.¹

Gefährdet der Reagankurs die BRD?

Nicht allein das Verhältnis zu den USA ist nicht mehr ungetrübt, folgt man dieser Sichtweise; die grundlegenden Fundamente der Bonner Außenpolitik sind ins Wanken geraten: „Das Ende der Entspannung, die neue amerikanische Politik der Stärke und die Friedensbewegung in Westeuropa“, so ein anderer Beobachter gleicher Couleur, „haben die Bundesrepublik in ihre tiefste Orientierungskrise seit den Auseinandersetzungen um Westintegration und Wiederbewaffnung gestürzt. Der außenpolitische Grundkonsens zwischen den politischen Lagern, der sogar die in ihren Details häufig umstrittene Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition seit 1969 überdauert hatte, scheint nun in Gefahr.“²

Wenngleich derartigen Betrachtungen sicher die Tendenz zum Dramatisieren eigen ist, kann nicht übersehen werden, daß etwas in Bewegung gekommen ist. Das gilt nicht nur für das Verhältnis USA-Westeuropa, sondern betrifft vor allem die Frage, wie sich die Bonner Politik angesichts der vom Reagan'schen Kurs der globalen Konfrontation und „Eindämmung“ ausgehenden Gefahren für unser Land verhalten soll.

Je trotziger die sozialliberale Koalitionsregierung Schmidt/Genscher die Linie Washingtons unterstützt, so scheint es, desto größer wurde der Zuwachs der Friedensbewegung, deren zentraler Orientierungspunkt im entschiedenen Nein zum NATO-Raketenbeschluß vom 12.12.1979 besteht. Immer mehr Menschen hierzulande gelangen zu der Erkenntnis, daß die Bindung der Bundesrepublik an die atomare Globalstrategie der USA nicht nur gefährlich, sondern schlichtweg selbstmörderisch ist. Insofern als das Bündnis mit den USA zu jenen außenpolitischen Dogmen der Bonner Staatsdoktrin gehört, die nicht hinterfragt werden dürfen, wird durch die Friedensbewegung in der Tat der außenpolitische Grundkonsens der Bonner Parteien in Frage gestellt. Die herrschende Kräfte halten angesichts dieser Entwicklung natürlich umso entschiedener an dieser Position fest. Gleichwohl wird auch in ihren Kreisen verstärkt die Frage aufgeworfen, welche Konsequenzen sich aus der neuen US-Kon-



Aus: Der Spiegel, 12. 10. 1981

frontationspolitik für die Behauptung jener internationalen Position ergeben, die der bundesdeutsche Imperialismus im letzten Jahrzehnt erlangt hat. Von daher stellt sich die Frage nach der Interessenlage der Bundesrepublik in der gegenwärtigen weltpolitischen Zuspitzung unter einem doppelten Gesichtspunkt, erstens unter dem Aspekt der Konkurrenzinteressen der herrschenden Klasse besonders gegenüber den USA, die zugleich deren Expansionsinteressen zum Ausdruck bringen.

Hiervon verschieden ist sicher zweitens die Interessenlage der demokratischen Kräfte, deren wichtigste Aufgabe darin besteht, die Bundesrepublik aus der lebensgefährlichen Bindung an die US-Globalstrategie zu befreien und gleichzeitig die wiedererwachten Expansions- und Hegemoniebestrebungen des deutschen Imperialismus zurückzuweisen.³

Die Interessenlage der Bundesrepublik wird von mehreren Faktoren bestimmt. Dabei muß zunächst auf das ganz elementare Interesse der Existenzerhaltung hingewiesen werden, das auch gegensätzliche soziale Kräfte gemeinsam ha-

ben.

Nicht zu Unrecht weisen in letzter Zeit auch Stimmen aus dem bürgerlichen Lager darauf hin, daß durch die neue Militärstrategie der USA die Kriegsrisiken speziell für die BRD, den NATO-Frontstaat an der Nahtstelle zum sozialistischen Lager, in einem Ausmaß erhöht werden, das in der Konsequenz die Existenz des Bonner Staates selbst aufs Spiel setzt. Schon heute ist die Bundesrepublik angesichts der Lagerung von 5.000 bis 7.000 atomaren Sprengköpfen⁴ das mit Abstand größte Atomwaffendepot in ganz Europa. Die Verwirklichung des NATO-Raketenbeschlusses vom 12.12.1979 würde dieses Atomlager um 108 Pershing II und 112 Cruise Missiles (Marschflugkörper) anreichern, also den größten Posten der westeuropäischen Stationierungsländer (insgesamt 108 Pershing II und 464 Cruise Missiles) abbekommen. Damit würde sie zu der Abschlußrampe für die USA im Ernstfall, aber auch zu der Zielscheibe eines dann zu erwartenden sowjetischen Gegenschlages.

„Die Bundesrepublik“, schreibt Spiegel-Herausgeber Rudolf Augstein, „... wird jetzt der am meisten bedrohte Staat der Erde. Sie ... ist 'Festlandsdegen' in Mitteleuropa, wenn anderwärts gefochten wird, mit einer US-Fähigkeit zum Ersteinsatz gegen die Sowjetunion. Wenn überhaupt nur ein Teil von Europa, dann wäre die Bundesrepublik, im Zeichen ihrer 'Nachrüstung', mit Sicherheit zerstört, eher und gründlicher als jedes andere Nato-Land, wenn nicht als einziges.“⁵ An anderer Stelle schreibt Augstein, „daß der Nachrüstungsbeschluß nicht in erster Linie dazu dient, eine regional vorhandene Lücke zu füllen. Vielmehr, er hat Geisel-Funktion, er soll das Kernstück der atlantischen Allianz, die Bundesrepublik, bei der Stange halten“.⁶

Es bedurfte nicht erst der Äußerung R. Reagans über die Denkbarkeit eines begrenzten Atomkrieges in Europa, um zu erkennen, daß sich die USA sicherheitspolitisch längst von den Westeuropäern abgekoppelt haben. Dies war schon in der NATO-Strategie der „flexible response“ (flexible Vergeltung) angelegt, die ja zum Ziel hatte, einen atomaren Schlagabtausch, bei dem auch das Territorium der USA in Mitleidenschaft gezogen wird, bis zuletzt durch eine „abgestufte“ atomare Kriegsführung in Mitteleuropa hinauszuzögern. Und dies ist jetzt in der Pentagon-Doktrin vom „begrenzten Atomkrieg“ ganz offensichtlich geworden. Die Stationierung von neuartigen atomaren Mittelstreckenraketen in Westeuropa und speziell in der Bundesrepublik, ist das entscheidende Mittel zur Verwirklichung dieser gefährlichen Option. „Es waren und sind die Amerikaner“, so

nochmals R. Augstein, „die öffentlich darüber diskutieren und darauf hinzielen, daß ihr Risiko entscheidend geringer sein soll als das der Bundesrepublik. Sie haben die Solidarität zu ihrem wichtigsten Verbündeten angenagt, und tun es noch, nicht wir. Sie betreiben, wenn man sich dieser albernen Begriffe denn partout bedienen will: 'Finnlandisierung', 'Hollandisierung', 'Osloisierung'.“⁷

Auf einem zweiten Feld gibt es divergierende, zumindest aber unterschiedlich gewichtete Interessenlagen zwischen den USA und der BRD/Westeuropa, die ganz offenkundig sind, nämlich auf dem Feld der **Entspannungspolitik**. „Während Europa“, so heißt es in einer Studie für die NATO, „im großen und ganzen positive Erfahrungen mit der Entspannungspolitik machte und diese auch nach der sowjetischen Invasion (in Afghanistan) aufrechtzuerhalten suchte, machte sich in den USA seit Mitte der 70er Jahre eine zunehmende Gegnerschaft zur Entspannungspolitik bemerkbar, da in den USA Entspannung nicht solch konkrete Ergebnisse wie in Europa zeitigte.“⁸

Entspannung – größere Spielräume für Bonn

Keine geringen Vorteile hatte dabei die BRD z.B. an der Entwicklung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit dem sozialistischen Lager. Ihr Osthandel erlangte Ende der 70er Jahre den achtfachen Umfang des Osthandels der USA. Der bundesdeutsche Handelsumsatz mit der Sowjetunion stieg zwischen 1971 und 1979 um 680%; etwa 350.000 Arbeitsplätze in der Bundesrepublik werden durch die Aufträge aus Osteuropa gesichert. Und mit dem jetzt kurz vor dem Breshnew-Besuch vom 21./22. November 1981 perfekt gewordenen **Erdgas-Röhren-Geschäft** könnte sich das Handelsvolumen mit der UdSSR ab 1985 noch einmal verdoppeln.

Das ist so trotz des ungenügenden Eingehens der Bonner Seite auf die sowjetische Forderung nach Kompensationsgeschäften, weshalb sich besonders in der zweiten Hälfte der 70er Jahre der BRD-Osthandel verlangsamt hatte und sein Anteil am gesamten Welthandel der BRD sogar von 8,1% auf 6,8% zurückgegangen ist.⁹

Dennoch muß vermerkt werden, daß die hiesigen herrschenden Kreise den Washingtoner Forderungen in diesem Punkt nicht nachgegeben haben und in Bonn die These zurückgewiesen wird, aufgrund der künftigen Erdgaslieferungen (30% des bundesdeutschen Bedarfs) aus der UdSSR gerate



Sowjetische Arbeiter beim Bau einer Erdgasleitung nach Westeuropa

die BRD in eine nicht mehr zu vertretene Energie-Abhängigkeit. Vielmehr wird das Erdgasgeschäft als Beitrag zur Diversifikation und damit zur Lockerung der generellen Außenabhängigkeit der BRD auf dem Energiesektor betrachtet.

Außerdem ist es zumindest in der sozialliberalen Koalitionsregierung unumstritten, daß Handel und Wirtschaftsaustausch zwischen Ost und West auch eine friedenssichernde Funktion haben, da sie das gegenseitige Interesse an der Verhinderung kriegerischer Auseinandersetzungen materiell zu fundieren geeignet sind.

Wichtiger als diese diversen wirtschaftlichen Vorteile, die sich für Bonn im Gefolge der Entspannungspolitik ergeben haben, scheint jedoch zu sein, daß sich durch diese Politik ganz allgemein der außenpolitische und außenwirtschaftliche **Handlungsspielraum** der westeuropäischen Staaten und speziell der **Bundesrepublik erhöht** hat. Es kommt deshalb nicht von ungefähr, daß sich der Aufstieg der BRD zur zweitstärksten imperialistischen Macht^{9a}, die sich in wachsendem Maße als gleichberechtigter Partner der westlichen Führungsmacht USA begreift (wenngleich vom politischen, wirtschaftlichen und militärischen Machtpotential her natürlich immer noch gewaltige Unterschiede bestehen), gerade in der Phase der Entspannungspolitik der 70er Jahre vollzogen hat.

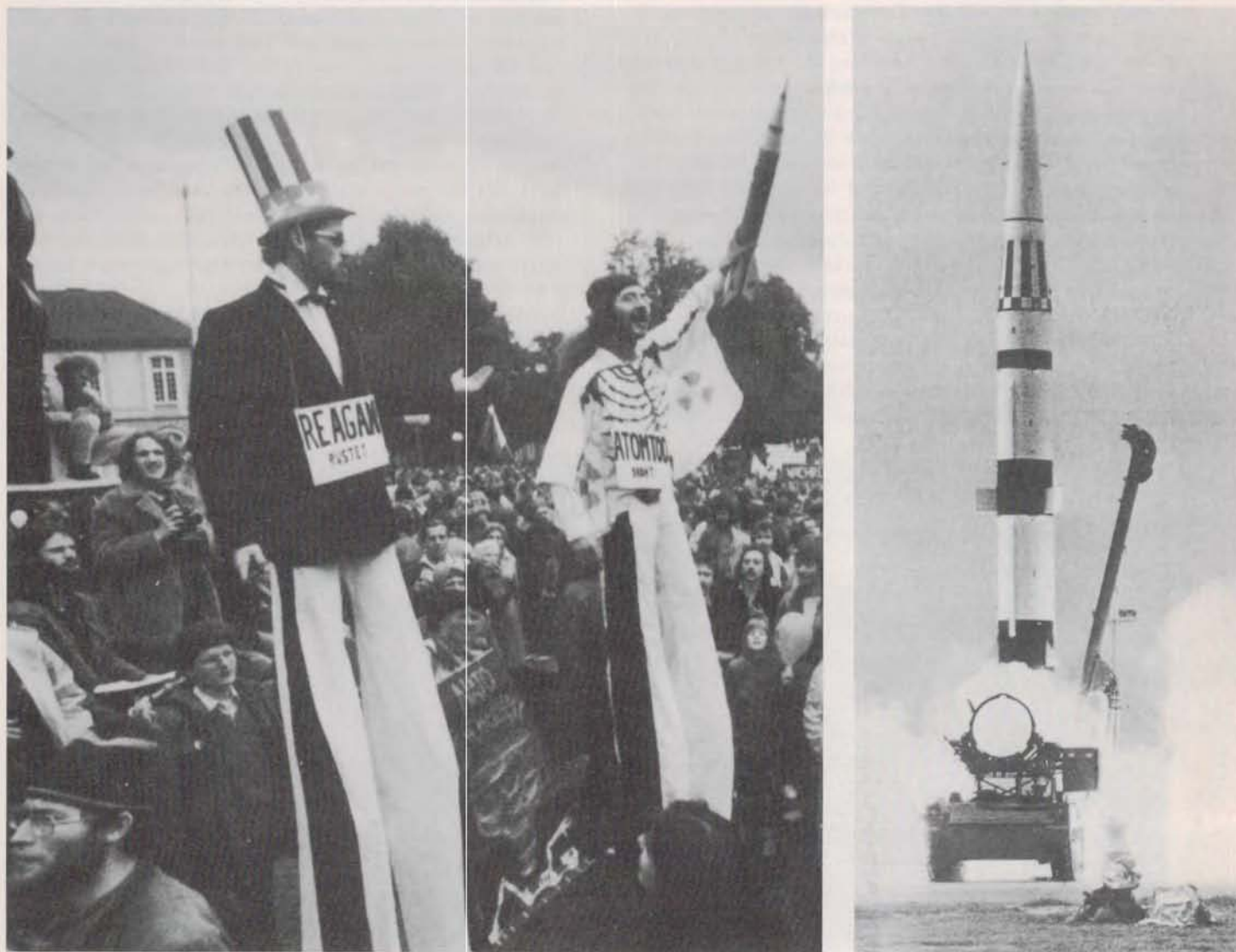
Umso unverständlicher scheint deshalb die Willfährigkeit, mit der die Bundesregierung in den entscheidenden Grundsatzzfragen heute die Position der USA mit- und nachvoll-

zieht. Die Frage stellt sich mithin, wieso sich die sozialliberalen Parteiführungen (und natürlich noch entschiedener die CDU/CSU) dem Konfrontationskurs der Reagan-Administration – in dessen Gefolge die auch und gerade für Bonn vorteilhaften Ergebnisse des Entspannungsprozesses, von Bundeskanzler H. Schmidt einmal als die „Selbstbefreiung“ der bundesdeutschen Außenpolitik bezeichnet, ganz offenkundig wieder revidiert werden sollen – nicht entschieden entgegenstellen.

Elemente der BRD-Unterordnung...

Die Frage stellt sich ferner, wieso Schmidt/Genscher, die darüber in Wettstreit getreten sind, wer von beiden denn nun der Erfinder der „Nachrüstung“ und der Entdecker der sog. Raketen„lücke“ gewesen ist, mit aller Kraft um die Durchsetzung der Raketenstationierung in der Bundesrepublik ringen, wo sie doch wissen müßten, daß mit genau dieser Politik die Existenz der Bundesrepublik und damit auch der führenden Kreise in Wirtschaft und Gesellschaft, deren Interessen sie vertreten, aufs Spiel gesetzt wird. Ist die zitierte „Schicksalsgemeinschaft“ zwischen Bonn und Washington so zu verstehen, daß das Bonner Schicksal darin liegt, mit Ronald Reagan in den Abgrund zu marschieren?

Um auf diese Frage eine Erklärung zu bekommen, wären Verweise auf nach wie vor gegebene Momente der Abhängigkeit im Verhältnis der BRD zu den USA oder auch der



V. l. n. r.: Demonstranten am 10. 10. 1981 in Bonn; Ersts Schlagwaffen Pershing II und Cruise-Missile (Montage beim Boeing-Konzern); Raketenplaner H. Schmidt und R. Reagan

Verweis auf die „Junior“-Partnerrolle der BRD, der sie im übrigen längst entwachsen ist ganz und gar unzureichend.

Es gilt vielmehr zu berücksichtigen, daß der BRD-Imperialismus seinen Wiederaufstieg zur „Großmacht im zweiten Glied“ (R. Kühnl)¹⁰ oder zur „Mittelmacht“, wie die Bonner Selbsteinschätzung ist, in den 60er und 70er Jahren nur über eine weitgehende Einordnung in die US-Globalstrategie erreichen konnte.

Dies ist der eigentliche Grund dafür, daß die etablierten Bonner Parteien auch heute noch nicht an dem Dogma der unbedingt anzustrebenden Gemeinsamkeit mit den USA rütteln lassen. Es geht also vorrangig darum, daß die Bundesrepublik auch heute noch die Politik der USA als Mittel zur Durchsetzung eigener Zielsetzungen betrachtet. Ein Einschwenken auf den US-Konfrontationskurs von seiten der BRD trägt so gesehen sowohl Züge der Unterordnung als auch der eigenständigen Expansionsinteressen der herrschenden Klasse der BRD.

In diesem Zusammenhang ist sogar eine Annäherung bzw. Angleichung der Konzeptionen in der Systemauseinandersetzung zu konstatieren. Denkt man an die maßgebliche Initiative der BRD und speziell Helmut Schmidts beim Zustandekommen des NATO-Raketenbeschlusses, so wird klar, daß von westdeutscher Seite nicht wenige eigenständige Beiträge zu dieser von gemeinsamen und übergeordneten Interessen aus geführten Auseinandersetzung mit dem sozialistischen Lager ausgehen.

Im Zusammenhang mit der Raketendiskussion und der diesbezüglichen Interessenlage von Teilen der herrschenden Klasse der BRD gebührt auch den Überlegungen des italienischen Generals und ehemaligen stellvertretenden NATO-Oberbefehlshaber Nino Pasti Aufmerksamkeit: „Die vorwiegend in Deutschland stationierten amerikanischen Kernwaffen hatten also eine Doppelaufgabe zu erfüllen, nämlich die Bedeutung der autonomen nuklearen Streitkräfte Frankreichs zu verkleinern und Deutschland den Status einer 'quasi-nuklearen' Macht zu verleihen, da es auf seinem Territorium eine enorme Menge von Kernwaffen hatte und hat. Zwar stehen sie noch unter amerikanischer Kontrolle, aber diese Kontrolle könnte leicht abgetreten werden, wenn man es für zweckmäßig hält.“¹¹

Die Differenzen, die in der letzten Zeit bei der Herausbildung dieser neuen Konfrontationspolitik zwischen Bonn und Washington aufgetreten sind, reduzieren sich vor diesem Hintergrund auf Differenzen **erstens** um die Frage, welche Konzeptionen und Strategien in der Systemauseinandersetzung zur Anwendung kommen sollen. Dabei spielt auch die Frage nach der richtigen „Mischung“ von konfrontativen und kooperativen Elementen in der Auseinandersetzung mit dem sozialistischen Lager und den nationalen Befreiungsbewegungen eine Rolle.

Letzteres ist für die BRD und andere westeuropäische Regierungen vor allem deshalb so wichtig, weil sie **zweitens** sehr wohl registrieren, daß sich der Reagankurs nicht zuletzt deshalb so auf den Vorrang militärischer Mittel in der Systemauseinandersetzung fixiert, weil der US-Imperialismus auf diesem Gebiet am deutlichsten noch seine Überlegenheit auch im Vergleich zu den imperialistischen Rivalen erhalten konnte. Sie sehen, daß Washington auf diese Weise u.a. hofft, seine eindeutige Hegemonieposition im imperialistischen Lager zurückzuerobern. Dies kann natürlich, weil notwendigerweise auf ihre Kosten gehend, nicht im Interesse der BRD liegen.

...und Eigenständigkeit gegenüber Washington

Der BRD-Imperialismus verfolgt somit in der gegenwärtigen Auseinandersetzung innerhalb des westlichen Lagers ein doppeltes Ziel: einmal will er sicherstellen, daß „die Bündnissolidarität“ keinen Schaden leidet, weil er sich darüber im klaren ist, daß er seine spezifischen Expansionsinteressen (z.B. auch seine nach wie vor vorhandenen Ambitionen gegenüber der DDR, die in Formeln wie vom „Offenhalten der deutschen Frage“ zum Ausdruck kommen) nur in diesem und vermittels dieses Bündnisses durchsetzen kann; zweitens soll diese Harmonisierung des Bündnisses auf eine Weise erfolgen, bei der die erreichte internationale Position der BRD unangetastet bleibt und möglichst noch ausgeweitet wird.

Während sich die USA unter R. Reagan anschicken, ihre ausgehöhlte Hegemonierolle im westlichen Lager zu restaurieren, gilt es in Bonn und anderen westeuropäischen Hauptstädten bereits als ausgemacht, daß die USA künftig den Westeuropäern ein **gleichberechtigtes Mitspracherecht** bei weltpolitischen Entscheidungen einräumen müssen.

Zu diesem Zweck wird von dieser Seite immer wieder das **Konzept der „Arbeitsteilung“** und die Forderung nach der Errichtung neuer Koordinations- und Konsultationsmechanismen zur Sprache gebracht.¹² Hierdurch soll gewährleistet werden, daß die der westeuropäischen Interessenlage entsprechenden Vorstellungen einer Ausweitung des Sicherheitsbegriffs auf wirtschaftliche Aspekte zum Tragen kommen, wobei aber auch an eine stärkere Beteiligung Westeuropas an **Krisenlösungsstrategien in der Dritten Welt** gedacht ist.

Folgende Bemerkungen des NATO-Beraters W. Woyke sind



in diesem Zusammenhang sehr aufschlußreich: „Gerade in diesem Bereich (gemeint ist der Bereich der außenwirtschaftlichen „Sicherheitspolitik“ gegenüber der Dritten Welt, wo zahlreiche unterschiedliche Wirtschaftsinteressen zwischen den USA und Westeuropa vorliegen; d. Verf.) kann das Konzept der Arbeitsteilung innerhalb der Atlantischen Allianz vorgenommen werden. Angesichts größerer Abhängigkeitsstrukturen der Westeuropäer muß auch eine andere Vorgehensweise erfolgen. Bereits Mitte der 70er Jahre wurde das Konzept der Arbeitsteilung vorgenommen, als EG-Europa mit seiner finanziellen Unterstützung für Portugal und Spanien und den beschleunigten Beitrittsverhandlungen mit Griechenland praktisch eine Komplementärfunktion für die NATO erfüllte und zur Stabilisierung der durch innergesellschaftliche Probleme hochgradig gefährdeten Südflanke der NATO massive Unterstützung zukommen ließ. Solch ein Konzept der Arbeitsteilung muß in den 80er Jahren stärker praktiziert werden.“

Konfrontationszeichen gegen die Dritte Welt

Einmal müssen aufgrund ihrer gewachsenen Volkswirtschaften die Europäer einen stärkeren Anteil an den Verteidigungsanstrengungen des gesamten Westens tragen und für die USA Reserven schaffen, die zum Beispiel am Persisch-Arabischen Golf bedeutsam sein könnten. Zweitens kann die zunehmende Bedeutung der EG als weltpolitischer Faktor gerade im Versuch einer Lösung der Nah-Ost-Krise und der Konflikte im Golf genutzt werden. Schließlich können die EG-Länder in der Dritten-Welt-Politik aufgrund historischer Bindungen eine von den USA unterschiedliche Politik betreiben, ohne daß der Gesamtstrategie geschadet wird.“¹³ Auch in der Frage der Schnellen Eingreiftruppe der USA solle Westeuropa einen spezifischen Beitrag anbieten, damit die spezifisch westeuropäischen Interessen mit von der Partie bleiben. „Aus europäischer Sicht ist es notwendig“, heißt es in einem im Februar 1981 vorgelegten Gutachten der vier außenpolitischen Institute der BRD, Frankreichs, Großbritanniens und der USA (dessen Positionen sozusagen einen offiziellen Kompromiß zwischen den USA und Westeuropa darstellen), „durch ein direktes Engagement (in einer Eingreiftruppe für den Nahen und Mittleren Osten; d. Verf.) zu gewährleisten, daß solche Vorkehrungen auf geteilte Verantwortung und wirklich kollektive Entscheidungsprozesse gegründet werden.“¹⁴

Nach diesen Vorstellungen soll zwar die Hauptlast für die Aufstellung einer Schnellen Eingreiftruppe auf die USA entfallen, die Westeuropäer jedoch mit einem „gewissen persönlichen und materiellen Beitrag“ vertreten sein (vor allem durch Großbritannien und Frankreich) und logistische Unterstützung bereitstellen (die BRD tut dies bereits). Ferner solle man sich um die Verstärkung westlicher Stützpunkte in der Region bemühen und durch Beibehaltung der eigenen (europäischen) Militäranstrengungen in Europa (auch hier ist wiederum der spezielle Beitrag der BRD wichtig) die Möglichkeit schaffen, daß US-amerikanische „Ressourcen“ für den Nahen und Mittleren Osten freigesetzt werden.

Was die seit langem immer wieder diskutierte Ausweitung des NATO-Vertragsgebiets in die südliche Halbkugel betrifft, so solle das westliche Bündnis „das Verfahren gemeinsamer Bewertung und Konsultation auf solche Vorgänge in der dritten Welt erweitern, die unmittelbar Sicherheitsinteressen ihrer Mitgliedsstaaten berühren“.

Betrachtet man die seit Veröffentlichung dieses offiziellen Gutachtens verstrichene Zeit, so wird man feststellen, daß eine ganze Reihe der darin genannten Punkte bereits verwirklicht sind, während andere von den USA im Alleingang durchgeführt wurden.

Auch in der Dritte-Welt-Politik der Bundesrepublik, die bislang noch sehr stark von integrationistischen Vorstellungen getragen war, machen sich Tendenzen bemerkbar, die in das Klima der von den USA angefachten globalen Konfrontation hineinpassen.

Mit seinen Milliardenbeträgen für die reaktionäre Militärdiktatur in der Türkei und seinen Schwerpunkthilfen für Ägypten sowie für Pakistan hat Bonn gezeigt, daß es bereit ist, seine finanzielle Unterstützung für die Dritte Welt wieder stärker nach strategischen Gesichtspunkten im imperialistischen Gesamtinteresse einzusetzen. Auch die Hilfe für Nicaragua soll nach den Vorstellungen von Minister Rainer Offergeld gestrichen werden, falls sich die sandinistische Revolution zu weit nach links entwickelt.¹⁵ Nach El Salvador sollen nach den Vorstellungen von Außenminister H.D. Genscher wieder Hilfsgelder fließen und ein bundesdeutscher Botschafter entsandt werden (obwohl dies innerhalb der Regierung nicht unumstritten ist). Mit der bevorstehenden Liberalisierung der Waffenexporte will sich die BRD noch stärker als bisher in die Militarisierung der Dritten Welt einschalten.

Und mit der bislang vorgesehenen überproportionalen Steigerung des Entwicklungshilfeetats ist es auch vorbei, wenn man registriert, daß bereits für 1981 zwar nicht die absolute Höhe der Ausgaben, wohl aber die Verpflichtungsermächtigungen, die für die zukünftige Höhe des Etats weichenstellend wirken, kräftig gekürzt wurden. Mit den Interessen der demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik hat alles dies freilich wenig zu tun, wohl aber mit den Expansionsbestrebungen des westdeutschen Großkapitals, dessen Rolle auch in der gegenwärtigen konfrontativen Weltlage bewahrt und befördert werden soll.

Anmerkungen:

- 1) W. Woyke, Westeuropäisch-amerikanische Beziehungen in der Krise?, in: NATO-Brief, Nr. 5/1981, S.17
- 2) M. Görtemaker, Tendenzwende in der deutschen Außenpolitik? Bonn hat keine Alternativen, in: Die Zeit, 4.12.1981
- 3) Vgl. K. Steinhaus, Auferstehung einer Großmacht? Zum Problem der Kontinuität des „alten“ und „neuen“ deutschen Imperialismus, Köln 1980, S.92
- 4) Nach: G. Kade, Wer bedroht uns?, Köln 1981, S.12 und W. Perdelwitz/H. Bremer, Geisel Europa, Westberlin 1981, S. 138/139
- 5) W. Bittorf (Hg.), Nachrüstung. Der Atomkrieg rückt näher, Reinbek bei Hamburg 1981, S.115
- 6) Ebenda, S.96
- 7) Ebenda, S.115
- 8) W. Woyke, Westeuropäisch-amerikanische Beziehungen in der Krise?, a.a.O., S.17
- 9) Siehe u.a.: Die Neue, 28.11.1981
- 9a) Vgl. dazu: K. Steinhaus, Auferstehung einer Großmacht, a.a.O.
- 10) R. Kühnl, Die Welt zu Beginn der 80er Jahre, Heilbronn 1981, S.38
- 11) N. Pasti, Dichtung und Wahrheit in amerikanischen Rüstungsvergleichen, in: G. Kade, a.a.O., S.136
- 12) So z.B. auch ein „Die Sicherheit des Westens – Neue Dimensionen und neue Aufgaben“ betiteltes Gutachten, das die vier außenpolitischen Institute Council of Foreign Relations (New York), das Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik (Bonn), das Institut Français des Relations Internationales (Paris) und das Royal Institute of International Affairs (London) am 25.2.1981 der Öffentlichkeit vorstellten. Es handelt sich um Institute, die im Regierungsauftrag Politikberatung machen und in deren Aufsichtsgremien jeweils Schlüsselfiguren aus dem politischen und wirtschaftlichen Establishment der jeweiligen Staaten sitzen. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung, die am 26.2.1981 Auszüge aus diesem Gutachten veröffentlichte, kommentierte dies mit den Worten: „Man darf annehmen, daß das, was die Direktoren der vier Institute ... formuliert haben, nicht abseits von Erwägungen ist, die andernorts angestellt werden.“
- 13) W. Woyke, Westeuropäisch-amerikanische Beziehungen in der Krise?, a.a.O., S.19
- 14) Nach: FAZ, 26.2.1981
- 15) Vgl. Frankfurter Rundschau, 25.11.1981; Die Neue, 21.11.1981

AIB-Umfrage bei Befreiungsbewegungen, Friedens-, Solidaritätsbündnissen und Friedens- und Befreiungskampf – ein Gegensatz?

Der beeindruckende Stärkezuwachs und die Breite der bundesdeutschen Friedensbewegung manifestierten sich mit der Friedensdemonstration der 300.000 vom 10. Oktober 1981 in Bonn. An ihr beteiligten sich auch die verschiedensten Gruppierungen der antiimperialistischen Solidaritätsbewegung, so zum Südlichen Afrika, zu El Salvador/Mittelamerika usw., sichtbar an ihren spezifischen Transparenten und eigenen Informationsständen. Auch die prominentesten Befreiungsbewegungen der Dritten Welt unterstützten die Bonner Demonstration. Sie erarbeiteten eine gemeinsame Stellungnahme, die Tony Sedat, der Vertreter des Afrikanischen Nationalkongresses Südafrikas (ANC), ursprünglich auf der Abschlußkundgebung vortragen sollte. Wegen Einwänden der Veranstalter gegen die Erwähnung der Palästinafrage bzw. der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) kam es nicht zum Verlesen dieser gemeinsamen Erklärung der 6 Befreiungsbewegungen.

Unseres Erachtens geht es darum, die Sichtweise beider Seiten zur Kenntnis zu bringen, sind sie doch beide von der gegenwärtigen globalen Konfrontation hautnah betroffen und um das Herausfiltern ihrer realen Interessengemeinsamkeiten bemüht. Eben dies, die Versachlichung und Förderung des Dialogs zwischen bundesdeutscher Friedensbewegung einerseits, Befreiungsbewegungen und Solidaritätsbewegung andererseits, ist auch das Anliegen unserer AIB-Umfrage „Friedens- und Befreiungskampf – ein Gegensatz?“. An Vertreter repräsentativer Friedens- und Solidaritätsbündnisse richteten wir daher dieselben drei Fragen wie an die Bonner Repräsentanten der Befreiungsbewegungen ANC, Tony Sedat, und der salvadorianischen Revolutionär-Demokratischen Front/Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti (FDR/FMLN). Geantwortet haben ferner Peter Wahl, Sekretariatsmitglied des Antiimperialistischen Solidaritätskomitees (ASK) und die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB). Schließlich bezogen drei der repräsentativsten Friedensbündnisse Position: für die Veranstalter der Bonner Demonstration die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF; Mitglieder sind u.a. die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, Christlicher Friedensdienst, Weltfriedensdienst) deren Geschäftsführer Ulrich Frey; aus dem Kreis der Initiatoren des Krefelder Appells Christoph Strässer (ehemals Vorsitzender der Jungdemokraten); und Achim Maske für das Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit in Europa (KOFAZ).

AIB-FRAGE 1:

Sehen Sie bedeutsame Interessengemeinsamkeiten zwischen der Friedensbewegung Westeuropas bzw. der USA einerseits, und den Völkern und Befreiungsbewegungen der sog. Dritten Welt (Asiens, Afrikas und Lateinamerikas) andererseits? Wie ordnen Sie in dies Verhältnis von Friedens- und Befreiungskampf den NATO-Atomraketenbeschluß vom 12.12.1979 und die Reagan-Direktive zur Produktion von Neutronenwaffen ein?

ULRICH FREY (AGDF): Es gibt bedeutsame Interessengemeinsamkeiten zwischen der Friedensbewegung in Westeuropa und in den USA einerseits und den Völkern und den Befreiungsbewegungen der sog. Dritten Welt andererseits. Die Gemeinsamkeiten liegen darin, das gemeinsame Überleben aller Völker auf dieser kleinen Erde in Frieden und Freiheit sichern zu helfen.

Gefährdet ist dieses Überleben durch zunehmende Waffenexporte aus den Industriestaaten, also aus Nordamerika und Europa, in die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Dadurch gehen den sog. „Entwicklungsländern“ die Ressourcen verloren, die sie zum Aufbau ihrer Wirtschaft benötigen. Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Entwicklungshilfegelder z.B. aus den westlichen Industriestaaten nicht im entferntesten die Verluste aus den Rüstungsexporten ausgleichen.

Ein weiteres gemeinsames Interesse ist, die militärische „Friedenssicherung“ durch eine politische Friedenssicherung zu ersetzen, um die Gefahr einer militärischen Konfrontation zu verringern, die z.B. infolge von Streitigkeiten im Nahen Osten ausbrechen könnte und die dortigen Länder einbeziehen würde.

In diesem Zusammenhang sind der NATO-Beschluß vom 12.12.1979 und die Aufnahme der Produktion von Neutronenwaffen schädlich, weil sie nicht geeignet sind, das Niveau der militärischen Gewaltandrohung in der Welt zu senken. Die Länder der „Dritten Welt“ werden durch das Beispiel der Industrieländer in Ost und West immer mehr gezwungen, die eigenen militärischen Kapazitäten zu erweitern.

CHRISTOPH STRÄSSER (Krefelder Appell): Die Aufrüstungspolitik insbesondere der USA trifft den Lebensnerv Europas wie auch der Befreiungsbewegungen, die gegen Unterdrückung und Verweigerung der elementarsten Menschenrechte kämpfen. Daraus ergibt sich zwangsläufig die Verbindung der Friedensbewegung mit den Kräften, die um ihre Freiheit kämpfen.

Hierfür nur 2 Argumente:

Zum einen weiß jeder, daß mit den Milliarden, die für die Produktion der neuen Waffen ausgegeben wurden und werden, die ehemaligen und jetzigen Kolonialmächte ihre grundlegendsten Verpflichtungen gegenüber der „Dritten Welt“ erfüllen könnten. Zweitens ist festzustellen, daß der NATO-Beschluß als auch die Entscheidung zum Bau der Neutronenbombe keine isolierten Schritte, sondern im Rahmen einer globalen amerikanischen Strategie zur Wiederherstellung der Weltmacht Nr. 1 anzusehen sind. Dies belegen die Aufstellung der „Rapid Deployment Force“ (Schnellen Eingreiftruppe der USA; d. Red.) und noch deutlicher die Bedrohung Kubas, die unverhohlene Einmischung in die inneren Angelegenheiten Nikaraguas und die offene – auch mit neuen Waffenlieferungen versehene – Unterstützung mittelamerikanischer Diktaturen, am eklatantesten sichtbar in El Salvador.



Bonn, 10. 10. 1981: Größte Demonstration in der BRD-Geschichte

ACHIM MASKE (KOFAZ): Es geht, glaube ich, um das gleiche Ziel: eine Welt ohne Krieg in der auch die Kriegsursachen beseitigt sind, in der die Völker gleichberechtigt zusammenleben und zusammenarbeiten und ihre inneren Probleme selbst lösen; demokratisch, im Interesse der Völker, ohne Unterdrückung. Doch bis dahin ist ein langer Weg. Heute verhungern Millionen in den Entwicklungsländern. Dortige Diktaturen werden unterstützt, um fremde Rohstoffvorkommen auszubeuten oder soziale Verhältnisse zu konservieren, die ein besonders profitables Operieren westlicher, vor allem multinationaler Großkonzerne in diesen Ländern erlauben. Solange dies so bleibt, bleibt der Frieden gefährdet.

Durch den NATO-Raketenbeschluß, d.h. die Absicht ab 1983 zielgenaue „Erstschlagswaffen“ unmittelbar vor der Haustür der UdSSR zu stationieren, entsteht eine äußerst gefährliche Situation. Die US-Regierung hat praktisch die ganze Welt zu ihrem Interessengebiet erklärt und scheint bereit zu sein, in regionale Konflikte auch militärisch einzugreifen. Ein Krieg im Nahen Osten, den die USA mit ihrer mobilen Eingreiftruppe führen, würde außerordentlich leicht zu einem Atomkrieg eskalieren können. Die UdSSR und einige Staaten der Region haben gegenseitige vertragliche Verpflichtungen und bei 5 Minuten Flugzeit der Pershing II Raketen vom Niederrhein, der Pfalz oder Bayern aus nach Moskau ist es unmöglich, militärische Aktionen und Reaktionen abzuwägen und darüber zu verhandeln. Selbst wenn niemand den Atomkrieg wollte, könnte er leicht durch Mißverständnisse oder Fehlreaktionen beginnen. Eine Politik der militärischen Intervention und Konfrontation fordert dies heraus.

In diesem Zusammenhang steht auch die Produktion der Neutronenwaffen. Diese Waffen sollen den atomaren Blitzkrieg führbar machen. Truppen des Gegners sollen in Gebieten vernichtet werden, die für eigene Verbände passierbar bleiben sollen. Dies sind keine Waffen zur „Abschreckung“ mehr. Es ist natürlich nicht auszuschließen, daß sie in Ländern der „Dritten Welt“ eingesetzt werden könnten.

PETER WAHL (ASK): Die Völker der Welt sind heute älsam betroffen von dem globalen Konfrontationskurs der herrschenden Kreise der USA. Die von der Reagan-Administration ausgehende Atomkriegsgefahr rührt an die Lebensinteressen der Völker Europas, der USA und der Dritten Welt insofern gemeinsam, als sie bei einem atomaren Schlagabtausch zwischen NATO und Warschauer Pakt alle von Vernichtung bedroht wären. Während für die „Geisel Westeuropa“ der NATO-Beschluß zur Stationierung eines Systems neuer atomarer US-Mittelstreckenraketen die unmittelbare Existenzbedrohung ausmacht, sehen sich die progressiven Regimes und Befreiungsbewegungen der Dritten Welt dem Militärinterventionismus Washingtons gegenüber. Die US-„Kriegsspiele“ gegen El Salvador, Nikaragua, Kuba oder Libyen, die Aufstellung einer US-Eingreiftruppe u.a.m. demonstrieren bereits, daß die Regierung Reagan es mit ihrer Androhung militärischer Gewalt gegen den Befreiungskampf der Völker Ernst meint.

Das Nein zur US-Produktion von Neutronenwaffen ist der westeuropäischen Friedensbewegung mit den Befreiungsbewegungen bzw. der Dritten Welt gemeinsam. Als mobile Angriffswaffe, die Menschen „versaftet“ und Anlagen unversehrt läßt, ist sie nicht nur für den Einsatz in Europa, sondern auch zur imperialistischen Eroberung fremder Rohstoffquellen oder zur Anti-Guerillakriegführung geeignet. Eine perverse Bedrohung für beide Seiten also.

Das von der Reagan-Administration forcierte Wettrüsten bringt noch eine weitere schwere Bürde für die Völker der Dritten Welt wie die Westeuropas bzw. der USA mit sich: Dringend benötigte Mittel zur

Überwindung von Unterentwicklung, Hunger und Armut werden in die Hochrüstung verpulvert, münden in den kapitalistischen Hauptländern in einen drastischen Sozialabbau.

ANTI-APARTHEID-BEWEGUNG (AAB): Der Weltfrieden ist nicht nur eine Sache des „europäischen“ Ost-West-Konflikts. Er ist nicht nur bedroht, wenn in Westeuropa neue US-Raketen installiert werden – sondern auch durch die Unterdrückung und Ausbeutung der schwarzen Bevölkerungsmehrheit durch das weiße Rassistenregime in Südafrika und dessen militärische Angriffe auf die Nachbarländer. Als eines der in Afrika am stärksten gerüsteten Länder (der Militärbudgets Südafrikas für 1981/82 wird um mehr als 30% gesteigert) führt Südafrika eine Politik der militärischen Stärke und der verbrannten Erde durch, die in einen 3. Weltkrieg münden kann.

Im Januar 1976 ermächtigte sich das weiße Regime in Südafrika im „Defence and Amendment Act“, in jedes Land südlich des Äquators einzudringen, welches es als Bedrohung seines Apartheid-Systems betrachtet. Dazu will Pretoria auch Atomwaffen einsetzen.

Ohne die Unterstützung westlicher Staaten könnte das rassistische Minderheitsregime in Südafrika nicht überleben. Zu seinen stärksten Stützen gehört die Bundesrepublik Deutschland.

Seit Beginn der 80er Jahre setzt insbesondere die US-Regierung auf eine Politik der Stärke; auch die Mehrheit der anderen NATO-Staaten folgt tendenziell diesem Weg unter Aufgabe der begonnenen Entspannungsbemühungen.

Die Entscheidung Reagans zum Bau der Neutronenbombe vom 6. August 1981, dem Jahrestag des Abwurfs der Atombombe der USA über Hiroshima im Jahre 1945, betrifft auch direkt die um ihre Freiheit und Unabhängigkeit kämpfenden Völker in Afrika, Asien und Lateinamerika, denn in den Augen z.B. der Apartheidverfechter kann es nichts Idealeres geben als diese mobile Angriffswaffe, die Menschen, „Terroristen“, vernichtet, ohne dabei profitierenden Sachschaden anzurichten.

TONY SEDAT (ANC Südafrikas): Den massiven Demonstrationen von Europäern gegen die Stationierung nuklearer Waffen in ihren Ländern, gegen die Produktion der Neutronenbomben und gegen den Wahnsinn der Waffenproduktion sowie den Demonstrationen gegen steigende Arbeitslosigkeit in Europa und den Vereinigten Staaten nach zu urteilen, liegt es auf der Hand, daß die Menschen an der Basis eine Fortsetzung dieses Kurses gegen ihren Willen nicht mehr hinnehmen wollen. Die unterschiedslose, zumal politisch motivierte Belieferung solcher Länder wie Südafrika mit technologischem Know-how und Materialien erfordert, daß die Befreiungsbewegungen, ob nun in Asien, Lateinamerika oder Afrika, Teil der weltweiten Friedensbewegung werden.

Dem hinzuzufügen sind die direkte Intervention und Einmischung der USA im Nahen und Mittleren Osten – die zunehmenden Waffenlieferungen an Marokko, die militärischen Übungen, die Aufstellung einer Eingreiftruppe –, die direkte Intervention in El Salvador, die Ermütigung und Unterstützung der südafrikanischen Intervention in Angola vom illegal besetzten Namibia aus sowie die Ermunterung für Südafrikas Destabilisierungspolitik im Südlichen Afrika und darüber hinaus auf den Seychellen. Dies sind nicht nur für die Länder der Dritten Welt Gründe, sich in die Friedensbewegung einzureihen, sondern auch für die Befreiungsbewegungen selbst Gebot, sowohl ihre Kontakte als auch ihre Rolle in dieser Angelegenheit von Leben und Tod zu verstärken.

Es wäre unsererseits ein Fehler anzunehmen, ein zukünftiger Krieg bliebe auf Europa begrenzt. Südafrika, dieses rassistische und faschistische Regime, wird alles in seiner Macht stehende unternehmen, die Interessen seiner Minderheit und die seiner imperialistischen Helfer zu wahren. Dank der Hilfe des Westens haben sie nukleare Waffen produziert oder das Potential dazu. Sie sinnen über die Neutronenbombe nach. Diese Waffe ist nicht nur zum Gebrauch in Europa geeignet, sondern auch im besonderen zweckmäßig zur Anwendung gegen Befreiungsbewegungen und gegen von deren Truppen besetzte Gebiete. Sie könnte gegen die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) und den ANC sowie in der Tat gegen die benachbarten sog. Frontstaaten zum Einsatz kommen. Sie könnte gegen die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas benutzt werden.

FDR/FMLN (El Salvador): Der Frieden in Mittelamerika, auf dem Kontinent und in der Welt wird von der aggressiven und unnachgiebigen Politik der Reagan-Administration gefährdet. Ihr Verhalten hat die Möglichkeit eines Krieges in der Region beschleunigt und macht eine internationale militärische Konfrontation absehbar.

Die Aggressionsdrohungen gegen El Salvador, Nikaragua und Kuba, die der Außenminister der Vereinigten Staaten, Alexander Haig, ausgesprochen hat, sind aktueller Beweis dieser wahnsinnigen und fanatischen Politik, die auf diesem Weg den Sieg des salvadorianischen Volkes über seine Unterdrücker verhindern will und die Rettung einer blutigen Diktatur vor hat, die nikaraguanische Revolution zu destabilisieren sowie den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritt Kubas zu zerstören versucht.



AIB-FRAGE 2:

Die Durchsetzung welcher Ziele im Kampf gegen den Reagankurs halten Sie für vordringlich? Welche Kooperationsmöglichkeiten sehen Sie dabei für die westeuropäische Friedensbewegung und die Befreiungsbewegungen bzw. Länder der Dritten Welt?

ULRICH FREY (AGDF): Auf unserer Seite halten wir es gegenwärtig für vordringlich, gegen die Liberalisierung von Rüstungsexporten und gegen den Mißbrauch von Ressourcen aus der Dritten Welt für Rüstungszwecke hier bei uns zu kämpfen.

Wir sollten im gemeinsamen Interesse mit den Befreiungsbewegungen dazu beitragen, die Ursachen von militärischen Auseinandersetzungen in der „Dritten Welt“ und die Ursachen der bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den Befreiungsbewegungen und ihren Gegnern abzubauen zu helfen. Wir sollten uns bemühen, für die legitimen Anliegen der Befreiungsbewegungen und der zugrundeliegenden Probleme bei uns Verständnis zu wecken. Das tun wir bereits seit einigen Jahren mit den uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten gewaltfreien Handelns (Unterstützung der betroffenen Bevölkerung oder von Bevölkerungsgruppen vor Ort, durch Kontakte zu diesen Gruppen über Freiwillige unserer Organisationen, durch Geldsammlungen und durch Öffentlichkeitsarbeit).



Ch. Strässer, Mitinitiator des Krefelder Appells; Symbol der salvadorianischen Befreiungsfront FMLN

CHRISTOPH STRÄSSER (Krefelder Appell): Für die Friedensbewegung die nach wie vor wichtigste Aufgabe ist die Verhinderung der Stationierung neuer amerikanischer Raketen in Europa. Davon darf sie sich nicht ablenken lassen.

Darüber hinaus gilt es aufzuzeigen, daß die Politik der amerikanischen Administration lebensbedrohend wird, und zwar nicht für uns Europäer, sondern insbesondere auch für das Überleben derjenigen Kräfte in aller Welt, die sich aus dem Einflußbereich der USA lösen wollten und gelöst haben.

In dieser Frage der Eigenständigkeit, der Entwicklung freiheitlicher eigenständiger Strukturen sitzen wir alle in einem Boot. Die Waffen, die gebaut werden und vorhanden sind, dienen nämlich nicht zuletzt der Absicherung der amerikanischen Interessensphäre, und es scheint, als seien sie bereit, diese mit allen Kräften zu verteidigen, ja im Interesse der neue Rohstoffquellen, neue Absatzmärkte suchenden Wirtschaft noch auszudehnen.

Hier ist eine enge Kooperation der europäischen und amerikanischen Friedensbewegung mit Befreiungsbewegungen wichtiger denn je.

ACHIM MASKE (KOFAZ): Die US-Regierung muß zum Verzicht auf solche Waffen gezwungen werden, die gemäß ihren technischen Eigenschaften zur Führung eines Atomkrieges geeignet sind, also solche „Erstschlagswaffen“ wie Pershing II, Cruise Missiles, MX und Trident II Raketen usw. Das Konzept des „begrenzten Atomkrieges“ muß weltweit verurteilt werden. Die USA müssen gezwungen werden, ihre Drohung mit militärischer Intervention durch die Mobile Eingreiftruppe und ihre anderen rund um den Globus operierenden Streitkräfte zu beenden im Interesse der Völker der „Dritten Welt“, aber auch im Interesse unseres Volkes oder der Bevölkerung der USA selbst. Denn Kriege in irgendeinem Teil der Welt können sehr leicht eskalieren. Deshalb ist Solidarität mit den Befreiungsbewegungen und Ländern der „Dritten Welt“ keine „Mildtätigkeit“, sondern zugleich Verteidigung des eigenen Lebens. Zusammenarbeit, die diese Solidarität praktisch sichtbar macht, die unserer Bevölkerung z.B. deutlich macht, wie in El Salvador „die Freiheit“ verteidigt wird, stärkt unseren Friedenskampf und kann dem Volk von El Salvador helfen.

PETER WAHL (ASK): Die westeuropäische Friedensbewegung und die Völker der Dritten Welt haben ein elementares Interesse daran, daß die geplante Stationierung von atomaren US-Mittelstreckenraketen in Westeuropa und Ostasien (Japan, Südkorea) verhindert, die Neutronenwaffen geächtet und globale Abrüstungsschritte eingeleitet werden.

Sie müssen den Interventionsaktivitäten und -drohungen Washingtons und seiner Verbündeten weltweiten Widerstand entgegensetzen, sei es in El Salvador, dem Südlichen Afrika oder dem Nahen und Mittleren Osten. Vordringlich erscheint uns im Augenblick die Schaffung einer antiinterventionistischen Front zu Mittelamerika/Karibik, um die von der US-Regierung offen verkündeten Kriegspläne gegen die Völker El Salvadors, Nikaraguas und Kubas zu durchkreuzen.

Eng kooperieren können Friedens- und Befreiungsbewegung ferner im Ringen um die Kürzung der Rüstungsetats zugunsten sozialer Aufwendungen für die Hungernden und Unterprivilegierten. Kooperieren müssen beide Seiten im Kampf gegen die Ausweitung der Waffenexporte in die Dritte Welt, besonders in Spannungszentren (Mittlerer Osten!) oder an volksfeindliche Diktaturregimes. Allerdings: Die unterdrückten Völker haben das unveräußerliche Recht, sich mit allen Mitteln einschließlich des bewaffneten Kampfes gegen die Kriegsmaschinerien ihrer Unterdrücker zu verteidigen, sei es in Südafrika, El Salvador, Palästina oder der Westsahara.

ANTI-APARTHEID-BEWEGUNG (AAB): Bezüglich Südafrika bedeutet die neue Politik der US-Regierung eine offene Parteinahme für die südafrikanischen Rassisten. Der Kampf gegen die Interessensvertreter in den USA, der Bundesrepublik u.a. westlichen Staaten, die Rassismus und Ausbeutung im Südlichen Afrika unterstützen, bedeutet gleichzeitig Kampf gegen die Kräfte, die einen atomaren Krieg in Europa „führbar“ machen wollen. Die Erfolge der Befreiungsbewegungen im Südlichen Afrika engten bzw. engen den Einfluß der friedensbedrohenden Kräfte ein.

TONY SEDAT (ANC Südafrika): Wir betrachten die in der Friedensbewegung aktiven Menschen ebenso wie die Friedensbewegung als unsere natürlichen Verbündeten. So wie sie von ihnen auf die Gefahren, welche der Rüstungswettlauf in Europa geschaffen hat, aufmerksam gemacht wurde, ist es unsere Pflicht und die der Friedensbewegung zu erkennen, daß der nukleare Holocaust nicht notwendigerweise in Europa beginnen muß. Ein Atomkrieg kann im Südlichen Afrika, im Mittleren Osten und in jeder anderen sog. Spannungszone in der Welt ausgelöst werden. Darum ist es – neben dem Kampf gegen die Friedensbedrohung in Europa – geboten, zum Ziele der Ausrottung von Spannungen, wo in der Welt sie auch bestehen mögen, beizutragen und dafür zu kämpfen.

Seit Reagan und seinen Weinbergers, Stockmans, Haigs usw. wurden die oben erwähnten Spannungen systematisch und vorsätzlich verschärft. Jedem rechtsgerichteten oder faschistischen Regime in der Welt wurde bedeutet, sich nicht um Menschenrechte zu sorgen. Überall in der Welt haben sie „die Hand von Kuba, Libyen oder der Sowjetunion usw. entdeckt, und unter diesem Vorwand bewaffnen sie alle reaktionären Regimes der Welt. Andererseits haben auch diese ihre unheilvollen Aktivitäten verstärkt, und sind sowohl direkt als auch indirekt in Angriffe gegen progressive Staaten überall auf der Welt verwickelt.

Im Südlichen Afrika sind die Vereinigten Staaten direkt in die Entwicklung südafrikanischer Atomwaffen verwickelt. Angesichts ihrer hochentwickelten Aufklärungstechniken wußten die USA sehr wohl von der Invasion des Botha-Regimes und seinen Angriffen gegen Angola. Sowohl der Westen als auch die USA sind sich der Ausbildung von bereits in Moçambique im Einsatz befindlichen Söldnern bewußt, und diese sind auf einen Einmarsch in Zimbabwe und andere benachbarte Länder vorbereitet.

Bisher tut man nichts, um das faschistische Regime davon abzuhalten. Stattdessen, und ohne Berücksichtigung der SWAPO von Namibia, bereiten sie aktiv einen „Ausverkauf“ zugunsten Südafrikas vor. Die südafrikanische Kriegsmaschinerie wird direkt und indirekt durch die USA und westeuropäische Staaten versorgt. Diese Länder ignorieren völlig den Ruf des südafrikanischen Volkes, Afrikas und des hervorragendsten Teils der Welt, Sanktionen gegen das Regime zu richten.

Es ist darum für die Friedensbewegung in Europa und in den USA, die gegen Sozialabbau und gegen die Verarmung der Menschen kämpfenden Bewegungen absolut notwendig, sich mit den Befreiungsbewegungen und allen progressiven Kräften und Staaten in der Dritten Welt zu vereinen und gemeinsam mit ihnen die zu bekämpfenden, die entschlossen sind, Europa zu einem Pulverfaß zu machen.

FDR/FMLN (El Salvador): Wir sind überzeugt, daß wir die Intervention der USA und anderer Länder aufhalten können, wenn wir einem Dialog Raum geben und damit dem bewaffneten Konflikt ein Ende setzen und dazu beitragen, die Kriegsgefahr von der Region fernzuhalten.

Wir glauben, daß es keine Hürden, noch Ideologien oder politische Ansichten gibt, die uns daran hindern können eine politische Lösung des internen Konflikts im Land zu finden.

Am 7. Oktober schlugen wir vor den Vereinten Nationen durch die Vermittlung des Kommandanten Daniel Ortega, Koordinator der Nationalen Junta für den Wiederaufbau Nikaraguas, vor, Friedensgespräche mit der salvadorianischen Regierung ohne Vorbedingungen zu führen. Unser Vorschlag (siehe AIB 1/1982, S. 3ff.; d. Red.) wurde von der Militärjunta zurückgewiesen.

Wir sind der Überzeugung, daß sowohl der Frieden in der Region, wie der Weltfrieden durch eine Lösung des Konflikts in El Salvador gestärkt würde. Unsere Sache ist gerecht und ein stabiler Friede kann nur über die Beseitigung derjenigen Gründe erreicht werden, die das Volk von El Salvador zum Kampf gezwungen haben.

AIB-FRAGE 3:

Welche Erwartungen knüpfen Sie dabei an die Regierung in Bonn? Haben Sie bestimmte Kernforderungen formuliert, die sich an die Adresse der Bundesregierung Schmidt/Genscher richten?

ULRICH FREY (AGDF): Unsere Forderungen an die Bundesregierung sind in dem Aufruf zum 10. Oktober 1981 enthalten. Außerdem haben wir uns in Einzelfällen direkt an die Bundesregierung gewandt.

CHRISTOPH STRÄSSER (Krefelder Appell): Die Forderung des „Krefelder Appells“ an die Bundesregierung ist nach wie vor eindeutig und auf ein Ziel ausgerichtet: Die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II und Cruise Missiles zurückzuziehen.

Die Erwartungen, die wir hier an die in Bonn knüpfen, sind sehr gering. Deshalb auch haben wir den Weg der Bürgerinitiative, der Unterschriftensammlung gewählt.

Nicht die Regierung in Bonn, sondern der massenhafte Bevölkerungswiderstand werden die Realisierung dieser lebensbedrohenden neuen Gefährdung unserer Sicherheit, unserer Überlebenschancen politisch verhindern.

ACHIM MASKE (KOFAZ): Reagan hat mit seiner Konzeption einer angeblichen Nulllösung für die Genfer Verhandlungen wie schon mit seinem Beschluß zur Produktion der Neutronenbombe deutlich gemacht, daß es sein Ziel ist, militärische Überlegenheit zu erlangen und von der Sowjetunion eine weitgehende atomare Abrüstung in Europa zu verlangen, ohne bereit zu sein, eine einzige der in Europa in großer Zahl vorhandenen Atomwaffen des Westens zur Disposition zu stellen. Bei einer solchen Verhandlungsposition kann man in Genf wohl keine Wunder erwarten. Deshalb muß die Bundesregierung gezwungen werden, ihre Zustimmung zur Stationierung von Atomraketen in der Bundesrepublik zurückzunehmen. Die von der NATO selbst formulierten Voraussetzungen (Ratifizierung von SALT II) sind nicht mehr gegeben.

Darüber hinaus muß die Bundesregierung ihre auch militärische Zusammenarbeit mit diktatorischen Regimes in der „Dritten Welt“ aufgeben und den Waffenexport einstellen. Aber sie muß auch die Praktiken bundesdeutscher Konzerne in der „Dritten Welt“ unterbinden und dafür sorgen, daß wirtschaftliche Zusammenarbeit zu beiderseitigem Nutzen erfolgt; nicht zur einseitigen Ausplünderung, sondern gerade zur wirtschaftlichen Entwicklung im Interesse der Völker. Dies liegt auch in unserem Interesse, sowohl als Beitrag zur Festigung des Friedens wie auch zukünftiger wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Hungernde Völker, denen Waffen aufgedrängt werden, haben kein Geld, um Traktoren oder Industrieanlagen in der Bundesrepublik zu kaufen.

PETER WAHL (ASK): Von der Bundesregierung kann nur dann etwas erwartet werden, wenn von unten Druck gemacht wird. Wir fordern von ihr eine eindeutige Absage an den Konfrontationskurs der Regierung Reagan, einen aktiven Beitrag zur Rekonsolidierung des Entspannungsprozesses. D.h. Eintreten für die Rücknahme des NATO-Atomraketenbeschlusses vom 12.12.1979, gegen die Neutronenwaffen, gegen die Aufstellung von Interventionstruppen und gegen die Konzessionslosigkeit Washingtons den Forderungen der Dritten Welt gegenüber.

Überdies gilt es, dem Anstieg bundesdeutscher Waffenexporte in die Dritte Welt und den gegenwärtigen Bestrebungen, die Rüstungsausfuhr-Bestimmungen zu „liberalisieren“, Widerstand anzusetzen. Wir sagen Nein zur militärisch-nuklearen Zusammenarbeit mit dem Rassenregime Südafrikas und zu den geplanten bundesdeutschen U-



Boot-Lieferungen an Chiles Faschistenregime. Bonn muß einen aktiven Beitrag zu politischen Lösung der Konflikte in El Salvador, dem Südlichen Afrika, Nahost usw. leisten!

ANTI-APARTHEID-BEWEGUNG (AAB): Die AAB bekämpft die offene Parteinahme der US-Regierung für das Rassenregime und die entgegen aller Dementis fortgesetzte militärisch-atomare und die wirtschaftliche, politische und kulturelle Zusammenarbeit zwischen deren Verbündeten, der Bundesrepublik Deutschland, und Südafrika. Sie fordert die vollkommene Isolierung des Apartheidregimes auf allen Gebieten und unterstützt die Befreiungsbewegungen im Südlichen Afrika, wobei sie eine engere Zusammenarbeit zwischen den Gruppen und Organisationen, die bisher ausschließlich zu Dritte-Welt-Fragen einerseits und Friedensfragen andererseits gearbeitet haben, anstrebt.

Der untrennbare Zusammenhang zwischen der Friedens- und Internationalismusproblematik muß in der Öffentlichkeit so stark verankert werden, daß auf der nächsten Friedensdemonstration oder -veranstaltung die Teilnahme eines Sprechers der „Dritten Welt“ eine Selbstverständlichkeit wird.

TONY SEDAT (ANC Südafrika): Unser Appell an die Friedensbewegung wäre, daß wir, je mehr wir übereinander wissen, desto mehr erkennen, daß unsere Probleme und unser Kampf sowohl miteinander verbunden sind, als auch Teil eines ganzen bilden. Laßt uns des anderen Kampf und Weg zum Sieg unterstützen und ergänzen!

Unser Appell richtet sich an die westdeutsche Regierung, der die Absichten der südafrikanischen Regierung und die von ihr angewandten Methoden wohlbekannt sind, das Volk Südafrikas in seinem Kampf gegen ein Regime zu unterstützen, welches von der internationalen Gemeinschaft verurteilt wurde. Wir fordern sie auf, unverzüglich, die Kollaboration im nuklearen Bereich zu beenden. Wir fordern sie auf, alle militärischen sowie anderen Lieferungen zu stoppen, die von den Faschisten gegen unser Volk eingesetzt werden. Wir fordern sie auf, alle ökonomischen und kulturellen Beziehungen abzubrechen.

Wir wollen, daß sie die Apartheid verurteilt. Wir wollen, daß sie Südafrikas Invasion nachbarlicher Territorien und seine Destabilisierungspolitik im Südlichen Afrika mißbilligt. Wir fordern sie auf, uns zu helfen, ein Blutbad und einen Holocaust zu verhindern, der nicht nur das Südliche Afrika und Afrika in Mitleidenschaft ziehen, sondern auch ernste internationale Auswirkungen haben wird. Wir möchten, daß sie Reagans Politik im Südlichen Afrika zu verhindern sucht und gegen sie aufsteht. Wir wollen, daß sie umfassende Hilfe für die Nachbarstaaten leistet. Wir wollen, daß sie die Befreiungsbewegungen ANC und SWAPO als die wahren Repräsentanten ihrer jeweiligen Völker anerkennt und sie direkt in ihrem Kampf gegen den Faschismus unterstützt.

FDR/FMLN (El Salvador): Wir fordern die Bundesregierung auf, sich dem Konzept einer globalen Lösung des französisch-mexikanischen Kommuniqué anzuschließen und sich für Friedensgespräche zwischen dem Bündnis FDR/FMLN und den zivilen und militärischen Vertretern der salvadorianischen Regierungsjunta einzusetzen, damit die Leiden des Volkes ein Ende finden und eine dauerhafte politische und demokratische Lösung auf der Grundlage der Selbstbestimmung eingeleitet werden kann, wie es vom Europäischen Parlament am 17. September 1981 beschlossen worden ist.

Aktions- und Materialspiegel

Aktionstips

Initiative Krefelder Appell

Zu den Initiatoren des auf dem Krefelder Forum am 15./16.10. 1981 verabschiedeten Krefelder Appells gehören Gert Bastian, Karl Bechert (+), Petra Kelly, Martin Niemöller, Helmut Ridder, Christoph Strässer, Gösta von Uexküll und Josef Weber. Der Krefelder Appell, der inzwischen die Unterschriften von über 2 Mio Bundesbürgern trägt, fordert von der Bundesregierung, „die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen“.

Das zweite Forum der Krefelder Initiative am 21.11.1981 in Dortmund forderte zur Fortsetzung dieser bislang breitesten Unterschriftenkampagne gegen den NATO-Raketenbeschluß von 1979 auf. Unterschriftenlisten und weitere Materialien können angefordert werden bei: Josef Weber, Amsterdamer Str. 64, 5000 Köln 60.

Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KOFAZ)

Das KOFAZ wurde 1974 gegründet, um verschiedene Friedensorganisationen sowie Einzelpersonen in der Bundesrepublik zur Koordinierung ihrer Tätigkeit in wichtigen Fragen des Friedenskampfes und zur Realisierung gemeinsamer Veranstaltungen zusammenzuführen.

Es wendet sich besonders gegen alle Versuche, durch neue Waffensysteme (Neutronenbombe, neue Mittelstreckenraketen) und durch ständige Erhöhung der Rüstungshaushalte, besonders im Rahmen des NATO-Langzeitprogramms, das Wettrüsten zu beschleunigen. Es ist der Auffassung, daß der politischen Entspannung die militärische folgen muß. Das KOFAZ organisiert Unterschriftensammlungen, Aktionskonferenzen, Seminare, Demonstrationen und verbreitet Informations- und Aufklärungsmaterialien. Bestellungen können angefordert werden unter der Adresse: Gottesweg 52, 5000 Köln 51.

Arbeitsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF)

Die AGDF ist eine Dachorganisation von 15 Friedensorganisationen in der Bundesrepublik und war zusammen mit der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste Veranstalter der Bonner Friedensdemonstration vom 10.10. 1981, an der über 300.000 Menschen teilnahmen. Über die AGDF können Bücher, Broschüren, Plakate, Plaketten und andere Materialien bezogen werden. Eine Materialliste ist zu bekommen bei: AGDF, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1.

Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG/VK)

Die DFG/VK ist als älteste bundesdeutsche Friedensorganisation dem Widerstand gegen jegliche Kriegsvorbereitungen, der Beseitigung aller Kriegsursachen mit ausschließlich gewaltfreien Mitteln und der Hilfe für Kriegsdienstverweigerer verpflichtet. Friede gilt ihr nicht im Sinne des traditionellen Pazifismus als Abwesenheit von Krieg, sondern als Realisierung weltweiter politischer, sozialer und wirtschaftlicher Gerechtigkeit. Die Zeitschrift der DFG/VK „Zivilcourage“ unterhält einen „Antimilitaristischen Buchbasar“, der auch Schallplatten, Grafiken und Plaketten führt. Adresse: Rellinghauser Str. 214, 4300 Essen

Antimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika (ASK)

Das 1973 gegründete ASK ist ein Zusammenschluß unterschiedlicher politischer Organisationen und Einzelpersonlichkeiten. Es sieht seine Aufgabe darin, bundesweit die Solidarität mit den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt voranzubringen, Aktionen zu initiieren und zu koordinieren sowie Spendensammlungen durchzuführen. Es wendet sich gegen jegliche neokolonialistische Zusammenarbeit unseres Landes mit reaktionären und faschistischen Regimes in der Dritten Welt. Gegenwärtige Arbeitsschwerpunkte des ASK sind Mittelamerika (bes. El Salvador), Südliches Afrika, Chile und Palästina. Die Adresse, bei der auch eine umfangreiche Materialliste angefordert werden kann: Mainzer Landstr. 15, 6000 Frankfurt 1.

Anti-Apartheid-Bewegung (AAB)

Die AAB sieht ihre Aufgabe u.a. darin, in der BRD die wirklichen Verhältnisse im Südlichen Afrika bekanntzumachen, die wirtschaftlichen, politischen, militärischen und kulturellen Beziehungen der BRD mit Südafrika aufzudecken und den Unterdrückten im Südlichen Afrika durch Aktionen Solidarität zu erweisen. Adresse: Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1.



Filme / Tonbildreihen

31 Filme zum Thema Krieg, Faschismus und Frieden bietet der UNIDOC-Filmverleih (Dantestr. 29, 8000 München 19) an, darunter:

- Gert Bastian — Von einem der auszog, das Fürchten zu lehren, Dokumentarfilm, 28 Min., München 1981
- Leben, um Zeuge zu sein (über die Folgen des Atombombenabwurfs auf Hiroshima), Dokumentarfilm, 29 Min., Japan 1976
- Für weitere Filme zum Thema „Krieg und Frieden“ siehe die Medienliste der AGDF (Adresse siehe oben), darunter auch verschiedene Tonbildschauen, u.a.:
- Tonbildserie „Frieden schaffen ohne Waffen“, ca. 10 Min.
- Tondokumentation der Bonner Friedensdemonstration, 4 Kompaktkassetten mit einer Spieldauer von ca. 4 Std. (zu beziehen über: H.W.&F., Am Römerturm 1, 5000 Köln 1)
- Der Handel mit dem Tod. Tonbildreihe des Dialog Dritte Welt e.V., mit Kommentarheft, ca. 28 Min. (Bezugsadresse: Weißenburger Str. 23, 4600 Dortmund 1)

Schallplatten

- bots, ENTRÜSTUNG, mit Hilfe von: Henning Venske, Hanns Dieter Hüsch, Hannes Wader, Günter Wallraff, Dieter Hildebrandt und Lerryn, LP, 17,80 DM (über Schallplattenhandel)
- Norbert und Walter, Lieder für den Frieden, LP, 16,50 DM
- Hannes Wader, Leben einzeln und frei/Es ist an der Zeit, Single, 5,80 DM (über den Schallplattenhandel)

Abzeichen / Aufkleber

mit Losungen, Symbolen, Motiven und Grafiken zum Friedenskampf sind zu beziehen bei: KOFAZ, AGDF, DFG/VK, ASK und AAB (bei letzteren thematisch bezogen auf deren Arbeitsschwerpunkte); ferner bei: Plambeck & Co Verlag (Xantener Str. 7, 4040 Neuß), Edition Staeck (Postfach 102063, 6900 Heidelberg), Ernst Volland (Deidesheimer Str. 29, 1000 Berlin 33), Grafik Hartmut Schröter (Steinhammerstr. 111, 4600 Dortmund 76), SHOPKISTE/Weltkreis-Verlag (Märkische Str. 57, 4600 Dortmund 1).

Postkartenserien

bei: Arbeiterfotographie Köln (c/o U. Finzsch, Blumenthalstr. 75, 5000 Köln 1) sowie Staeck, Volland, Plambeck.



Kalender

- Der Friedenskalender 1981, hg. von der DFG/VK, 24 Blätter, Bildmontagen in vier verschiedenen Farbtönen, Format 30x47 cm, 16,- DM (zuzüglich 3,50 Versandkosten) (Bezug über DFG/VK)
- Taschenkalender Frieden '82, hg. von Alwin Meyer/Karl-Klaus Rabe, Lamuv-Verlag, Bornheim 1981, 256 S., 6,- DM.

Sonstiges

Ein Handbuch zur Durchführung von Friedensaktionen hat die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste herausgegeben:

Aktionshandbuch: Frieden schaffen ohne Waffen, Lamuv-Verlag, Bornheim 1981, 219 S., 7,- DM.

Das Handbuch stellt die Konzeption der bundesweiten Friedenswochen vor, entwickelt Themenvorschläge für Veranstaltungen, informiert über verschiedenste Aktionsformen und enthält ein sehr umfangreiches Verzeichnis von Materialien und Adressen auch lokaler Initiativen der Friedensbewegung.

Aktions- und Materialspiegel

Bücher

Die weltpolitische Zuspitzung der letzten Monate, die damit verbundene wachsende Kriegsgefahr und nicht zuletzt die sichtbar gewordene Stärke der westeuropäischen Friedensbewegung sind ein realpolitischer Hintergrund, vor dem die Buchproduktion zu derartigen Themen ins nahezu Unüberschaubare gewachsen ist. Schon deshalb wäre es illusorisch, wollte man in einem Literaturüberblick nach Vollständigkeit streben. Gleichwohl soll in der gebotenen Kürze kommentierend auf einige interessante Buchtitel hingewiesen werden, die geeignet sind, das Thema des vorliegenden AIB-Sonderheftes zu vertiefen und zu ergänzen.

Bücher zum Einstieg

Zunächst sind einige kürzlich erschienene Sammelbände zu nennen, die einführend und allgemeinverständlich die Frage Krieg und Frieden im Kontext der aktuellen Rüstungs- und Abrüstungsdiskussion behandeln. Repräsentative Stimmen aus der Friedensbewegung sind zusammengestellt in dem Band:

● Karl D. Bredthauer/Klaus Mannhardt (Hg.), *Es geht ums Überleben*. Warum wir die Atomraketen ablehnen, Pahl-Rugenstein, Köln 1981, 213 S., 9,- DM.

Prominente Vertreter der kritischen Friedensforschung kommen vor allem in den beiden folgenden Readern zu Wort:

● Studiengruppe Militärpolitik, *Aufrüsten, um abzurüsten? Informationen zur Lage*. Friedensforscher reagieren auf die internationale Krise, rororo-aktuell 4717, Reinbek bei Hamburg 1980, 324 S., 9,80 DM;

● Dieter S. Lutz/Dorothea Gremliza (Hg.), *Rüstung zum Tode? Texte zur Aufrüstung und Abrüstung*, Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1981, 158 S., 12,- DM.

Weitere Stimmen zum Rüstungswettlauf machen schließlich zugänglich:

● Karl-Klaus Rabe (Hg.), *Vier Minuten vor Mitternacht*. Stellungnahmen zum Rüstungswettbewerb, Lamuv, Bornheim 1981, 151 S., 9,80 DM;

● Arbeitskreis Pro Ökumene (Hg.), *Ohne Rüstung leben*, Vorwort von Bischof D. Kurt Scharf D.D., Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn, Gütersloh 1981, 94 S., 6,80 DM.

Bücher zu Einzelaspekten

Im Zentrum der aktuellen Debatte stehen immer wieder die sog. „Nachrüstung“ und die **Neutronenbombe**. Die Hintergründe dieser Diskussion, die Verlogenheit der dabei ins Spiel gebrachten Begriffe und die mit dem NATO-Raketenbeschluß von 1979 verbundenen Gefahren erhellen die folgenden Bücher:

● Anton-Andreas Guha, *Der Tod in der Grauzone*. Ist Europa noch zu verteidigen?, Fischer Taschenbuch, Frankfurt/M. 1980, 239 S., 10,80 DM;

● Anton-Andreas Guha, *Die Nachrüstung – der Holocaust Europas*. Thesen und Argumente, Dreisam-Verlag, Freiburg 1981, 137 S., 9,80 DM;

● Alfred Mechttersheimer (Hg.), *Nachrüsten? Dokumente und Positionen zum Nato-Doppelbeschluß*, rororo-aktuell 4940, Reinbek bei Hamburg 1981, 280 S., 8,80 DM;

● Wilhelm Bittorf (Hg.), *Nachrüstung*. Der Atomkrieg rückt näher, Rowohlt, Reinbek bei Hamburg 1981, 224 S., 14,- DM;

● Anton-Andreas Guha, *Die Neutronenbombe oder Die Perversion menschlichen Denkens*, Fischer Taschenbuch, Frankfurt/M. 1977, 159 S., 4,80 DM;

● Konrad Lübbert, *Neutronenbombe*. Eine saubere Waffe, die nur Leben zerstört. Mit ausführlicher Dokumentation, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1981, 205 S., 9,50 DM.

A.A. Guhas Schriften haben in letzter Zeit eine herausragende Bedeutung in den Diskussionen der Friedensbewegung bekommen. Bei A. Mechttersheimer ist die Auseinandersetzung um den „Nachrüstungs“-Beschluß an Hand offizieller Dokumente von NATO, USA, UdSSR, bundesdeutscher Parteien, Kirchen und Gewerkschaften sowie Positionen aus der westeuropäischen und bundesdeutschen Friedensbewegung bislang wohl am ausführlichsten dokumentiert worden. Äußerst nützlich ist auch der Dokumententeil in K. Lübberts Veröffentlichung.

● SIPRI (Hg.), *Rüstungsjahrbuch '81/81*, rororo-aktuell 4852, Reinbek bei Hamburg 1981, 8,80 DM.

Wichtig für die Diskussion über das militärische Kräfteverhältnis ist auch:

● Dieter S. Lutz, *Weltkrieg wider Willen? Eine Kräftevergleichsanalyse der Nuklearwaffen in und für Europa*, rororo-aktuell 4934, Reinbek bei Hamburg 1981, 378 S., 10,80 DM.

D.S. Lutz führt den Nachweis, daß die These vom annähernden Gleichgewicht nicht nur im Verhältnis USA-UdSSR, sondern auch für die militärische Situation in Mitteleuropa zutreffend ist.

Ein journalistischer, allgemeingehaltener Beitrag zur Wetrüstungsproblematik ist das Buch des Stern-Redakteurs

● Peter Koch, *Wahnsinn Rüstung*, Gruner + Jahr, Hamburg 1981, 304 S., 12,- DM, das ein Vorwort des Schöpfers der Eindämmungstheorie, G.F. Kennan, enthält. Speziell die mit dem Wetrüsten für Europa verbundenen Gefahren werden plastisch dargestellt in:

● Wolf Perdelwitz/Heiner Bremer, Geisel



Zu den pronociertesten Kritikern der Bedrohungslüge gehörte in letzter Zeit G. Kade, dessen neuestes Buch

● Gerhard Kade, *Wer bedroht uns? SS-20 oder Pershing II/Cruise Missiles*. Plädoyer für eine alternative Sicherheitspolitik, Pahl-Rugenstein, Köln 1981, 152 S., 9,- DM

eine auf die „Nachrüstungsdebatte“ zugeschnittene Kritik dieser alten Rechtfertigungsformel westlicher Hochrüstungspolitik darstellt. Ein dem Band beigelegtes Nachwort von General a.D. N. Pasti setzt sich mit den Rüstungsvergleichen des Londoner Instituts für Strategische Studien auseinander, die allen offiziellen westlichen Statistiken zugrunde liegen und z.B. nachzulesen sind in:

● Streitkräfte 1980/81. Die „Military Balance“ des Internationalen Instituts für Strategische Studien, Bernard & Graefe Verlag, München 1981, 255 S., 19,20 DM.

Wesentlich seriöser und eine unverzichtbare Quelle in der Auseinandersetzung mit der herrschenden Rüstungsdoktrin sind die Veröffentlichungen des Stockholmer Friedensforschungsinstituts:

● SIPRI (Hg.), *Rüstung und Abrüstung im Atomzeitalter*. Ein Handbuch, rororo-aktuell 4186, Reinbek bei Hamburg 1977, 366 S., 9,80 DM;

Europa, Olle & Wolter, Westberlin 1981, 352 S., 24,- DM.

Die wachsende Kriegsgefahr in Europa bestätigt auch:

● Nigel Calder, *Atomares Schlachtfeld Europa*. Report über die Wahrscheinlichkeit eines Atomkrieges in den 80er Jahren, Hoffmann und Campe, Hamburg 1980, 240 S., 14,80 DM.

Um fast schon einen „Klassiker“ in der Auseinandersetzung mit der herrschenden Abschreckungsdoktrin handelt es sich bei:

● Dieter Senghaas, *Abschreckung und Frieden*. Studien zur Kritik organisierter Friedlosigkeit, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. 1981, 311 S., 29,80 DM.

Während D. Senghaas das Abschreckungskonzept aus sich selbst heraus kritisiert und für einen „Abbau der Selbstblendung in der Politik“ plädiert, analysiert

● Reinhard Kühnl, *Die Welt zu Beginn der 80er Jahre*. Krise des Kapitalismus – Emanzipation der Dritten Welt – Ursachen der Kriegsgefahr, Distel Verlag, Heilbronn 1981, 57 S., 4,- DM

die aktuelle Zuspitzung als Ergebnis der globalen Konfrontationspolitik der USA vor dem Hintergrund weltwirtschaftlicher Krisenprozesse und veränderter internationaler Kräfteverhältnisse. Zum Verständnis der hi-

storischen und aktuellen Hintergründe der US-Politik sind empfehlenswert:

- Karl-Heinz Röder (Hg.), Das politische System der USA, Geschichte und Gegenwart, Pahl-Rugenstein, Köln 1981, 346 S., 14,80 DM;
- Bernd Greiner, Amerikanische Außenpolitik von Truman bis heute, Grundsatzdebatten und Strategiediskussionen, Pahl-Rugenstein, Köln 1979, 235 S., 14,80 DM (ausführliche Besprechung in: AIB 7-8/1980);
- David Horowitz, Kalter Krieg, Hintergründe der US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam, Wagenbach, West-Berlin 1969 (Neuaufgabe 1980, 437 S., 17,50 DM);
- Bernd Greiner/Kurt Steinhaus (Hg.), Auf dem Weg zum 3. Weltkrieg? Amerikanische Kriegspläne gegen die UdSSR, Eine Dokumentation, Pahl-Rugenstein, Köln 1981, 289 S., 14,80 DM.

Ein berichtigtes Instrument der US-Außenpolitik, der Geheimdienst CIA, wird von innen betrachtet in:

- Philip Agee, CIA Intern. Tagesbuch 1956-1974, Attica-Verlag, Hamburg 1979, 511 S., 29,80 DM;
- während aktuelle Aspekte der US-imperialistischen Strategie in Mittelamerika beleuchtet werden in:
- Hermann Kohn, El Salvador, Nikaragua. Aufstand im US-Hinterhof, Weltkreis, Dortmund 1981, 191 S., 9,80 DM;
- CIA gegen El Salvador. Der Bericht des Ex-Agenten Philip Agee über die Praktiken des CIA in Lateinamerika, Konkret Literatur Verlag, 224 S., 14,80 DM;
- Heinz Dietrich (Hg.), Strategien des Imperialismus in Zentralamerika, Verlag 2000, Offenbach 1981, 128 S., 10,- DM.

Zur Bestimmung der Position der Bundesrepublik im Verhältnis zu den USA ist in letzter Zeit eine Diskussion in Gang gekommen, die auch für die Auseinandersetzung um die aktuelle Konfrontationspolitik von herausragender Bedeutung ist. Wichtige Beiträge hierzu sind:

- Kurt Steinhaus, Auferstehung einer Großmacht? Zum Problem der Kontinuität von „altem“ und „neuem“ deutschen Imperialismus, Pahl-Rugenstein, Köln 1980, 180 S., 12,80 DM;
- Gerhard Kade, Die deutsche Herausforderung. „Modell Deutschland“ für Europa?, Pahl-Rugenstein, Köln 1979, 255 S., 12,80 DM.

Aus konservativer Sicht zu diesem Thema ist jüngst erschienen:

- Wolfram Hanrieder, Fragmente der Macht.

Die Außenpolitik der Bundesrepublik, Piper, München 1981, ca. 16,- DM.

Zum Militärpotential der BRD und zur Geschichte der Aufrüstung der BRD sind empfehlenswert:

- Fred Schmidt, Abrüsten oder totrüsten. Zur Rüstungspolitik der BRD, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1981, 196 S., 10,50 DM;
- Ulrich Albrecht, Die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik. Analyse und Dokumentation, Pahl-Rugenstein, Köln 1980, 196 S., 12,80 DM;
- Hans Karl Rupp, Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer. Der Kampf gegen die Atombewaffnung, Pahl-Rugenstein, Köln 1980 (2. Aufl.), 331 S., 14,80 DM;
- Heinz Becker/Otmar Leist (Hg.), Militarismus in der Bundesrepublik. Ursachen und Formen, Pahl-Rugenstein, Köln 1981, 140 S., 14,80 DM.

Indem Maße wie die Friedensbewegung stärker geworden ist, hat sich in der Bundesrepublik die Diskussion um Alternativen zur herrschenden Sicherheitsdoktrin bedeutend belebt. Die verschiedenen in diesem Zusammenhang vertretenen Optionen werden sichtbar in:

- Ist der nukleare Rüstungswettlauf unvermeidbar? Dokumente hg. von Klaus Hübotter, Martin Klaußner Verlag, Fürth 1981, 158 S., 18,- DM;
- Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hg.), Frieden mit anderen Waffen. Fünf Vorschläge zu einer alternativen Sicherheitspolitik, rororo-aktuell 1939, Reinbek bei Hamburg 1981, 250 S., 7,80 DM;
- Sicherheitspolitik contra Frieden? Ein Forum zur Friedenspolitik, Verlag Dietz Nachf., Westberlin/Bonn 1981, 223 S., 11,80 DM;
- Harald Rasch, NATO-Bündnis oder Neutralität? Plädoyer für eine neue Außenpolitik, Pahl-Rugenstein, Köln 1981, 138 S., 12,80 DM;
- Jörg Huffscheid (Hg.), Rüstungs- oder Sozialstaat? Zur wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeit von Abrüstung in der Bundesrepublik. Ein Handbuch, Pahl-Rugenstein, Köln 1981, 286 S., 14,80 DM;
- Jörg Huffscheid (Hg.), Für den Frieden produzieren. Alternativen zur Kriegsproduktion in der Bundesrepublik, Pahl-Rugenstein, Köln 1981, 163 S., 12,80 DM.

Die Diskussion um Frieden und Abrüstung kann nicht ernsthaft geführt werden, ohne die Vorschläge und Positionen der „anderen

Seite“ zur Kenntnis zu nehmen. Noch heute wird man deren Politik nicht verstehen, wenn man die Erfahrungen der Sowjetunion im Abwehrkrieg gegen Hitler-Deutschland außer Acht läßt. Zunächst sei deshalb auf ein Begleitbuch zur gegenwärtig laufenden Fernsehserie über den faschistischen Überfall auf die UdSSR verwiesen:

- Michael Bartsch/Hans-Frieder Schebesch/Rainer Scheppelmann, Der Krieg im Osten 1941-1945. Historische Einführung, Kommentare und Dokumente, Pahl-Rugenstein, Köln 1981, 262 S., 19,80 DM.

Die aktuellen Reaktionen der sowjetischen Seite auf den US-amerikanischen Konfrontationskurs sind dokumentiert in:

- V. Falin/W.W. Sagladin/D. Ustinow, Angebote zum Frieden. Initiativen der Sowjetunion zur Abrüstung, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1981, 89 S., 5,80 DM;
 - Krieg oder Frieden. Sowjetische Antworten auf die amerikanische Herausforderung. Stellungnahmen aus der Bundesrepublik. Eine Dokumentation, Pahl-Rugenstein, Köln 1981, 147 S., 10,- DM;
 - Prüft, ob sie guten Willens sind. Ost und West zu Frieden und Abrüstung von 1978 bis heute, Pahl-Rugenstein, Köln 1981, 140 S., 9,- DM.
- Gewarnt werden muß allerdings vor CIA-Traktaten wie dem folgenden:
- Die Sowjetische Rüstung. Pentagon-Papier zur sowjetischen Rüstung, Bernard & Graefe Verlag, München 1981, 92 S., 9,80 DM.

Wer sich mit der Frage von Krieg und Frieden befaßt, hat es nicht immer einfach mit der verwirrenden Begrifflichkeit der Militär- und Abrüstungsspezialisten. Um so mehr ist deshalb das Erscheinen des folgenden Nachschlagewerks zu begrüßen:

- Lorenz Knorr, Kleines Lexikon. Rüstung, Abrüstung, Frieden, Pahl-Rugenstein, Köln 1981, 214 S., 14,80 DM.

Indes lassen sich bereits heute immer weniger Menschen weismachen, daß der Frieden eine bloße Angelegenheit von Experten ist, wie die Demonstration der 300.000 in Bonn so eindrucksvoll wie noch nie unter Beweis gestellt hat. Die Dokumentation dieses bisherigen Höhepunkts der Friedensbewegung in unserem Land ist jetzt erschienen:

- Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste/Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (Hg.), Bonn 10.10.1981. Friedensdemonstration für Abrüstung und Entspannung in Europa, Reden, Fotos..., Lamuv Verlag, Bornheim 1981, 224 S., 9,80 DM.



Es geht ums Überleben

Bücher für den Frieden

Es geht ums Überleben

Warum wir die Atomraketen ablehnen.
Herausgegeben von Karl D. Bredthauer und Klaus Mannhardt.
Beiträge von Heinrich Albertz, Gert Bastian, Karl Bechert, Gerhard Kade,
Alfred Mechttersheimer, Lord Louis Mountbatten, Martin Niemöller u. a.
Mit Abbildungen und Karikaturen
prv-aktuell, Kleine Bibliothek Band 224. 182 Seiten, DM 9,-



Manfred Bosch

Nie wieder!

Literarische und politische Texte gegen den Krieg
Von der Jahrhundertwende bis heute: Heinrich und Thomas Mann, Carl v.
Ossietsky, Kurt Tucholsky, Bertold Brecht, Erich Kästner, Wolfgang Bor-
chert, Heinrich Böll, Alfred Andersch, Max Frisch, Albert Einstein, Albert
Schweitzer, Erich Fried u. a.
Mit zahlreichen Fotos und Illustrationen
Kleine Bibliothek Band 215. 210 Seiten, DM 12,80

Heinz Becker / Otmar Leist (Hrsg.)

Militarismus in der Bundesrepublik

Ursachen und Formen
Mit Abbildungen. Kleine Bibliothek Band 225. 140 Seiten, DM 9,-

Harold Rasch

NATO-Bündnis oder Neutralität?

Plädoyer für eine neue Außenpolitik
Kleine Bibliothek Band 207. 137 Seiten, DM 12,80

Generale für den Frieden

General Wolf Graf von Baudissin, Bundesrepublik — General Francisco da
Costa Gomes, Portugal — Brigadegeneral Michael Harbottle, Großbritan-
nien — General Georgios Koumanakos, Griechenland — Admiral John
Marshall Lee, USA — General M. H. von Meyenfeldt, Niederlande — Gene-
ral, Senator Nino Pasti, Italien — Admiral Antoine Sanguinetti, Frankreich.
Mit Porträtfotos, Leinen mit vierfarbigem Schutzumschlag. 376 Seiten,
DM 36,-



Gerhard Kade

Die Bedrohungslüge

Die Legende von der „Gefahr aus dem Osten“
Mit umfangreichem Dokumentarmaterial
2. Auflage, Kleine Bibliothek Band 147. 294 Seiten, DM 12,80

Renate Janßen

Frauen ans Gewehr?

Im Gleichschritt marsch...
Mit einem ausführlichen Dokumentenanhang
prv-aktuell, Kleine Bibliothek Band 184. 140 Seiten, DM 7,-

Winfried Schwaborn

Handbuch für Kriegsdienstverweigerer

7. Auflage, Kleine Bibliothek Band 18. 162 Seiten, DM 9,80

Unterrichtseinheit

Rüstung und Abrüstung

Geeignet ab 10. Hauptschulklasse.
Zahlreiches Bild- und Kartenmaterial, Gedichte, Statistiken, Arbeitsblätter.
Format DIN A 4. Heft 3; 64 Seiten, DM 8,-

Pahl-Rugenstein

Gottesweg 54 · 5000 Köln 51 Telefon (0221) 364051

Helga Brandt

Der ANC ist überall



Losung an einer Johannesburgener Bibliothek: „Laßt uns Schwarze lesen“

Wände, Häuser und Geschäftsfassaden in den Straßen von Soweto und Johannesburgs westlichem Farbigenviertel sind bedeckt mit Parolen des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC; zu dessen Geschichte siehe AIB-Sonderheft 2/1981, S. 11-13; d. Red.). Auf den Beerdigungen schwarzer Führer tauchen immer wieder die grün-gold-schwarzen ANC-Farben und -Fahnen auf, beobachtet man immer wieder das eilige Verteilen von ANC-Flugblättern. Zeitungen berichten fortwährend über das Übergewicht von ANC-Kadern und -Sympathisanten in Südafrikas politischen Prozessen und über die gesteigerten Aktivitäten des bewaffneten Arms des ANC, des Umkhonto we Sizwe.

Südafrikas nicht stimmberechtigte Schwarze erinnert dies alles ständig daran, daß der ANC – älteste der zahlreichen schwarzen nationalistischen Gruppen (...) – unter dem Volk ist, im Untergrund.

76% der Schwarzen für Mandela

Kommentatoren im In- und Ausland und Schwarze haben in letzter Zeit besonders viel über die wachsende Stärke und Unterstützung des ANC gesprochen. Ton Vosloo, als Redakteur der „Afrikaaner“-Zeitung Beeld und Sprachrohr von P.W. Bothas Nationalpartei in Transvaal, kaum ein Befürworter des ANC, schrieb vor einigen Monaten, daß der ANC höchstwahrscheinlich von Millionen von Schwarzen unterstützt werde, und daß das Pretoria-Regime eines Tages gemeinsam mit dem ANC – den es vor 21 Jahren verbot – an einem Konferenztisch werde sitzen müssen. Und Ende September 1981 veröffentlichte Südafrikas größte Tageszeitung, der konservative Star, das Ergebnis einer Untersuchung der Meinung unter den Schwarzen in drei größeren städtischen Gebieten.

Die Untersuchung zeigt, daß der ANC 40% der Stimmen auf sich vereinigen könnte, wenn Schwarze heute im Parlament stimmberechtigt wären. Der Panafrikanische Kongreß (PAC) erhielt 10% der Stimmen, die größeren inländischen Organisationen des Black Consciousness (Schwarzes Selbstbewußtsein) 11%, und schließlich Häuptling Buthelezis auf

den Zulu-Stamm gestützte, aber national ausgerichtete Inkatha-Bewegung 21%. Dies bedeutet, daß der ANC in den bedeutendsten städtischen Zentren fast genauso viel Unterstützung erhält wie die drei anderen Organisationen zusammengekommen.

Voortrekkerhoogte hat uns deutlich gezeigt, daß der ANC kein Mythos ist. Vor den in letzter Zeit stark zunehmenden militärischen Aktionen des Umkhonto we Sizwe dachten viele, daß der ANC tatsächlich nicht mehr existiere. Nun aber wissen wir, daß diese Ruhe nur eine Periode der Vorbereitungen war, und daß die Führer sich nicht einfach in ihre Sessel zurücklehnten und ein angenehmes Leben im Ausland genossen. Wir müssen wissen, welchen Typ von Gesellschaft wir nach einer Befreiung zu erwarten haben, und der ANC vermittelt uns eine Vorstellung davon in der Freiheitscharta."

Ihre Stellungnahmen waren sehr aufschlußreich für den Versuch die Bedeutung des ANC einzuschätzen. Wenn die Leute zunehmend die Notwendigkeit bewaffneter Aktionen im südafrikanischen Befreiungskampf akzeptieren – und kürzliche Meinungsumfragen bestätigen diese Annahme –, dann ist es in der Tat nicht verwunderlich, daß der ANC unter der schwarzen Bevölkerung über steigendes Ansehen und wachsende Unterstützung verfügt. Die verbotene Bewegung ist als die einzige Organisation hervorgetreten, die derzeit den Kampf weiterführt, und sie stellt zweifelsohne die größte Bedrohung des Apartheidsystems dar – eine Einschätzung, mit der Pretoria übereinzustimmen scheint.

Wenn das Botha-Regime heute vom Feind spricht, so meint es damit ausschließlich den ANC. Es gibt öffentlich zu, daß der ANC über einen ausgeklügelten organisatorischen Aufbau und über gut ausgebildete Guerilleros verfügt. Im April 1981 stellte das Hauptquartier der Sicherheitspolizei fest, daß dem ANC ein ausgefeiltes System von Unterschlupfmöglichkeiten zur Verfügung steht, weiterhin sorgfältig angelegte Verstecke, in denen Waffen gelagert und erst am Tage des Angriffs zum Gebrauch hergerichtet werden, und schließlich ein geheimes Briefkastensystem, das mit Hilfe von unterirdisch versteckten Briefkästen der Übermittlung von Nachrichten, Instruktionen und Geldbeträgen dient.

1981 – es ist gekennzeichnet durch eine beachtliche Steigerung der Guerillaeinsätze – hat der bewaffnete Arm des ANC, Umkhonto we Sizwe – seine Fähigkeit unter Beweis Für den inhaftierten ANC-Führer Nelson Mandela sprachen sich 76% aus, während der PAC-Führer Pokela die Zustimmung von 18% aller Befragten erhielt. Besonders aufschlussreich ist das Ergebnis, das der ANC bei der Altersgruppe zwischen 16 und 25 Jahren erreichte, die notwendigerweise den Großteil jeder Guerillatruppe stellt. Hier lag der ANC mit 46% klar vor dem PAC mit 6%.

In den letzten Monaten waren sowohl ein wachsender Zusammenschluß um die mit der Linie des ANC in Einklang stehenden Prinzipien als auch eine überraschend offene Geltendmachung dieser Prinzipien spürbar. Dies zeigte sich besonders deutlich während der „Anti-Republik-Tag“-Kampagne im Mai dieses Jahres (1981; d. Red.), als große Teile der Öffentlichkeit sich hinter die Freiheitscharta (ANC-Grundsatzdokument von 1955; d. Red.) stellten (...).

Schwarze Universitätsstudenten, vertreten durch die Studentenorganisation Azanias, haben sich in den letzten Jahren verstärkt einem Standpunkt angenähert, der sich an der Charta orientiert. Sie haben sich nun ihren jüngeren Gesinnungsgenossen im Kongreß Südafrikanischer Schüler angeschlossen, der seit seinen Anfängen vor einigen Jahren immer diese Position eingenommen hat. Junge Schwarze scheinen nun die Auffassung zu vertreten, daß die Ausgangsprinzipien des schwarzen Selbstbewußtseins einerseits und der Solidarität mit fortschrittlichen Weißen, die die nationale Befreiung anstreben, andererseits nicht im Widerspruch zueinander stehen. Sie mußten sich jedoch von der stark vereinfachenden Interpretation des schwarzen Selbstbewußtseins distanzieren, die von einigen gegenwärtigen Black Consciousness-Führern – z.B. in der Azapo – vertreten wird.

„Wir sind für die Freiheitscharta!“

„Die Freiheitscharta ist unser Führer“, sagte mir ein Student. Vor einigen Wochen wurde die Charta von der indischen Bevölkerungsgruppe angenommen, als diese eine Kampagne für den Boykott der Novemberwahlen zum Südafrikanischen Inderrat (SAIC) startete – ein Organ, das angeblich jenen 800.000 Menschen zählenden indischen Bevölkerungsteil repräsentieren soll. So erklärte ein Redner in einer mit 2.000 Menschen vollbesetzten Halle in Johannesburgs indischem Stadtviertel Lenasia: „Wir sind für die Freiheitscharta. Unsere Antwort haben wir vor mehr als 20 Jahren gegeben!“

Während sowohl Gruppen als auch Einzelpersonen nicht unbedingt behaupten mit dem ANC auf einer Linie zu liegen – wahrscheinlich aufgrund der Tatsache, daß dies harte Bestrafungen nach sich zieht –, ist es doch offensichtlich, daß der ANC die aufbauende, organisierende und führende Kraft dieser ideologischen Verschiebungen ist.

Das gleiche gilt für die Arbeiterbewegung. Alle größeren unabhängigen schwarzen Gewerkschaften – außer derjenigen, die inoffiziell an der Philosophie des schwarzen Selbstbewußtseins festhält – verfolgen strikt eine nicht-rassistische Politik. Und einige von ihnen praktizieren eine Organisationspolitik und Strategien, die denen des im Untergrund arbeitenden Südafrikanischen Gewerkschaftskongresses (SACTU) gleichen, welcher der vom ANC geführten nationalen Befreiungsallianz angehört. Viele der Gewerkschaften sehen den Kampf der Arbeiter in den Betrieben innerhalb des größeren Zusammenhangs des politischen Kampfes und einige waren deshalb harten Repressalien ausgesetzt.

Organisationen, die in Gegnerschaft zum ANC stehen, können freilich nicht übersehen werden. Zu ihnen zählen die



ANC-Präsident O. Tambo in der Schule von Morogoro

Inkatha-Bewegung, die sowohl Kapitalismus als auch Arbeit innerhalb des gegenwärtigen Systems propagiert; weiterhin Gruppen, die eine sehr vereinfachende afrikanische Position mit sozialistischer Färbung vertreten. Hier sind der PAC, die verbannte **Black-Consciousness-Bewegung von Azania (BCMA)** und die **Azapo** zu nennen. Die Stärke der Inkatha-Bewegung lag in ihren organisatorischen Fähigkeiten. Trotzdem hat sie sich als schwacher Kämpfer für die schwarze Sache erwiesen.

Es ist bezeichnend, daß der ANC – der Untersuchung des Star zufolge – stärkere Unterstützung erhielt sowohl unter den Zulus als auch unter den Befragten in Durban, dem Heimatbezirk der Inkatha-Bewegung. Es gelang weder dem PAC, noch der Azapo oder der BCMA auf wirkungsvolle Weise Anhänger zu mobilisieren oder für sich zu gewinnen. Im Augenblick sind sie von keiner großen Bedeutung – die PAC-Führung scheint dies keineswegs zu bestreiten. PAC-Führer im Ausland geben zu, daß allein der ANC den Kampf führt. Und im Inland gestanden einige Leute ein, daß der ANC nunmehr den südafrikanischen Befreiungskampf anführt – eine Beobachtung, die sie noch vor einem Jahr bestritten.

Der Lärm von Johannesburgs Straßen drang zu uns herauf, gelegentlich die leisen, zurückhaltenden Stimmen einiger junger Bewohner von Soweto übertönend, die über eine Organisation diskutierten, die schon zu einem Zeitpunkt verboten wurde, als sie noch in den Kinderschuhen steckten – den Afrikanischen Nationalkongreß (ANC) von Südafrika. Einer von ihnen sagte: „Der Ausdruck der Ungeduld im Volk über die gegenwärtige Lage nimmt zu. Daher glaube ich, daß die Mehrheit der Leute mit einer Verstärkung der militärischen Aktionen des ANC einverstanden ist.“ Sein Freund fiel ein: „Der Anschlag auf den Militärstützpunkt gestellt, in weit zerstreuten Gebieten gut koordinierte Operationen durchzuführen. Zudem scheinen ANC-Kader nunmehr den Massenkampf durch bewaffnete Aktionen zu verteidigen und zu ergänzen, indem die Auswahl bestimmter Ziele den Forderungen von Arbeitern und Gemeinden Rückhalt verleiht.“

So fielen z.B. die Bombenexplosionen an den Anlagen der Automobilkonzerne Leyland und Sigma genau in die Zeit, in der die Arbeiter dieser beiden Unternehmen Arbeitskämpfe mit dem Management ausfochten.

Trotzdem sind es wohl kaum die verbesserten militärischen Fähigkeiten des ANC allein, die für die offensichtliche Besorgnis des Botha-Regimes verantwortlich sind. Wichtiger noch ist die Mobilisierung, die in einem beispiellosen Ausmaße vor sich geht, und die weitverbreitete Übernahme der Grundsätze des ANC. Denn dies dient der Sicherung einer



Bestmanifestation in Morogoro

verlässlichen Basis, von der aus der ANC seine militärischen Aktivitäten innerhalb des Landes entfalten kann. Die Tatsache, daß der ANC die älteste Bewegung innerhalb der organisierten schwarzen Politik ist, seine früheren Erfahrungen und seine offensichtliche politische und ideologische Reife dürften weitere wichtige Pluspunkte für ihn sein.

Lange bevor der ANC im Jahre 1960 verboten wurde, erreichten ihn von allen Seiten ideologische Beiträge, die innerhalb der Organisation ausführlich diskutiert wurden. In den 40er und 50er Jahren verfolgte seine eigene Jugendliga, damals geführt von Männern wie Nelson Mandela und Oliver Tambo, derzeitiger Präsident des ANC, eine streng afrikanische Linie. Die Südafrikanische Kommunistische Partei (SACP) und der Südafrikanische Gewerkschaftskongreß (SACTU) waren damals ebenfalls eng mit dem ANC verbunden. Daraus ergab sich für den ANC die Übernahme einer auf Klassen basierenden Analyse der Unterdrückungs- und Ausbeutungsstrukturen Südafrikas im Einklang mit dem vorrangigen Kampf um die afrikanische nationale Befreiung. In seinem 1969 angenommenen Dokument „Strategie und Taktik“ schreibt der ANC: „Im gegenwärtigen Stadium ist der Hauptinhalt der südafrikanischen Revolution die nationale Befreiung des größten und am meisten unterdrückten Bevölkerungsteils – des afrikanischen Volkes.“ Aber er fügte hinzu: „Dies darf jedoch nicht mit dem Bestreben verwechselt werden, mit dem nach klassischem Muster eine

Elitegruppe des unterdrückten Volkes versucht aufzusteigen, so daß sie an die Stelle der Unterdrückter tritt und weiterhin die Volksmassen ausbeuten kann.“ Durch die Hervorhebung der Tatsache, daß ein wesentlicher Teil der Strategie „die Verstärkung und Vertiefung des nationalen Selbstvertrauens, des Nationalstolzes und der nationalen Durchsetzungskraft“ beinhaltet, wird deutlich, daß die politische Linie des ANC im Einklang steht mit den Ausgangsprinzipien des schwarzen Selbstbewußtseins. Weiterhin gelang es dem ANC aufgrund seines strikten Grundsatzes der Rassengleichheit innerhalb seiner eigenen Reihen, Fortschrittliche aller Rassen und sozialen Klassen anzusprechen. Damit stellt er eine totale Herausforderung des südafrikanischen Systems dar.

Die ANC-Führer wie z.B. Oliver Tambo, oder die Inhaftierten Nelson Mandela, Govan Mbeki und Walter Sisulu werden national wie international als Symbolfiguren der Befreiung angesehen. Dies wird veranschaulicht durch die in- und ausländische Unterstützung der „Freiheit für Nelson Mandela“-Kampagne, durch die Nominierung Mandelas zum Rektor der Londoner Universität und durch die kürzliche Verleihung der „Freiheit der Stadt Glasgow“-Ehrenwürde an den inhaftierten Führer. Auf internationaler Ebene kann der ANC wachsendes Ansehen oder zumindest wachsende Anerkennung für sich verbuchen; er ist in mehr als 30 Ländern vertreten, von denen viele ihn offiziell anerkennen. Und kürzlich luden einige amerikanische multinationale Konzerne zum ersten Mal ANC-Führer zu einer Diskussion über Südafrika ein.

Diejenigen Normen jedoch, die mit größter Wahrscheinlichkeit entscheiden werden, welche Gruppe die revolutionäre Loyalität des südafrikanischen Volkes gewinnt, finden ihre treffendste Erläuterung bei dem vietnamesischen Revolutionär Le Duan: „Eine Kampfmethod, eine Kampfform kann nur dann als die bestmögliche und klügste angesehen werden, wenn sie absolut die Anforderungen einer gegebenen konkreten Situation erfüllt, wenn sie voll den Umständen, unter denen sie angewandt wird, entspricht, wenn sie es ermöglicht, die revolutionären und fortschrittlichen Kräfte im höchsten Maße zu vereinen und sie an die Kampffront zu bringen, wenn sie eine gründliche Ausnutzung der Schwäche des Feindes ermöglicht, und wenn sie aufgrund all dessen den größtmöglichen Erfolg im Verhältnis zu den jeweilig herrschenden Kräfteverhältnissen herbeiführen kann.“

Der Afrikanische Nationalkongreß, so scheint es, wendet eine solche Methode an.

(Quelle: The Sunday Mail, Zimbabwe, 4.10. und 11.10.1981)

Arbeitsmaterial zur Dritten Welt

Medizin und Apartheid

Dr. Aziza Sedat

medico international



MEDIZIN UND APARTHEID

von Dr. Aziza Sedat
Dokumente, Statistiken & Analysen zur gesundheitlichen Lage im Südlichen Afrika
50 Seiten (1981) DM 5,-

REVOLUTION IST GESUNDHEIT – DAS NEUE GESUNDHEITSWESEN IN NICARAGUA

Arbeitsheft zur gesundheitlichen Versorgung vor und nach der Revolution
60 Seiten (1981) DM 5,-

in Vorbereitung GESCHÄFTE MIT DER ARMUT – PHARMA-KONZERNE IN DER DRITTEN WELT

von Marcel Bühler; erscheint Anfang 1982
ca. 160 Seiten ca. DM 15,-

Gesamtverzeichnis anfordern!
Bestellungen durch Vorausüberweisung auf das Konto 2402 bei der Stadtparkasse, Frankfurt



„APARTHEID“

Postkarten-Serie nach Collagen von Martin Lovis / London
12 Karten, vierfarbig

DM 6,50

medico international

Hanauer Landstraße 147-149
6000 Frankfurt am Main 1
Telefon (0611) 490350

Vertrieb für den Buchhandel:
CON-Vertrieb, Westerdeich 38,
2800 Bremen

Zwei sehr unterschiedliche Tagungen innerhalb eines Monats – eine „Solidaritätskonferenz mit dem Befreiungskampf der Völker des Südlichen Afrika“ im Oktober 1981 in New York und der „II. Internationale ICSA-Workshop zur materiellen Unterstützung der Befreiungsbewegungen ANC und SWAPO“ im November 1981 in Frankfurt – akzentuierten jüngst das Bemühen, die Solidaritätsbewegung international stärker zu koordinieren. An beiden war das Internationale Komitee gegen Apartheid, Rassismus und Kolonialismus im Südlichen Afrika (ICSA, gegründet 1977 in Lissabon), beteiligt. Dem Interesse an Koordination entsprach auch die Anwesenheit des Vorsitzenden der New Yorker Konferenz, Lennox Hinds, auf dem Frankfurter Workshop, dem er die Entschlossenheit der progressiven Kräfte in den USA übermittelte, den Kurs der Reagan-Administration gegenüber dem Südlichen Afrika zum Scheitern zu bringen.

Jürgen Ostrowsky

New Yorker Konferenz gegen die Apartheid

Riverside Church im nordwestlichen Manhattan, nahe bei Harlem; der Konferenzort: das Hauptschiff der Kirche. Ungewöhnlich wie (für bundesdeutsche Verhältnisse zumindest) diese Tagungsstätte auch die massive Beteiligung, die Breite und das politische Format dieser US-„Solidaritätskonferenz mit dem Befreiungskampf der Völker des Südlichen Afrika“, zu der vom 9.-11. Oktober 1981 auch die Vertreter der Befreiungsbewegungen Südafrikas und Namibias, des ANC und der SWAPO, sowie Vertreter des Internationalen Komitees gegen Apartheid, Rassismus und Kolonialismus im Südlichen Afrika (ICSA) anwesend waren.

Mobilisierung gegen die Kollaboration mit Pretoria

Verschiedene Kräfte der Anti-Apartheid-Bewegung der USA sowie das ICSA-Sekretariat hatten die Initiative zu dieser Konferenz ergriffen (vgl. das Interview mit Deborah Jackson, Mitglied des Vorbereitungskomitees und Delegierte der US-Nationalkonferenz Schwarzer Juristen bei der UNO).

Die Ziele: Bloßstellung der verstärkten Kollaboration der USA mit Südafrika; Mobilisierung der Bevölkerung der USA, um die US-Regierung und -Konzerne zur Beendigung dieser Kollaboration zu bewegen, und Organisation breiter Unterstützung für die Befreiungsbewegungen des Südlichen Afrika in der US-Bevölkerung. Verbunden damit strebte die Konferenz Schritte in Richtung auf eine Kooperation und Koordination der vielfältigen US-Initiativen auf diesem Gebiet an.

Es rief auf und beteiligte sich an der Finanzierung dieser Konferenz ein faszinierendes Spektrum verschiedener Persönlichkeiten, das in der BRD dem Kreis der prominenten Unterzeichner des Krefelder Appells vergleichbar ist. Da fanden sich schwarze Kongreßabgeordnete wie Ronald Dellums (zugleich Präsident des Vorbereitungskomitees) oder Shirley Chisholm neben Führern der schwarzen Bürgerrechtsbewegung wie Jesse Jackson und Ben Chavis, der Tennisspieler Arthur Ashe und Coretta King, der Autor Richard Durham und Angela Davis, der Bürgermeister der Industriestadt Gary, Richard Hatcher, und Harry Belafonte.

Deborah Jackson Die Unterstützung des Befreiungskampfes verbreitern

AIB: Sie selber gehören der schwarzen Bevölkerungsgruppe in den USA an. Besteht eine besondere Verbindung zwischen den Problemen im Südlichen Afrika und der Situation der sog. Minderheiten in den USA?

D. JACKSON: Gewiß. Die Lage der Schwarzen und der Armen in den USA ist gekennzeichnet von großem Elend und Unterdrückung. Es ist daher wichtig, daß die Menschen einsehen, daß eine Regierung, die eine Außenpolitik betreibt, die Rassismus und Unterdrückung unterstützt, damit nur das fortsetzt, was sie im eigenen Land praktiziert.

Daher sehen wir, die Angehörigen der schwarzen Bevölkerungsgruppe, und die Armen und die Angehörigen der Arbeiterklasse dieser Gesellschaft, daß da eine deutliche Verbindung besteht zwischen unserem Kampf gegen Unterdrückung in den Vereinigten Staaten und den Kämpfen in Südafrika, der Karibik und anderen Gebieten der Welt.

AIB: In der abschließenden Erklärung und anderen Dokumenten dieser New Yorker Konferenz ist die Rede davon, die Arbeit dieser Konferenz in irgendeiner Weise fortzuführen. Könnten Sie dazu etwas sagen?

D. JACKSON: Es wurde beschlossen, daß ein Fortsetzungsausschuß der Konferenz gebildet wird, der aus den Mitgliedern des Leitungsausschusses dieser Konferenz bestehen soll. Es soll aber versucht werden, die Basis dieser Konferenz noch zu verbreitern.

Der Fortsetzungsausschuß wurde mit der Aufgabe betraut, das hier



erarbeitete Aktionsprogramm in eine endgültige Form zu bringen und es zu verbreiten – nicht nur an die Konferenzteilnehmer, sondern auch an andere Organisationen und Persönlichkeiten, um die Basis für die Unterstützung der Befreiungskämpfe im Südlichen Afrika zu verbreitern.



Entsprechend breit fiel das Spektrum der Konferenzteilnehmer –registriert wurden 891, anwesend waren an die 1.000 – aus; politisch umfaßte es Christen, Gewerkschafter, Bürgerrechtler, Liberale und Kommunisten. Afro-Amerikaner stellten den größten Teil der Delegierten: Deborah Jackson und mehrere Sprecher, z.B. der Konferenzleiter Lennox Hinds, UN-Repräsentant der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen, oder der schwarze Gewerkschaftsführer Cleveland Robinson, stellten eindringlich und bewegend den Zusammenhang zwischen dem Kampf der Minderheiten in den USA und dem Befreiungskampf dar.

Inspiration und politische Entschiedenheit der Ansprachen stießen auf den Enthusiasmus der Zuhörer. Der schwarze Kongreßabgeordnete Georg Crockett zitierte Fidel Castro: „Das Volk der Vereinigten Staaten ist nicht faschistisch, noch sind es Presse, rechtliche und politische Institutionen. Aber der Kern der politischen Führung, so wie er sich durch seine Politik ausweist, zumal seine Politik gegenüber Südafrika, ist faschistisch.“ G. Crockett: „Ich stimme mit dieser Einschätzung überein.“

Man kann nicht anders, als die Konferenz als großartigen Erfolg zu bewerten. Bereits das Zustandekommen stellt ein Ereignis dar: Nicht nur, daß ein enormes politisches Spektrum vertreten war, nicht nur, daß „geographisch“ fast die gesamten USA repräsentiert waren – Delegierte reisten auf Privatkosten von Süden, Westen und Mittlerem Westen an. Organisationen verschiedenster Art hatten sich zusammengefunden und traten als Gleiche unter Gleichen auf, unabhängig davon, ob es sich um Vertreter etwa der national einflußreichen methodistischen Kirche handelte oder um lokale gewerkschaftliche Gruppen oder um themenspezifische Anti-Apartheid-Gruppen wie die Kampagne gegen Bankkredite für Südafrika.

Südafrika – die „Hölle zu Lebzeiten“

Neben einem in Kommissionen und „workshops“ erarbeiteten umfangreichen Aktionsprogramm entwarf nahm die Konferenz vor allem ein Grundsatzdokument an, die „Deklaration von New York“.

In ihr kommt das politische Selbstverständnis der Konferenz zum Ausdruck. Es gipfelt in den Sätzen: „Unsere Regierung ... weiß, daß auf keinem anderen Gebiet der internationalen

Beziehungen die Nationen, Völker und Organisationen der Welt sich so zusammengeschlossen und vereint haben wie im Falle der Gegnerschaft gegen Südafrikas Apartheid, Aggression und illegale Besatzungspolitik. Unsere Regierung hat es vorgezogen diese Einmütigkeit herauszufordern und anzugreifen, die Weltmeinung und die öffentliche Meinung der Bevölkerung dieses Landes zu verachten... Wir haben eine besondere Rolle zu spielen und sind mit einer einzigartigen Verantwortung betraut... Diese Konferenz nimmt den Kampf mit Stolz auf und schließt sich den Völkern der Welt an!“

In diesen Sätzen schlugen sich die Stimmung und die politische Klarsicht nieder, die den Konferenzverlauf prägten. Zurückgewiesen wurde die Propagandakampagne, den Kampf im Südlichen Afrika unter Vorzeichen des Kalten Krieges zu verfälschen. Die „Deklaration“ hält fest: „Unterstützung für den Befreiungskampf muß als Voraussetzung ausgehen von der Einsicht, daß die wahre Konfrontation in der Region die mit Apartheid und Kolonialismus ist.“

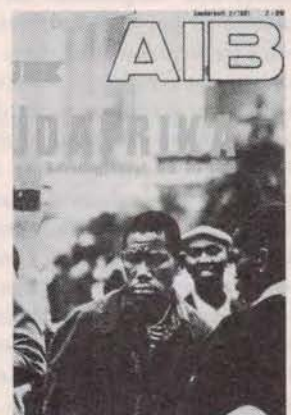
Nicht minder unmißverständlich formulierten Redner und Dokumente die klare Orientierung auf die Unterstützung von ANC und SWAPO als „natürliche“ Adressaten jeglicher Unterstützung und, für bundesdeutsche Verhältnisse bei derart starker Beteiligung religiöser Gemeinschaften schwer vorstellbar, die vorbehaltlose Anerkennung der Legitimität des bewaffneten Kampfes als Mittel nach „Ausschöpfung aller friedlichen Mittel“.

Ein schwarzer Referent aus Harlem ergriff am Schlußtag das Wort. Frenetischen Beifall erhielten seine abschließenden Worte: „Welchen Sinn macht es, die Menschen nach ihrem Tode vor der Hölle retten zu wollen, wenn wir nichts dagegen unternehmen, daß sie in Südafrika zu Lebzeiten in der Hölle sind?“

AIB - Sonderhefte



SH 1/1981 gibt einen komprimierten Überblick über die Hauptschauplätze des Befreiungskampfes. 80 S., 4,- DM



SH 2/1981 bietet eine Grundlageninformation über den Apartheidstaat. 32 S., 2,- DM

- Ich bestelle SH 2/1981.
- Ich bestelle SH 1/1981.
- Ich bitte um Zusendung eines kostenlosen Probeexemplares.
- Ich abonniere das AIB ab Nr.

Name:

Adresse:

Datum und Unterschrift:

Bitte ausfüllen und einsenden an:
AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg 1, Tel. 06421/24672



Alfons I. Bresche

II. Internationaler ICOSA-Workshop

Im niederländischen Leiden hatten sich im Juni 1979 Solidaritätsgruppen und Vertreter der Befreiungsbewegungen des Südlichen Afrika – damals noch einschließlich derer Zimbabwes – getroffen, um im Rahmen eines ersten „Workshops“ zur materiellen Unterstützung zu beraten und konkrete Schritte ins Auge zu fassen. An dieser Aufgabenstellung hat sich nichts grundlegendes geändert.

Zimbabwe ist inzwischen frei und der Kampf der Völker Namibias und Südafrikas hat sich verstärkt. Gewachsen ist jedoch auch die Aggressivität des südafrikanischen Rassistenregimes: „Infolge der zunehmenden Angriffe durch das Apartheidregime auf das Volk nimmt der Strom der Flüchtlinge ständig zu“, heißt es zu Beginn des Aufrufs zum II. Internationalen Workshop. „Die meisten von ihnen leben in Flüchtlingslagern der SWAPO und des ANC in Angola, Sambia, Tansania, Moçambique und Botswana.“ Ihnen „mangelt es an Wasser, Nahrung und medizinischer Versorgung; sie rufen alle Menschen ... auf, ihnen Hilfe zu gewähren. Zur Zeit lastet die schwere Bürde auf den jüngst erst befreiten Frontstaaten, die aber nur begrenzte Möglichkeiten besitzen, und auf den Befreiungsbewegungen SWAPO und ANC... Der zweite internationale Workshop zur materiellen Hilfe zielt darauf ab, der Bevölkerung Westeuropas erneut eine Möglichkeit zu geben, diesen Flüchtlingen umfassend zu helfen“. Konkret: Fortführung der Diskussionen von Leiden; Schaffung eines Rahmens für koordinierte Kampagnen zu Projekten; Entwicklung von Vorschlägen und Aktionsprogrammen sowie darüber hinaus Stärkung der Gemeinsamkeiten auf verschiedenen Ebenen.

Vom 6.-8. November 1981 fanden sich in Frankfurt Vertreter aus 17 europäischen Ländern sowie aus den USA ein, die 78 Organisationen repräsentierten: internationale und nationale Organisationen, Solidaritätskomitees, Anti-Apartheid-Bewegungen, kirchliche, humanitäre, Jugend- und Studentenverbände, lokale Initiativen. Die Durchführung lag bei einem bundesdeutschen Sekretariat, in welchem u.a. die Anti-Apartheid-Bewegung, das Antiimperialistische Solidaritätskomitee, Jungsozialisten, die Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) und Medico International mitarbeiteten.

Projekte für ANC und SWAPO

Der Afrikanische Nationalkongreß Südafrikas (ANC) und die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) hatten vor allem Experten entsandt für die drei wesentlichen Diskussionsbereiche Erziehung, Gesundheit und Landwirtschaft, darunter den Leiter des Morogoro-Schulprojekts des ANC in Tansania, Tim Maseico und Dr. Nickey Iyambo aus der Abteilung der SWAPO für Gesundheit. Sie berichteten über die konkreten Probleme und Erfordernisse, die zudem in Form detaillierter Projektstudien von ANC und SWAPO vorgelegt worden waren.

Damit waren hinreichend konkrete Ansatzpunkte vorhanden, um z.B. über eine mögliche Unterstützung für das SWA-



Im ICOSA-Präsidium: I. Wick/AAB (2. v.l.) und P. Wahl/ASK (r.)

PO-Projekt Kwanza Sul, ein großes Flüchtlingslager im südlichen Angola, oder über die mit dem ANC-Schulbau auf dem Mazimbu-Gelände bei Morogoro zusammenhängenden Projekte, wie Lehrwerkstätten, Klinik, Farmwirtschaft, zu diskutieren. In Form eines Austausches von Erfahrungsberichten der einzelnen Organisationen sowie durch die Skizzierung geplanter Vorhaben wurde dies in den drei Kommissionen mitunter sehr konkret und lehrreich getan, wenn auch noch nicht alle Ansätze zu koordiniertem Vorgehen genutzt werden konnten.

Zu den Gründen hierfür zählen sicher die komplizierten Bedingungen, denen sich der ANC und die SWAPO gegenübersehen, und der Umfang der Projekte. Hier steht die Solidaritätsbewegung noch vor großen Bewährungsproben. Victor Mathlou vom ANC gab einen Eindruck von der Dimension dieser Probleme, die verstärkte Anstrengungen notwendig machen: „Unsere Leute kommen in großen Zahlen zu uns, um den Kampf fortzusetzen. Als wäre es nicht genug, sie gehetzt und ins Exil gezwungen zu haben, verfolgt und jagt der Feind sie auch in den Nachbarländern und ermordet und massakriert sie unterschiedslos unter dem Vorwand von 'hot pursuit-Aktionen' (etwa: unverzügliche Verfolgung; d. Verf.). Der Feind hat alle unsere Schlafräume zu Militärlagern erklärt. Wir müssen dieser Situation in verschiedener Weise begegnen. Unter anderem empfanden wir selbst es nicht als notwendig Flüchtlingslager zu bauen, um nicht Situationen zu schaffen, in welchen der Feind so viele Menschen ermorden kann wie dort sind. Wir sind planmäßig zerstreut. Dies schafft neue Probleme – mehr Häuser, die gebaut oder gemietet werden müssen, Kommunikations- und Transportausrüstung...“

Die Herausforderung ist von den Teilnehmern des Workshops angenommen worden. Eine Fortsetzung dieser Diskussionen auf regionaler und niedrigerer Ebene gehört zu den Vorschlägen.

Michael Mohnke

Der „Nord-Süd-Dialog“ nach Cancun



Cancun-Gipfel: Reagan und A. Haig am Schultpult

Als „außerordentlich erfolgreich“¹ wertete US-Außenminister A. Haig den Verlauf des „Nord-Süd“-Gipfels in Cancun/Mexiko am 22./23.10. 1981. Die Abschlusserklärung, so Alexander Haig, stimme in weiten Teilen mit den Forderungen Präsident Reagans für ein Aktionsprogramm überein.² „Das von Außenminister Genscher zusammengeschusterte Endresultat“, so wußte die Neue Zürcher Zeitung „spiegelt einen völligen Zusammenbruch der Verhandlungsstrategie der Entwicklungsländer wider.“³

Jenes „Endresultat“ der Konferenz, an der Staats- und Regierungschefs aus 22 Ländern⁴ teilnahmen, ist eine „Kompromißformel“, die ihren Namen nicht verdient. „Die Staats- und Regierungschefs bekräftigten“, heißt es in der von den beiden Kovorsitzenden der Konferenz, J.L. Portillo (Mexiko) und P.E. Trudeau (Kanada), vorgetragenen Abschlusserklärung, „daß es wünschenswert sei, in den Vereinten Nationen eine Übereinkunft zur Einleitung globaler Verhandlungen zu unterstützen, und zwar auf einer gemeinsam abgestimmten Grundlage und unter Bedingungen, die – angesichts der Dringlichkeit des Themas – die Aussichten auf einen bedeutsamen Fortschritt bieten. Einige Länder wollten festgehalten wissen, daß die Zuständigkeit der Sonderinstitutionen nicht berührt werden sollte.“⁵

Daß sich zuletzt das ganze Interesse fast ausschließlich auf eine neue globale Verhandlungsrunde in der UNO konzentrierte, ist selbst noch ein Ausdruck des Mißtrauens, das die Entwicklungsländer Treffen entgegenbringen, die wie die Konferenz in Cancun außerhalb des UN-Systems stattfinden. Kurz bevor die Nord-Süd-Kommission unter Vorsitz von Willy Brandt Ende 1979 ihren Vorschlag für ein Gipfeltreffen ohne Tagesordnung und Abschlußdokument sowie mit begrenzter Teilnehmerzahl der Öffentlichkeit unterbreitete, hatte die Havanna-Konferenz der Nichtpaktgebundenen globale, einheitliche und auf ein verbindliches Ergebnis orientierte Verhandlungen im Rahmen der UNO über die

Verwirklichung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung (NIWO) gefordert. Das Grundanliegen dieses Vorschlags war ganz eindeutig darauf gerichtet, „die Zuflucht einiger entwickelter Länder zu Spaltungstaktiken gegenüber den Entwicklungsländern, zu Verzögerungsmanövern und zu Politiken, die darauf abzielen, globale Fragen von internationalem Interesse zu fragmentieren, um sich von ihren Verpflichtungen auf dem Gebiet der internationalen wirtschaftlichen und Entwicklungszusammenarbeit loszusagen“⁶, zu durchkreuzen.

Obwohl bereits die XXXIV. UN-Vollversammlung 1979 gefordert hatte, globale Verhandlungen über die Verwirklichung einer NIWO (speziell zu den Punkten Rohstoffe, Energie, Handel, Entwicklung, Währung und Finanzen) aufzunehmen (Res. 34/138), scheiterte der Beginn dieser Verhandlungen bislang – sowohl auf der XI. Sondervollversammlung als auch auf der XXXV. UN-Vollversammlung – am Widerstand westlicher Industrieländer, besonders der USA.⁷ Die Bundesregierung, die noch auf der XI. Sondervollversammlung zu den „Hardlinern“ gegen den globalen Verhandlungsansatz gehörte, hat ihren Widerstand inzwischen zwar aufgegeben, jedoch nur aus taktischen Überlegungen heraus. Angesichts einer wachsenden Isolationsgefahr sucht sie das Verhandlungskonzept der Entwicklungsländer zu unterlaufen, in seinen entscheidenden Kernfragen zu kastrieren und ins Gegenteil zu verkehren.

Kein „Durchbruch“ zur NIWO

Im Nachhinein läßt sich sagen, daß sich bereits auf der V. UN-Handels- und Entwicklungskonferenz (UNCTAD) 1979 in Manila⁸ der Übergang der imperialistischen Hauptländer zu einer Gegenoffensive gegen die Bewegung der Entwicklungsländer für eine NIWO abzeichnete. Diese Gegenoffensive konzentriert sich im Unterschied zu der zuvor dominierenden defensiven Abwehrhaltung nun auf die Propagierung einer systemgerechten Alternative zum Forderungskatalog der NIWO.

Der von der Reagan-Administration in Cancun vertretene Kurs wie ihre gesamte Entwicklungsländerpolitik (vgl. auch den Beitrag von W. Brönnner in diesem Heft) ist der bislang zugespitzteste Ausdruck dieser imperialistischen Gegenoffensive. Sie ist ein fester Bestandteil der neuen globalen Konfrontationspolitik des US-Imperialismus und des Bestrebens, die Folgen der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise auf die Entwicklungsländer abzuwälzen.

Im Ergebnis dieser Politik wird der Spielraum der Entwicklungsländer zur Durchsetzung ihrer Forderungen zunehmend enger, nicht aufgrund der Übertragung abstrakter „Konfliktmuster des Ost-West-Konflikts“ auf den „Nord-Süd-Dialog“, wie zuweilen von einer bestimmten Seite behauptet wird.⁹

Erst in diesem Zusammenhang läßt sich die Substanzlosigkeit des Ergebnisses von Cancun ermessen. Die an Vageheit kaum noch zu überbietende „Kompromißformel“ ist bis in

einzelne Formulierungen identisch mit jener „Bereitschaftserklärung“, die die sieben größten kapitalistischen Industrieländer auf ihrer Gipfelkonferenz in Ottawa Ende Juli 1981 abgegeben haben.¹⁰ Nicht nur, weil weder über den Beginn noch über den Gegenstand der globalen Verhandlungen Einigkeit erzielt wurde, wäre es völlig verfehlt, Cancún als „Durchbruch“ zu bezeichnen.

Selbst wenn es in der nächsten Zeit zur Aufnahme von Verhandlungen käme – solange die vier von den USA in Cancún daran geknüpften Bedingungen nicht vom Tisch sind, ist nicht einmal an die Verwirklichung von Teilelementen des NIWO-Konzepts zu denken. Denn diese Vorbedingungen stellen eindeutig klar, daß die USA an Verhandlungen über die NIWO überhaupt nicht mehr interessiert sind.

Erstens bestehen die USA auf einer auf „Sachfragen“ begrenzten Tagesordnung, d.h. verhandelt wird nur über das, was mit den Interessen der USA in Einklang zu bringen ist. **Zweitens** muß für die USA gewährleistet sein, daß die Rolle der UN-Sonderorganisationen bewahrt und erweitert wird. Gemeint sind hier vor allem die Weltbank und der Internationale Währungsfonds, in denen die USA allein über eine Sperrminorität und zusammen mit den anderen kapitalistischen Hauptländern über die Mehrheit verfügen, also nicht wie in der UN-Vollversammlung überstimmt werden können.

Solange es jedoch nicht zu Veränderungen dieses institutionell verankerten Machtübergewichts der kapitalistischen Zentren kommt, kann von einer NIWO keine Rede sein. Auch ist es – gemessen an den Forderungen der Entwicklungsländer nach strukturellen Veränderungen der Weltwirtschaft – ziemlich belanglos, wenn man sich in Cancún auf den Ausbau des Energiedarlehenprogramms der Weltbank einigte. Was von dieser Institution zu erwarten ist, hatte ihr neuer Präsident A. Claussen einige Wochen vor Cancún klar gestellt, als er davon sprach, die Entwicklungsländer müßten zur Befriedigung ihres Energiebedarfs „ihre Spar- und Investitionsanstrengungen durch die Unterstützung ausländischen Kapitalzustroms aus dem privaten Sektor intensivieren“.¹¹

Drittens haben die USA inzwischen allen im Konzept einer NIWO angelegten Vorstellungen einer Umverteilung des Weltreichtums zugunsten der Dritten Welt eine eindeutige Absage erteilt. Vielmehr sind sie darauf bedacht, die Ent-

wicklungsländer auf eine Strategie des „globalen Wachstums“ festzulegen. Selbstverständlich ist es aus dieser Sicht, daß man sich vorrangig um das Wachstum in den kapitalistischen Metropolen zu kümmern hat, da dies die Voraussetzung für jegliche Entwicklungserfolge auch in der Dritten Welt sei.

In Wirklichkeit ist freilich das pure Gegenteil der Fall. Denn der Reagan'sche Kurs der Krisenbewältigung (Hochzins und Haushaltskürzungen bei gleichzeitiger Aufblähung des Rüstungsetats) kann die aktuellen Krisenmomente in der Dritten Welt (Schuldenproblem) nur verschlimmern. Und das „Wunder Marktwirtschaft“ (Ronald Reagan) funktioniert allemal nur zugunsten der ohnehin schon Privilegierten, wie drei Jahrzehnte Entwicklungsbemühungen in der Dritten Welt hinlänglich deutlich gemacht haben.

Viertens schließlich ist der Fortgang des „Nord-Süd-Dialogs“ von den USA an die Formel „Kooperation statt Konfrontation“ gekoppelt worden, die angesichts Washingtons eigener Konfrontationspolitik (Interventionsdrohungen gegen Kuba, El Salvador und Nikaragua!) nur als Erpressung der Entwicklungsländer zum einseitigen Verzicht auf ihre Forderungen interpretiert werden kann.

„Interessenausgleich“ – nur noch Makulatur

Eine abschließende Bewertung des Cancún-Gipfels wird deshalb davon auszugehen haben, daß er für die weitere Auseinandersetzung um die NIWO nichts gebracht hat. Sollte Cancún Schule machen, könnte der gesamte „Nord-Süd-Dialog“ in ein Fahrwasser geraten, in dem die ursprünglichen Anliegen des Kampfes der Entwicklungsländer für eine demokratische Umgestaltung der Weltwirtschaft in ihr Gegenteil verkehrt werden. Daß die sozialistischen Länder an einer solchen Entwicklung keinerlei Interesse haben und deshalb in Cancún bis auf Jugoslawien und die VR China gar nicht erst vertreten waren, versteht sich in diesem Zusammenhang fast von selbst.

Ironischerweise muß jedoch auch angemerkt werden, daß das von der Nord-Süd-Kommission unter Willy Brandt (auf deren Initiative es ja überhaupt erst zu dem Treffen von Cancún gekommen ist) vertretene Konzept eines sozialpartnerschaftlichen „Interessenausgleichs“ im Weltmaßstab¹² nach dem „Nord-Süd“-Gipfel von Cancún nur noch Makulatur ist.

Anmerkungen:

- 1) Nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 26.10.1981
- 2) Vgl. Neue Zürcher Zeitung (NZZ), Zürich, 27.10.1981
- 3) Ebenda
- 4) Die Teilnehmerstaaten waren: BRD, Österreich, Kanada, Frankreich, USA, Großbritannien, Japan und Schweden; Algerien, Bangladesh, Brasilien, Guyana, Indien, Elfenbeinküste, Mexiko, Nigeria, Philippinen, Saudi Arabien, Tansania und Venezuela; Jugoslawien und die VR China
- 5) Nach: Die Zeit, 30.10.1981
- 6) Res. No. 9 on Global Negotiations Relating to International Economic Co-operation for Development, in: Documents of Heads of State and Government of Nonaligned Countries, Held in Havana, Cuba, from 3 to 9 September, 1979, o.O., o.J.
- 7) Siehe hierzu: AIB 11-12/1980, S. 68-70
- 8) Vgl. dazu: AIB 7-8/1979, S. 70-72
- 9) Diese Tendenz liegt z.B. der besorgten Betrachtung des „Nord-Süd-Dialogs“ durch G. Ziebur zugrunde. Vgl. Vorwärts, 24.1.1980 und 22.10.1981
- 10) Dort hieß es, man sei bereit, „an der Vorbereitung für einen beiderseitigen akzeptablen Prozeß globaler Verhandlungen mitzuwirken, die Aussicht auf sinnvollen Erfolg bieten“. Vgl. AIB 9/1981, S.44
- 11) Zit. nach: Afrique Asie, Paris, 9.11.1981
- 12) Kritisch dazu: R. Falk/D. Boris/H. Mayer, „Das Überleben sichern“. Fortschritte und Grenzen im Bericht der Nord-Süd-Kommission, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 6/1980, S. 667-684



Ernesto Cardenal

Ohne Souveränität keine vollwertige Kultur

Der Kongreß Lateinamerikanischer Intellektueller, der im September 1981 in Havanna tagte (siehe AIB 11-12/1981, S. 63-64), bilanzierte die kulturelle Situation des Halbkontinents und debattierte kulturelle Alternativen zur US-Dominanz. Einer der prominentesten Diskutanten war der nikaraguanische Priester, Schriftsteller und Kulturminister Ernesto Cardenal.

Ich muß zunächst noch einmal die Bedeutung dieser Veranstaltung unterstreichen. Ihre Bedeutung erhält sie erstens dadurch, daß sie in Kuba stattfindet. Alles, was in Kuba stattfindet, ist für Lateinamerika und die Welt von Bedeutung. Der Name „Kuba“ sagt schon alles. Es ist das erste Land in der Neuen Welt, das sich wirklich unabhängig machte. Kuba war der Ausgangspunkt der Bewegungen für uneingeschränkte Unabhängigkeit auf dem Kontinent. Es begann mit zwölf Männern in der Sierra Maestra (im Dezember 1956 Beginn der Guerilla um Fidel Castro; d. Red.), die das Schicksal Kubas und ganz Lateinamerikas veränderten und einen Wandel in der Geschichte erreichten.

Diese Veranstaltung erhält ihre Bedeutung aber auch durch die bedrohliche, besser gesagt vorapokalyptische internationale Lage, in der wir leben. Es ist wie in einem Film, in dem der Cowboy mit seinem Revolver auf den Indianer zielt, aber dieser Film ist Wirklichkeit.

Ich brauche nur das Beispiel von uns Nikaraguanern anzuführen. Man bedroht uns auf alle mögliche Weise: durch wirtschaftliche Erdrosselung, durch Blockade, man verweigert uns Kredite, man verweigert Weizenlieferungen, und in Miami und an vielen anderen Orten in den USA werden ehemalige Somoza-Gardisten ausgebildet. (...)

Und schließlich ist diese Veranstaltung wichtig, weil sich so viele Intellektuelle hier versammelt haben. So etwas hat es in der Geschichte Lateinamerikas noch nie gegeben.

Roberto Fernández Retamar hat einmal gesagt, die intellektuelle Avantgarde in Kuba habe mit der politischen Avantgarde nicht Schritt gehalten, sie sei zurückgeblieben. Ich glaube aber, daß die Intellektuellen in Lateinamerika jetzt auch eine Avantgarde bilden, die mit der politischen Avantgarde Schritt hält, und der Beweis dafür ist dieses Treffen. Dies verlangt von uns Opfer, bei einigen so weitgehende, wie das Schreiben aufzugeben, obwohl das nicht die beste Lösung ist. Es ist ja auch nicht gut zu sterben, und trotzdem kann es geschehen, daß wir für die Befreiung sterben.

Der Genosse Armando Hart (Kubas Kulturminister, Rede in AIB 11-12/1981; d. Red.) hat die große Zahl von Intellektuellen in Erinnerung gerufen, die sich als Märtyrer in das riesige Heer lateinamerikanischer Märtyrer einreihen, die gefangen sind oder gefangen waren und im Exil leben. Noch nie hat es unter den Schriftstellern und Künstlern in unserem Amerika soviel politisches Engagement gegeben. Und dies ist eine Besonderheit Lateinamerikas, denn in Europa folgen die Künstler im allgemeinen weiter dem Prinzip „l'art pour l'art“ (Kunst um der Kunst willen; d. Red.). Auch in den USA gibt es eine bedeutende Strömung von Intellektuellen, die sich sozial und politisch engagieren und unsere Verbündeten sind. (...)

Ich glaube, es ist ganz klar, daß die Beteiligung der Christen an der Revolution sehr wichtig ist, aber damit nicht genug.

In Lateinamerika gibt es viele Christen, die Anhänger des Marxismus, die Marxisten sind.

Es wird aber auch eine Verbindung der revolutionären Christen mit dem revolutionären Islam geben, und das wird eine Verbindung der arabischen Welt mit Lateinamerika sein. Christentum und Islam, die sich Jahrhunderte hindurch in heiligen Kriegen bekämpft haben, werden sich als revolutionäre Christen und revolutionäre Moslems zum heiligen Krieg gegen den Imperialismus verbinden, und gleiches gilt für den Buddhismus. So wird dies eine Verbindung von Christen, Moslems und Buddhisten mit dem Marxismus sein.

Es geht darum, die Welt zu verteidigen. Wir, die wir hier versammelt sind, sind Erben aller Träumer, Philosophen, Mystiker, Dichter und Weisen, die im Lauf der Jahrhunderte die Welt verändern wollten. Wir sind Erbauer der Zukunft, wir sehnen uns nach der Zukunft, nach dem Paradies, das nicht in der Vergangenheit, sondern in der Zukunft liegt. Wir machen Träume wahr und müssen den Traum, der in Kuba und Nicaragua wahr geworden ist, ebenso verteidigen wie den Traum, für dessen Verwirklichung in El Salvador und in Guatemala gekämpft wird. Und wir müssen die Träume der Südhalbkugel verteidigen, die jetzt nur undeutlich zu erkennen sind wie auch für die von allen Befreiungsbewegungen Lateinamerikas. Es geht um die Verteidigung der Kultur, man kann auch sagen die Verteidigung der Souveränität. Ohne volle Souveränität gibt es keine vollwertige Kultur.

Die Verteidigung ist der Friede

In Nicaragua haben wir mit dem Triumph der Revolution eine überwältigende kulturelle Wiedergeburt erlebt. Arbeiter, Handwerker, Angehörige der bewaffneten Kräfte von Armee und Polizei schreiben jetzt Gedichte, sehr gute moderne Gedichte. Es gibt unter Bauern und Arbeitern zahllose Theatergruppen. Das hat schon vor dem Triumph der Revolution angefangen, mit dem Aufstand auf den Barrikaden; oft schlug die Hand, die ein Gewehr umklammerte, auch die Gitarre. In El Salvador gibt es jetzt viele Lieder, die den Sieg ankündigen. Es ist wie das Krähen der Hähne in der Dunkelheit. (...)

Wir wissen nur sehr wenig über das Atom und noch weniger über die Sterne, aber zwischen dem Mikro- und Makrokosmos haben wir unsere Aufgabe. Wir haben im Kosmos eine Aufgabe. Sowohl die Bibel wie der Marxismus versichern uns, daß wir einer vollkommenen Welt zustreben, sonst hätte das Weltall keinen Sinn und die kubanische Revolution auch nicht. Und wir wissen sehr wohl, daß sie einen Sinn haben. Auch wenn, um vollständig zu erreichen, was Lenin den Sturm auf den Himmel nannte, vielleicht — sage ich — noch so viel Zeit vergehen wird wie seit der Zeit des Homo habilis bis in unsere Tage.

Wir Intellektuelle müssen aber viel arbeiten, wie die Fleißigsten zur Zeit des Homo habilis. Es geht um die Verteidigung Lateinamerikas wie auch der Menschheit, es geht um die Verteidigung aller Lebewesen auf diesem Planeten, um die Verteidigung des Planeten. Diese Verteidigung ist der Friede.

(Quelle: Granma, Havanna, 20.9.1981)

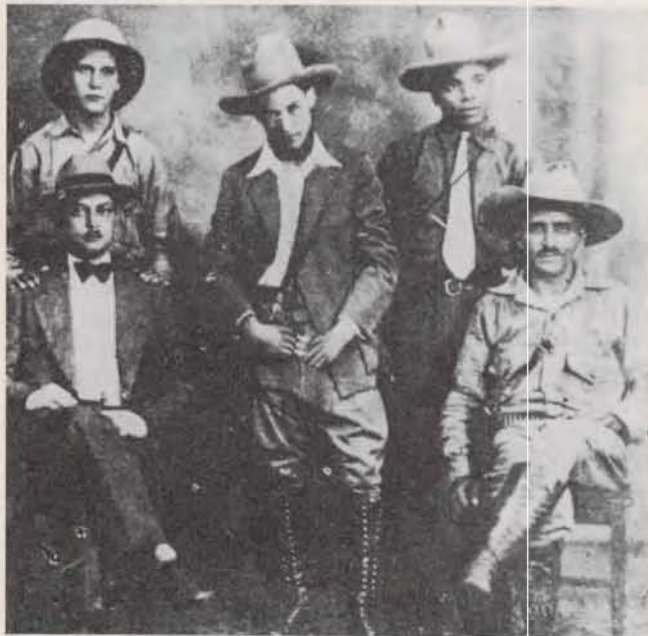
Vor 50 Jahren: Ermordung Farabundo Martis

Fast ein halbes Jahrhundert nach dem Bauernaufstand des Jahres 1932 in El Salvador wurde der Name des salvadorianischen Volkshelden Farabundo Marti abermals zum Leitbild des salvadorianischen Befreiungskampfes. In Erinnerung an seinen heldenhaften Kampf haben sich die revolutionären Kräfte El Salvadors 1980 in der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN) vereint.

Augustin Farabundo Marti wurde am 5. Mai 1893 als sechster Sohn einer kinderreichen Familie in Teotepeque, einem kleinen Ort der Region La Libertad in El Salvador geboren. Nach bestandenen Abitur schrieb er sich 1913 an der Nationaluniversität von El Salvador ein, um dort das Studium der Rechts- und Sozialwissenschaften aufzunehmen.

Begeistert von den Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus schloß sich der junge Jurastudent einer Gruppe von Kommilitonen an, die sich ebenfalls vom Marxismus angezogen fühlten. Im Februar 1920 trafen sich in San Salvador guatemalteckische und salvadorianische Studenten, um gegen die Diktaturen in ihren Heimatländern zu protestieren. Präsident Melendez ließ Polizeieinheiten eingreifen und einige Studenten, darunter Farabundo Marti, verhaften. Zusammen mit einem Freund wurde Marti daraufhin wegen seiner politischen Aktivitäten nach Guatemala in die Verbannung geschickt.

Zunächst setzte Marti seine Studien an der dortigen Universität fort, vermißte aber bald die politische Arbeit. So beschloß er, als Tagelöhner, Maurer und Privatlehrer in die Dörfer zu ziehen und im Zusammenleben mit den Bauern deren elenden Lebensbedingungen kennenzulernen. Nach einem illegalen Aufenthalt in Mexiko, der ihn in Kontakt mit den für die Ziele der Revolution von 1910 kämpfenden Roten Bataillonen brachte, kehrte Farabundo Marti nach Guatemala-Stadt zurück. Dort wurde er Mitinitiator der 1925 gegründeten Mittelamerikanischen Sozialistischen Partei. In jenen Tagen waren der alte Traum eines vereinigten Mittelamerika neu erwacht, nicht zuletzt durch den Einmarsch US-amerikanischer Truppen im Nachbarland Nicaragua.



A. Farabundo Marti im Kreis anderer Revolutionsführer. V.l.n.r.: stehend: J. de Paredes (Mexiko), A. C. Sandino (Nicaragua), G. U. Gilbert (Dominikanische Republik); sitzend: F. Turcios (Honduras), A. Farabundo Marti (El Salvador)

Wenige Monate nach Entstehung der neuen Partei verschärfte das guatemalteckische Regime seine Ausländerpolitik. Unter den ausgewiesenen Revolutionären befand sich auch der Salvadorianer Farabundo Marti. Obwohl ihm die salvadorianischen Behörden die Einreise verweigerten, gelang es ihm, illegal die Grenzen seines Heimatlandes zu überschreiten.

Wieder in El Salvador entwickelte sich Marti sogleich zu einem aktiven Kämpfer innerhalb der 1924 gegründeten Regionalen Föderation der Arbeiter El Salvadors (FRTS). Die FRTS, der sich bald 80.000 Landarbeiter angeschlossen hatte, organisierte städtische und ländliche Gewerkschaften, bemühte sich um Volksbildung, trat für Landverteilung an die Bauern und für den Acht-Stunden-Tag ein. 1928 reiste Farabundo Marti als ihr Repräsentant zum Kongreß des Dachverbandes der Amerikanischen Arbeiterförderung nach New York.

Während er sich mit Vertretern der Antimperialistischen Liga traf, wurde er verhaftet und des Landes verwiesen.

Im gleichen Jahr beschloß die FRTS, den nikaraguanischen Patrioten zur Unterstützung ihres antimperialistischen Kampfes gegen die US-Invasoren Truppen zu stellen. Sofort verpflichtete sich Farabundo Marti an der Seite General Sandinos zu kämpfen und sein Engagement im nikaraguanischen Befreiungskampf ließ ihn zum Vertrauenssekretär Sandinos werden. „Wenn man die Geschichte nicht mit der Feder schreiben kann, muß man sie mit dem Gewehr schreiben“, erklärte Marti in jenen Tagen. Ende 1929 trennten sich Marti und Sandino in Mexiko. Als Vertreter der Internationalen Roten Hilfe kehrte Marti 1930 nach El Salvador zurück.

Inzwischen hatte die Massenbewegung in dem mittelamerikanischen Staat einen gewaltigen Aufschwung erlebt. Die Auswirkungen der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise von 1929, die wachsende Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend verstärkten den Massenprotest der Bevölkerung, der im März 1930 die Gründung der Kommunistischen Partei El Salvadors (PCES) begünstigte. Im Dezember 1930, am Vorabend der Präsidentschaftswahlen, wurde Marti abermals verhaftet. Durch seinen unermüdlichen politischen Einsatz hatte er sich die Sympathien und das Vertrauen unter den Arbeitern, Bauern und Teilen der salvadorianischen Mittelschicht erworben.

Führer des salvadorianischen Volksaufstandes

Nun fürchteten die Herrschenden Zwischenfälle während der Wahlveranstaltungen. Nach einem viertägigen Hungerstreik wurde Marti an Bord der „Venezuela“ gebracht mit der Anweisung, ihn in den Vereinigten Staaten an Land zu setzen. Nirgendwo gelang es dem Verbannten, eine Einreisegenehmigung zu erhalten, selbst in den USA wurde er abgewiesen. Schließlich konnte Marti im Februar 1931 in Nicaragua, das Schiff verlassen und zu Fuß El Salvador erreichen.

Von der FRTS veranstaltete Demonstrationen gegen die im Lande herrschende Arbeitslosigkeit boten einen neuen Vorwand zur Festnahme Martis. Im ganzen Land begannen Kundgebungen und Aktionen zur Freilassung des im Hungerstreik befindlichen Revolutionärs. Auch Waffengewalt hinderte die protestierenden Bauern und Arbeiter nicht, ihre Solidarität für Marti zu bekunden. Nach 27 Tagen hatte das salvadorianische Volk Augustin Farabundo Marti freigekämpft. Am 2. Dezember 1931, wenige Monate nach der Amtsübernahme durch Präsident Araujo, veranlaßte das gärende revolutionäre Klima im Lande eine Gruppe von Offizieren zu putschen. Ein Militärisches Direktorium übertrug das Präsidentenamt daraufhin dem Vizepräsidenten, General Hernandez Martinez.

Bei den wenige Wochen nach dem Militärputsch folgenden Gemeinde- und Abgeordnetenwahlen hatte sich Marti als hervorragender Agitator der PCES erwiesen. Als Reaktion auf die großen Stimmengewinne der Linken verordnete der neue Juntachef die Annullierung der Wahlen, Massenstreiks in Betrieben und auf Latifundien waren die Antwort der empörten Bevölkerung auf den Wahlbetrug. Gleichzeitig verschärfte General Hernandez mit Unterstützung der USA repressive Maßnahmen gegenüber den erstarkten revolutionären Kräften.

Dem von den Massen geforderten Generalstreik schloß sich das Zentralkomitee der PCES an und bestimmte Marti zum Verantwortlichen des für Mitte Januar 1932 geplanten Aufstands. Doch mußten die Aktionen um einige Tage verschoben werden, nachdem durch Verrat Teile der Aufstandspläne in die Hände der Herrschenden gefallen waren. Die Verhaftung Martis und seiner Kampfgenossen Mario Zapata und Alfonso Luna zwangen abermals zum Aufschub des Generalstreiks. Der Aufstand brach schließlich in der Nacht des 22. Januar 1932 los.

Die Regierungstruppen und von der Großbourgeoisie eingesetzten Bürgergarden waren jedoch bestens auf die Offensive der nur mit Macheten und Ackergeräten bewaffneten Bauern vorbereitet. Es begann eines der blutigsten Massaker in der Geschichte Lateinamerikas. 30.000 Bauern, Arbeiter und Studenten wurden während des dreitägigen Aufstandes niedergemetzelt. Selbst nach Beendigung des Aufstandes setzten die Militärs ihre Schlächtereien an Bauern und Verdächtigen fort. Gegen Marti und seine Mitgefangenen, die das Blutbad vom Gefängnis aus miterlebten, wurde am 30. Januar das Gerichtsverfahren eröffnet. Mit der Begründung, eine Verführung und Rebellion angezettelt zu haben, wurden die Angeklagten zum Tode durch Erschießen verurteilt. Das Urteil wurde in den Morgenstunden des 1. Februar 1932 vollstreckt.

H. Denk

Ausländer raus?

Am 2.12.1981 verabschiedete die Bundesregierung einstimmig eine Empfehlung an die Bundesländer, mit welcher der Zuzug von Familienangehörigen in der BRD lebender Ausländer drastisch eingeschränkt werden wird. Diese dürfen demzufolge erst nach 8jährigem Aufenthalt und einjähriger Ehe ihren Ehepartner nachreisen lassen. Generell verunmöglicht werden soll die Einreise von Kindern über 15 Jahren oder falls sich nur ein Elternteil hier aufhält oder wenn sich Ausländer zu zeitlich begrenzten Zwecken in der BRD befinden.

Noch während der Entwurfsdiskussion hatten verschiedene Länder ihre ausländerrechtlichen Bestimmungen bzw. deren Handhabe verschärft. Bayern und Westberlin gehen in ihren neuen Bestimmungen sogar über die Restriktionen der Bundesregierung hinaus. Demnach werden aus Westberlin arbeitslose Jugendliche abgeschoben, soweit sie nicht mindestens 5 Jahre dort wohnen. Nach Demonstrationen und heftigen Protesten von deutschen und Ausländerorganisationen mußte der Beginn der Massendeportation der überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffenen ausländischen Jugendlichen zunächst aufgeschoben werden.



Ausländerdemonstration gegen Deportationserlasse in Stuttgart

V. BUKO

Der V. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO), der vom 18. - 22.11.1981 in Westberlin tagte, endete mit einer scharfen Verurteilung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), da es dem BUKO die Finanzhilfe gestrichen und einen politischen Zensurversuch unternommen hatte (siehe AIB 10/1981, S.40).

Der V. BUKO stand unter dem Leitthema „Multinationale Konzerne bedrohen den Frieden“ und will künftig auf ein engeres Zusammenwirken mit der Friedensbewegung hinarbeiten. In verschiedenen Arbeitsgruppen wurden die Themenbereiche Rüstung, Pharmakonzerne, Agrokonzerne und Welthunger sowie das Verhältnis Multis - Gewerkschaften diskutiert. In mehreren Resolutionen nahmen die 86 anwesenden, zumeist lokalen Aktionsgruppen zu aktuellen Fragen Stellung. So verurteilte der BUKO die fortgesetzte Aggression Südafrikas gegen Angola, die andauernde Zusammenarbeit der BRD mit Südafrika und rief zur materiellen Unterstützung des angolanischen Volkes und der SWAPO Namibias auf. Die Bundesregierung wurde ferner aufgerufen, sich für sechs kürzlich zum Tode verurteilte Freiheitskämpfer des südafrikanischen ANC sowie für die Freilassung des ANC-Führers Nelson Mandela einzusetzen.

Buchtips: Graue Wölfe und Rassismus in der BRD



In seinem Buch **Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan. Gibt es Rassismus in der Bundesrepublik?** Eine Streitschrift von Peter Schütt, Weltkreisverlag, Dortmund 1981, 263 S., 9,80 DM setzt sich der Verfasser mit der Ausländer-

feindlichkeit am Arbeitsplatz auseinander und zeigt die in unserer Gesellschaft noch immer verwurzelten rassistischen Ressentiments gegenüber ausländischen Mitbürgern auf. Er tut dies anhand zahlreicher Beispiele aus Werbung, Medien und dem Alltagsleben. Im zweiten Teil des Buches läßt Peter Schütt Betroffene mit Erfahrungsberichten selbst zu Wort kommen.

Eine weitere Neuerscheinung zur Ausländer-situation liegt vor mit **B. Hoffmann/M. Opperskalski/E. Solmaz, Graue Wölfe, Koranschulen, Idealistenvereine**, Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 1981, 138 S., 12,80 DM

Neben einem Überblick über die historische und aktuelle Entwicklung in der Türkei will das Buch schwerpunktmäßig die Aktivitäten faschistischer türkischer Organisationen in der BRD und Westberlin aufzeigen.

Mittelamerika: „Alles frisch?“

Bei der El Salvador-Gruppe, Kardinal-von-Galen-Ring 45, 4400 Münster ist ein **Gegenaufkleber** zum „Alles frisch“ des Tchibo-Konzerns erhältlich.

Einen Beitrag zum Aufbau des Landes möchte die GEPA, Langobardenstr. 65, 5600 Wuppertal 2 mit ihrer Aktion „Kaffee aus Nikaragua“ leisten. Der Kaffee wird in Nikaragua überwiegend von Kleinbauern angebaut und bei uns von der GEPA vermarktet.

Die DGB-Jugend unterstützt das Ausbildungszentrum Donald Guevara in Nikaragua durch einen Spendensammlung. Für das Solidaritätsprojekt wurden verschiedene Materialien bereitgestellt, die gegen 1 DM beim DGB-Bundesvorstand (Abtlg. Jugend), Postfach 2601, 4000 Düsseldorf zu bestellen sind.

Einem Spendenaufruf der salvadorianischen Oppositionsfronten FDR/FMLN zugunsten verfolgter Gewerkschafter: „**Ein Stundenlohn für El Salvador**“ hat sich der Hauptvorstand der IG Druck und Papier und zahlreiche Gewerkschafter angeschlossen.

Postkarten zum Südlichen Afrika

Ein spezifischer Beitrag zum südafrikanischen Befreiungskampf sind der Gebrauch und die Weiterempfehlung von Südafrika-Postkartenserien. Auf einige sei hier hingewiesen:

● Apartheid von Martin Lovis.

M. Lovis, ein englischer Künstler, vermittelt mittels der Fotomontage die politische Realität Südafrikas sehr eindrucksvoll. 12 dieser farbigen Karten kosten als Serie 6,50 DM (inklusive Versand). Sie können bei medico international, Hanauer Landstr. 147, 6000 Frankfurt/Main bestellt werden.

● Motive südafrikanischer Künstler.

Herausgegeben werden die 6 Postkarten (in Schwarz-Weiß) vom Afrikanischen Nationalkongreß (Südafrika), Postfach 190140, 5300 Bonn 1. Preis: 3 DM.

● Über den Defence and Aid Fund, P.O. Box 44, Ilford, Essex sind erhältlich **Radierungen von Hilda Bernstein**, fünf verschiedene Tiermotive (zusammen 50 p) und fünf **Drucke** aus der Serie **Jafta's Family** von Lisa Kopper (zusammen 50 p). Postgebühr: 75 p.

In den Koordinationsausschuß des BUKO wurden folgende Gruppen gewählt: ig3w Kiel (bei der weiterhin die Redaktion des Gruppenbriefs Forum liegt), Aktion Selbstbesteuerung, iz3w Dortmund, iz3w Mannheim, Aktion Solidarische Welt Hamburg/Westberlin. Der nächste BUKO soll sich unter dem Thema „Entwicklung heißt Befreiung“ um eine programmatische Alternative zum neokolonialistischen Kurs der Bundesregierung bemühen.

AAB gegen Bundesregierung

Mitte Oktober 1981 legte die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) beim Kölner Verwaltungsgericht Berufung gegen dessen Urteil vom 7.8.1981 ein. Abgewiesen hatte das Gericht die Klage der AAB, derzufolge die Bundesregierung ihre Aussage widerrufen sollte, die AAB stelle in verleumderischer Absicht „wider besseres Wissen“ eine Zusammenarbeit zwischen der BRD und Südafrika auf militärischem und nuklearem Gebiet fest.

Die Richter gingen auf die von der AAB vorgelegten Beweise nicht ein mit der Begründung, der Begriff der Zusammenarbeit sei nicht eindeutig und „nicht präzise feststellbar“. Es sei „durchaus möglich“, daß „die afrikanischen Staaten unter 'militärischer und nuklearer Zusammenarbeit'“ etwas gänzlich anderes verstünden.

Broschüren zur SI

Das eidgenössische Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika (SKAAL) hat die Referate einer Arbeitstagung vom 23. Februar 1980 zum Thema Reform oder (Konter-)Revolution? Wie revolutionär ist die „Dritte Welt“-Politik der SI? zu einer Broschüre zusammengefaßt. Das fast 80 Seiten starke Heft ist gegen 6,- Franken bei SKAAL, Postfach 692, 8026 Zürich zu beziehen. Mit der Lateinamerika-Politik der SI beschäftigt sich der 60 Seiten lange Materialband der Guatemala-Nachrichten 8/81; zu erhalten zum Preis von 2,- DM bei der Informationsstelle Guatemala, Maistr. 29, 8000 München 2.

Grenada

Vom 23.-25.11.1981 fand, im Zeichen der wachsenden Drohung durch die Reagan-Administration, in St. George's die 1. Internationale Solidaritätskonferenz mit Grenada statt. Wie wenig es gelungen ist, das revolutionäre Grenada zu isolieren, zeigte die Anwesenheit von 107 Delegierten aus 40 Nationen. Unter ihnen waren die Vertreter der sozialistischen Staaten und, besonders wichtig, die Vertreter fast aller demokratischer und nationaler Parteien, Befreiungsbewegungen des karibischen Raums. In einer einstimmig verabschiedeten Schlußresolution versprechen die Delegierten ihr Bestes zu tun, um Grenada gegen alle Bedrohungen und Aggressionen zu verteidigen, Freundschaftsgesellschaften und Solidaritätskomitees zu schaffen, um die Wirklichkeit in Grenada zu vermitteln und militante Unterstützung für die Revolution in Grenada entwickeln zu helfen.

An den Konferenztagen wurden den Delegierten von verschiedenen Ministern, u.a. auch von Premierminister Maurice Bishop ausführliche, detaillierte, kritische und selbstkritische Informationsberichte über die verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Hauptthemen gegeben, die dann in Workshops umfassend mit vielen Vertretern der Regierung und der Massenorganisationen diskutiert wurden.

Durch die Teilnahme an Veranstaltungen konnten sich die Delegierten auch von den enthusiastischen Bemühungen der Bevölkerung ein Bild machen, wirtschaftlich vorwärts zu kommen und die ihnen gemäße Wirklichkeit – wie sie sie nennen – „Graswurzel“-Demokratie aufzubauen.

Argentinien

Offiziell „krankheitshalber“ hatte Mitte November 1981 der argentinische Staatspräsident Roberto Viola sein Amt vorübergehend abgegeben. Am 13.12.1981 wurde er dann von der Militärjunta abgesetzt und durch ihren „starken Mann“, Heereschef Leopoldo Galtieri abgelöst. Er scheint nach Meinung der Militärs der rechte Mann, um die schon unter Präsident Jorge Videla (abgelöst von Viola am 29.3.1981) zu sehr gelockerten Zügel wieder anzuziehen.

Unterdessen haben die Oppositionsparteien, die sich im August 1981 in der Multipartidaria (Mehrparteienbündnis von Peronisten, Republikanern und drei weiteren Parteien) zusammenschlossen, einen umfassenden Forderungskatalog veröffentlicht, in dem die Rückkehr zum Rechtsstaat, politische Freiheiten, Wahlen, ein umfassendes Programm zur Lösung der Wirtschaftskrise, soziale Verbesserungen und der Zugang zu den Massenmedien verlangt werden. Die argentinische Bischofskonferenz, die Gewerkschaften, die Kommunistische Partei und der peronistisch orientierte Unternehmerverband unterstützen die Forderungen der Multipartidaria.

**Adressenänderungen
bitte rechtzeitig bei Redaktion
und Post bekanntgeben!**

Antigua

Am 1. November 1981 ist die ehemalige britische Kolonie Antigua, eine Inselgruppe der Kleinen Antillen, unabhängig geworden. 350 Jahre Kolonialherrschaft haben Leben und Gesellschaft auf Antigua (72.000 Ew.) und Barbuda (1.200 Ew.) nachhaltig geprägt. Bei den letzten Wahlen zum Unterhaus im Jahr 1980 errang die regierende Partei des 72-jährigen Premierministers Vere Bird, die Arbeiterpartei Antiguas, 13 von 17 Mandaten, die oppositionelle Progressive Arbeiterbewegung vier. Die Karibische Befreiungsbewegung Antiguas, die Partei der neuen Anglokaribischen Linken, erhielt 1% der Stimmen. Die prowestliche Politik der Regierung, die Lester Bird, Sohn des Premierministers bestimmt, erklärt sich aus der starken wirtschaftlichen Abhängigkeit von der einstigen Kolonialmacht und dem immer stärker eindringenden US-Kapital, das den Tourismus völlig beherrscht.



Antigua nahm schon lange einen besonderen Stellenwert in der militärischen Strategie der USA in dieser Region ein. So ist Antigua Teil einer konservativen Achse, angeführt vom ölfreie Trinidad und Tobago, Barbados und St. Vincent. So bildet Trinidad die Armee des neuen Inselstaates aus. Drei US-Militärstützpunkte sowie die Anwesenheit des Senders „Stimme Amerikas“ (USA) machen den Übergang in die Unabhängigkeit zu einem Schritt in eine ungewisse Zukunft.

Surinam

Eine „Revolutionäre Volksfront“ ist während der letzten Novemberwoche 1981 in Surinam auf einem Kongreß mit etwa 900 Delegierten gegründet worden. In der Front, zu deren Führung der Chef der Armee, Desi Bouterse, sein Stellvertreter Roy Horb und der Vorsitzende des Nationalen Militärrats, Iwan Graa-noogst, sowie Gewerkschaftsführer Fred Derby gehören, sind zugleich mehrere linke

Parteien zusammengeschlossen. Ihr Programm sieht die Kündigung aller für Surinam ungünstigen internationalen Verträge vor, verbietet einen Anschluß des Landes an militärische Blöcke und unterstützt die nationalen Befreiungsbewegungen.

Mit der Bildung der Front hat sich der seit der Proklamation einer sozialistischen Orientierung durch Desi Bouterse im Frühjahr 1981 (vgl. AIB 6/1981, S.42) schwelende Konflikt zwischen der progressiven Militärführung und der Zivilregierung unter Henk Chin a Sen verschärft. Chin a Sens Tage im Regierungsamt scheinen gezählt, da die Formierung der Front einer Niederlage des von ihm verfochtenen Projekts einer schnellen Rückkehr zum konstitutionellen Status des Landes gleichkommt, von der sich der nationale Unternehmerverband neue ausländische Investitionen und eine „ökonomische Erholung“ versprochen hatte.

Honduras

Bei den Präsidentschaftswahlen in Honduras am 29. November 1981 ging die Liberale Partei unter Führung von Roberto Suazo Cordova als Sieger hervor. Die Liberalen, die bereits die Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung im April 1980 gewonnen hatten, erlangten 54% der Stimmen, während die von den Militärs unterstützte Nationale Partei (PN) mit nur 41,5% Einbußen erlitt. 2,5 bzw. 1,6% fielen auf die Partei der Erneuerung und Einheit (PINU) und die Christdemokraten (PDCH).

Die Wahl eines zivilen Präsidenten soll die seit Mitte der 70er Jahre angekündigte Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie einleiten. Doch dürften die Militärs die beherrschende politische Kraft des Landes und putschver-dächtig bleiben.

Seychellen

Am 25.11.1981 scheiterte auf den Seychellen der Versuch einer bewaffneten Infiltration von 45 Söldnern, die den Sturz der progressiven Regierung René zum Ziel hatte. Das Kommando endete am folgenden Tag mit der Entführung einer indischen Verkehrsmaschine nach Durban (Südafrika).

Für die Verwicklung des Botha-Regimes in das Komplott sprechen einige Indizien: Die Söldnertruppe war unter maßgeblicher Beteiligung ehemaliger rhodesischer und südafrikanischer Elitesoldaten in Südafrika zusammengestellt und ausgebildet worden. Sie hatten bei ihrer Anwerbung in Johannesburg aus nicht näher bekannten amerikanischen Quellen 1.000 Dollar erhalten – nach Johannesburg Presseberichten über den südafrikanischen Geheimdienst (vgl. International Herald Tribune, 3.12.1981 und Die tat, 4.12.1981).

Im südafrikanischen Außenministerium hatten Gespräche mit der Exilgruppe „Bewegung für den Widerstand“, welche die Verantwortung für den Putsch übernahm, stattgefunden. Dessen Hintergründe dürften vermutete Ölvorkommen im Gebiet der Seychellen und ihre strategische Lage inmitten der wichtigsten Tankerroute im Indischen Ozean gewesen sein.

Bangladesh

Der Nachfolger des im Mai 1981 ermordeten Zia-ur Rahman heißt Abdus Sattar von der regierenden Nationalpartei (BNP). Überraschend war vor allen Dingen der deutliche Wahlsieg gegenüber dem Kandidaten der Awami-Liga, Kamal Hossain, der die Unterstützung der Linksparteien genoß.

Mit enormen Finanzmitteln aus der Staatskasse und durch Spenden der korrupten Oberschicht gelang es Sattar am 15. November 1981 ein Volk zu kaufen. Doch der eigentliche Sieger ist die propakistanische Generalität, die die Kandidatur des alten und schwerkranken Sattar so energisch betrieben hat. Bereits wenige Tage nach der Wahl forderte der Generalstabschef Eshrad ein konstitutionell abgesichertes Mitspracherecht im politischen Entscheidungsprozeß.

Tschad

Am 29.10.1981 hat der Ministerrat des Tschad Libyen aufgefordert, seine Truppen aus dem zentralafrikanischen Land abzuziehen. Die libyschen Einheiten, die von der jetzigen Regierung unter Goukouni Queddei Ende 1980 ins Land geholt wurden, um die Rebellion des ehemaligen Verteidigungsministers Hissène Habré niederzuschlagen, verließen daraufhin innerhalb von 2 Wochen das Land.



Libysche Truppen beim Rückzug aus dem Tschad

Sowohl Libyen als auch der Tschad haben damit dem Druck nachgegeben, der sowohl von den USA als auch von Frankreich auf sie ausgeübt wurde. Frankreich machte eine Wiederaufbauhilfe für das zerstörte Land vom Abzug der libyschen Truppen abhängig. Auf dem französisch-afrikanischen Gipfeltreffen Anfang November 1981 in Paris, versprach François Mitterrand Unterstützung für die Entsendung einer „interafrikanischen Friedensstruppe“ der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), die einen neuerlichen Bürgerkrieg im Tschad verhindern soll. Sowohl Ägypten als auch der Sudan hatten ihre Unterstützung für Hissène Habré verstärkt und libysche Interventionsabsichten im Sudan unterstellt. Mit US-amerikanischer Unterstützung wurden von diesen beiden Ländern immer offenere Angriffsdrohungen gegen Libyen ausgesprochen (siehe AIB 11-12/1981, S. 4ff.).

Es bleibt abzuwarten, inwieweit es gelingen wird, den Tschad mit Hilfe der interafrikanischen Streitmacht, die auf die Unterstützung Frankreichs und der USA angewiesen ist, wieder auf neokolonialistischen Kurs und damit in Gegensatz zu Libyen zu bringen.

Tunesien

Das offizielle Ergebnis der ersten als „frei“ angekündigten Wahlen Tunesiens bestätigt, daß allenfalls von einer „Öffnung mit gezinkten Karten“ (vgl. AIB 11-12/1981) die Rede sein konnte: Laut Innenminister D. Guiga hat die von der Destour-Partei (PSD) Präsident Bourgibas geführte Nationale Front 94,6% der Stimmen erhalten, während es die Bewegung Demokratischer Sozialisten (MDS) auf 3,28%, die Bewegung der Volkseinheit (MUP II) auf 0,81% und die Kommunistische Partei (PCT) auf 0,78% brachten. Damit scheiterte die Opposition an der 5%-Klausel und alle 136 Sitze des Parlaments fielen an die Nationale Front.

Mit zahlreichen Wahlmanipulationen konfrontiert, mußte selbst D. Guiga eingestehen: „Ich glaube nicht, daß alles ... in vollkommener Regelmäßigkeit verlief.“ So die Süddeutsche Zeitung am 4.11.1981, welche am 30.11.1981 den realen Stimmenanteil der Opposition „mit örtlichen Abweichungen zwischen 20 und 45 Prozent“ einschätzte.

Jemen

Anläßlich eines offiziellen Freundschaftsbesuches trafen sich am 14./15. September 1981 die beiden Staatschefs der Arabischen Republik Jemen, Abdullah Saleh, und der Demokratischen Volksrepublik Jemen, Ali Nasser, in Taiz.

In einer gemeinsamen Erklärung bekräftigten sie ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit, die bisher im wirtschaftlichen und kulturellen Sektor vorangetrieben wurde. „Die beiden Präsidenten brachten ihr tiefes Vertrauen darin zum Ausdruck, daß diese Einheitsschritte, die im jemenitischen Vaterland auf den verschiedenen Gebieten vollzogen werden, den Weg für den Aufbau des Staates Einheitliches Demokratisches Jemen in der Zukunft weit öffnen.“ („14. Oktober“, Aden, 16.9.1981) Forciert durch die Einmischungsversuche vor allem Saudi Arabiens war es trotz der Vermittlung Kuweits 1979 bisher nicht gelungen, die politischen Konflikte zwischen Nord- und Südjemen beizulegen (siehe AIB 6/1981 und 7-8/1981).

Naher Osten

Nach Kontroversen über den saudischen Nahost-Friedensvorschlag kam es am 26. November 1981 zum Abbruch der 12. Arabischen Gipfelkonferenz in Fes (Marokko). Kronprinz Fahd war in der Annahme angereist, sein 8-Punkte-Plan vom August 1981 könnte in Fes als eine konsensfähige arabische Alternative zu Camp David befunden werden. Dies scheiterte an den scharfen Angriffen seitens der Staaten der Arabischen Front der Standhaftigkeit (ausgenommen der Südjemen und Yassir Arafat, der Vorsitzende der Palästinensischen Befreiungsorganisation) und des Irak, deren Staatsoberhäupter ohnehin das Treffen boykottierten. Ob der Fahd-Plan bei der Wiederaufnahme des Gipfels erneut zur Debatte gestellt werden wird, scheint offen.

Stein des Anstoßes ist die in der saudischen Initiative enthaltene indirekte Anerkennung Israels für den Fall, daß dieses sich aus allen besetzten Gebieten zurückzöge und ein unabhängiger Palästinenserstaat mit Jerusalem als

Hauptstadt errichtet würde. Der Fahd-Plan ist im übrigen auch innerhalb der PLO und ihrer stärksten Organisation, der Fatah, umstritten. Wie Y. Arafat so bescheinigte Ende November 1981 auch sein Stellvertreter Abu Iyad dem saudischen Plan „positive Punkte“ mit der Einschränkung, nicht die PLO, sondern nur ein souveräner Palästinenserstaat könne über eine Anerkennung Israels befinden. Andererseits stellte die Reagan-Administration klar, daß für sie Camp David weiterhin Priorität habe. Israels Ministerpräsident Begin wies die saudische Initiative kategorisch zurück, käme doch ihre Annahme einem „Rezept zur Liquidierung Israels“ gleich (Middle East, London, Dezember 1981).

Türkei-BRD

Am 3. November 1981 wurde der ehemalige Ministerpräsident und Vorsitzende der sozialdemokratischen Republikanischen Volkspartei, Bulent Ecevit, von einem Militärgericht in Ankara zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Ecevit wurde für schuldig befunden, gegen das Verbot jeglicher politischer Aktivitäten verstoßen zu haben, indem er öffentliche Kritik an der Auflösung aller politischen Parteien durch die Militärregierung übte.

Die Situation der Menschenrechte in der Türkei seit dem Militärputsch vom 12. September 1980 ergibt folgende Bilanz: 150.000 politische Gefangene; 150 Foltermorde; 500 Exekutionen; 10 vollstreckte Todesurteile; 1500 beantragte Todesurteile. Allein in den vergangenen 9 Monaten flüchteten über 250 Türken nach Griechenland.

Bundesaußenminister H.D. Genscher indessen glaubt – als Resümee seiner Türkeireise Anfang November 1981 – an eine Wiederkehr der Türkei zur Demokratie, an die die Wirtschaftshilfe der BRD für 1981 (460 Mio DM) gebunden ist. Um Menschenrechtsangelegenheiten scherte sich US-Verteidigungsminister Weinberger überhaupt nicht. Er bekundete bei seinem Türkeibesuch Anfang Dezember 1981 volles Verständnis für den Putsch und die ihn begleitenden Maßnahmen. Er distanzierte sich nachdrücklich von den kritischen Äußerungen europäischer NATO-Verbündeter.

Seminar:

Vietnam – Beispiel wofür?

- Wann: Am 6. Febr. 82
 Wo: Im Rest. Safranzunft beim Marktplatz in Basel
 14.15 Referat von Prof. Erich Wulff (alias Alsheimer, Verfasser von Vietnamesische Lehrjahre, Psychiatrie und Klassenkampf...)
 15.30 Podiumsgespräch mit:
 Samuel Andres (HEKS), Kurt Madörin (SKAAL), Konrad Matter (SWISSAID), Margrit Schlosser (Terre des Hommes – Schweiz), Rio Spirgi (Paläst. Halbmond), Erich Wulff (s.o.), Leitung: Ueli Mäder + Ruth Schürmann
 16.30 Plenumsdiskussion
 18.30 Nachtessen
 20.00 Fest mit den Tamanacos (Musik und Tanz)
 01.00 Schluss (?)

Kosten: Fr. 10.– Zusatz Mittagessen Fr. 10.–/Nachtessen: Fr. 13.–
 Anmeldung an: Redaktion Solidarität, Postfach 2009, 4001 Basel (Bitte angeben, ob mit/ohne Mittag. Nachtessen)
 PS: Am selben Ort und Datum hält das SKAAL am 10.00–12.00 seine ebenfalls öffentliche Generalversammlung ab.

Aktion „Brot für El Salvador“

In El Salvador herrscht Krieg.

Die aus Militärs und rechten Christdemokraten gebildete Junta des Landes führt einen Vernichtungsfeldzug gegen das Volk. Sie verteidigt Privilegien und Reichtum einer verschwindend kleinen Oberschicht gegen das Anrecht des Volkes auf ein menschenwürdiges Dasein. 60% der Bevölkerung von El Salvador haben zum Leben weniger als das Existenzminimum.

Seit Beginn des Jahres 1980 wurden weit über 20.000 Menschen von Regierungstruppen, Polizei und faschistischen Kommandos ermordet. Unter Anleitung US-amerikanischer Militär-„Berater“ und mit Waffen aus den USA wird gegen die Landbevölkerung eine „Politik der verbrannten Erde“ betrieben. Ein großer Teil des Volkes ist deshalb auf der Flucht. Nach Angaben der Erzdiözese von San Salvador befinden sich schon 250.000 Flüchtlinge in den Nachbarländern; 100.000 Flüchtlinge gibt es im eigenen Land.

Gegen den Terror der Junta wehrt sich das ganze Volk, hat sich die gesamte Opposition – von der Mehrheit der Christdemokraten über die Sozialdemokraten bis zu den Sozialisten und Kommunisten – in der Demokratisch-Revolutionären Front (FDR) zusammengeschlossen. Mit der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN) verfügt sie seit Oktober 1980 über einheitliche bewaffnete Kräfte, die mit zunehmendem Erfolg die Bevölkerung vor der Junta-Armee schützen.

Ohne das militärische Engagement der USA wäre die salvadorianische Junta längst gestürzt. Aber die Reagan-Regierung will am Volk von El Salvador ein Exempel statuieren, um den Freiheitswillen aller Völker Mittelamerikas zu brechen. Eine direkte Intervention US-amerikanischer Truppen wird ausdrücklich „nicht ausgeschlossen“. Sie würde aus der ganzen Region ein „zweites Vietnam“ machen. Die Interventionspolitik der USA richtet sich nicht nur gegen El Salvador, sondern auch gegen Nikaragua und Kuba. Sie könnte zu einer akuten Gefährdung des Weltfriedens führen.

Heute richtet sich der von den USA finanzierte und gelenkte Terrorfeldzug der salvadorianischen Junta besonders gegen die von der FMLN kontrollierten Gebiete. Dennoch gelingt es ihr nicht, den Volkswiderstand zu brechen. Aber die ohnehin katastrophale soziale Lage der Bevölkerung verschlechtert sich weiter. Mehr als 70% aller Kleinkinder leiden an Unterernährung, die Kindersterblichkeit nimmt erschreckende Ausmaße an.

Deshalb ruft das Antimperialistische Solidaritätskomitee



FÜR EL SALVADOR

Spendet für die von der Befreiungsbewegung kontrollierten Gebiete!

Sonderkonto Prof. Erich Wulff, PSchA Frankfurt/M.,
Kto.-Nr. 527055-602; Kennwort „Brot für El Salvador“

für Afrika, Asien und Lateinamerika (ASK) dazu auf, für die Versorgung der Bevölkerung in den kontrollierten Gebieten mit Lebensmitteln zu spenden!

An die Bundesregierung richtet das ASK die Aufforderung, jegliche Unterstützung für die Junta einzustellen, der Einmischung der USA entgegenzutreten und der FDR/FMLN, dem Zusammenschluß aller demokratischen Kräfte El Salvadors, umfassende Hilfe zu gewähren.

Schluß mit der US-Intervention!

Freiheit für El Salvador!

Brot für El Salvador!

Spenden können unter dem Kennwort „Brot für El Salvador“ überwiesen werden auf das Sonderkonto Prof. Erich Wulff, PSchA Frankfurt/M., Konto Nr. 527 055-602